



## Freie Hansestadt Bremen

Der Senator für Bildung

Frankfurt:

Themenbereich:  
- Einführung im Geschichte des deutsch-polnischen Verhältnis

- im Rahmen einer allgemeinen  
Eingührung zum Frieden

Ausgabe: Juni 1979

### Vorbemerkung

Der Geschichtsunterricht in der Schule ist der Erziehung zum Frieden verpflichtet. Dieses Ziel bestimmt wesentlich die Auswahl der Inhalte aus dem unermesslich großen Bereich geschichtlicher Fakten. Hierbei bleibt für Zusammenhangsloses und für lediglich Anekdotisches ebensowenig Raum wie für einen nationalen Stolz ohne Selbstkritik. Dem Gesichtspunkt der Normalisierung und des geduldigen Aufbaus freundschaftlicher Beziehungen zu ehemaligen "Feindnationen" gebührt Vorrang. Nicht zuletzt hat die Schule ihren Anteil daran, daß die früher so oft beschworene "Erbsfeindschaft" mit Frankreich bereits als ausgelöscht angesehen werden kann. Die Aussöhnung mit einem Lande wie Polen hat eine andere Qualität: Hier fehlte allzuoft die Anerkennung der Ebenbürtigkeit. Dieses gilt es aufzuarbeiten. Die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen aus dem Jahre 1976 mit den anschließenden Fachkonferenzen gelten hierfür als richtungsweisend. Ihre Leitgedanken werden mit Hilfe des Lehrplans und entsprechender Unterrichtswerke in konkreten Schulunterricht umgesetzt.

Eine Erziehung zum Frieden ist nicht eine Erziehung ohne Konflikte, und sie gedeiht auch nicht auf dem Boden eines staatlichen Reglements; gleichwohl hat der Staat Voraussetzungen zu schaffen, daß sie gelingen kann. Menschenrechte, Gerechtigkeit, Toleranz und Mitmenschlichkeit bleiben Formeln, wenn der Schüler nicht einsehen lernt, welche starke Widerstände ihrer Realisierung entgegenstehen und wie man ihrer Herr werden kann. Der gute Wille allein zu friedlicher Kooperation ohne solide Kenntnisse und ohne Bereitschaft zu handeln, schafft in unserer Gesellschaft noch nicht ohne weiteres den mündigen, zur Auseinandersetzung fähigen Staatsbürger.

Schulbereich I

- Geschichte -

In dem vorliegenden Lehrplanelement finden sich daher neben reinen Informationen auch Gegenüberstellungen unterschiedlicher Standpunkte. Der unterrichtende Lehrer wird hierbei nicht versäumen, ggf. auf die Wandlung von Gesinnungen aufmerksam zu machen, um nicht unbeabsichtigt neue Klischeebildungen vorzubereiten. Hierfür braucht man viele und vielfältige Kenntnisse. Die Lehrplaneinheit ist von ihren Verfassern in guter Kenntnis der Materie sorgfältig strukturiert worden. Doch ist dabei zu berücksichtigen, daß es sich um den Teil europäischer Geschichte handelt, dessen Aufbereitung in Partnerarbeit zwischen deutschen und polnischen Wissenschaftlern gerade erst begonnen hat und, daß er mit persönlichen Schicksalen und auch mit Vorurteilen in einzigartiger Weise befrachtet ist.

Die Menschen eines anderen Volkes lediglich in ihrem Anderssein zu "ertragen" ("Toleranz"), reicht für einen verantwortungsvollen Geschichtsunterricht nicht aus: Es soll die Bereitschaft geweckt werden, "die anderen" auch mit deren eigenen Augen sehen und verstehen zu lernen (Empathie). Zwischen der Freien Hansestadt Bremen und der (ehemaligen Hanse-) Stadt Danzig wurde im Jahre 1976 ein Vertrag zur gegenseitigen Kooperation geschlossen: Eine überzeugendere Mahnung, Vergangenheit und historisches Bewußtsein in eine gestaltungsfähige Gegenwart einmünden zu lassen, dürfte es kaum geben. Deshalb sind die Lehrer aufgerufen, an die vorliegende Unterrichtseinheit mit besonderer Sorgfalt heranzugehen und zur Weiterentwicklung auf Grund der gemachten Unterrichtserfahrungen beizutragen.

Fach / Lernbereich	Themenbereich / Thema	Zeitbedarf	Schulart / -stufe / Beruf	Klasse / Kurs	4.
Geschichte	Zusatzthema: Zur Geschichte des deutsch-polnischen Verhältnisses Danzig/Gdansk Bremens Partnerstadt in Polen		Sekundarstufe I		1

Seite 1

LERNZIELBEREICH		LERNORGANISATION		
Richtung der Behandlung	Kenntnisse	Fertigkeiten Verhaltensdispositionen	Begriffe Fachsprache	
<p>Einstieg in die Thematik: Die Beziehungen zwischen Bremen und Danzig als Ansatz, über historische Gemeinsamkeiten zu gewärtiger und künftiger Partnerschaft zu gelangen.</p>	<p>-Seit 1976 besteht zwischen Danzig und Bremen ein Partnerschaftsabkommen, das der Vertiefung insbesondere der kulturellen Kontakte dient -Beide Städte gehören der Hanse an. (K. 5) -Die Stadt Danzig erlebte seit ihrer Gründung einen mehrfachen Wechsel der staatlichen Zugehörigkeit und staatlich-rechtlichen Qualität (K. 1) -Die deutsch-polnische Grenze veränderte sich in der Geschichte wiederholt -Zwischen 1795 und 1919 war Polen ganz barmächtig aufgeteilt (K. 1) -Daraus resultiert eine bis in jüngste Zeit intensive und konfliktreiche Beziehung zwischen Deutschen und Polen (K. 2, 6) -Die Städte-Partnerschaft ist Teil der Bemühungen, die Beziehungen zwischen Deutschen und Polen dauerhaft zu verbessern (K. 7)</p>	<p>-Auswertung von Lexikon-Artikeln -Lokalisierung vorgegebener Sachverhalte in Karten -Bereitschaft nach den Ursachen für die wechselvolle Geschichte des deutsch-polnischen Grenzraumes zu fragen</p>	<p>Pommerellen Hanse Preußen Deutscher Orden Westpreußen Versailler Vertrag Woiwodschaft (entsprechend dem verwendeten Lexikontext)</p>	
			<p>LITERATUR / MEDIEN</p> <p>SCHÜLER 1.-3.) Schmid, Fragen an die Geschichte Bd. 2-4 4.-5.) Ebeling/Birkenfeld Reise in die Vergangenheit 2 u. 4 6.-7.) Hug, Geschichtliche Weltkunde Bd. 1 u. 3 8.) Putzger, Historischer Weltatlas 9.) Dierke, Weltatlas, alte Ausgabe</p> <p>LEHRER 10.) Schmid, Lehrerbelegband zu Fragen an die Geschichte 2 11.) Deutsche und Polen Information zur politischen Bildung, Heft 142 u. 143, 1970 12.) Stielow, Bilder aus der Weltgeschichte, Heft 4: Hochmittelalter 13.) Roos, Hans, Geschichte der polnischen Nation 1916 - 1960, Urban Nr. 40, Stuttgart</p>	<p>Ergänzende Arbeitsweise Unterrichtsverfahren</p>

Fach / Lernbereich	Themenbereich / Thema	Zeitbedarf	Schulart / -stufe / Beruf	Klasse / Kurs	№
Geschichte	Zusatzthema: Zur Geschichte des deutsch-polnischen Verhältnisses Danzig/Gdansk Bremens Partnerstadt in Polen		Sekundarstufe I		1

Seite 2

LERNZIELBEREICH			LERNORGANISATION		
Richtung der Behandlung	Kenntnisse	Fertigkeiten Verhaltensdispositionen	Begriffe Fachsprache	Literatur / Medien	Ergänzende Arbeitshinweise Unterrichtsverfahren
				<p>14.) Hofer, Welther, Der Nationalsozialismus, Dokumente 1933 - 1945, Fischer Nr. 6084, Frankfurt am Main</p> <p>15.) Geiss, Immanuel, Die deutsche Politik im General-souvernement Polen 1939 - 1945 in: aus Politik und Zeitgeschichte. (Beilage zu: Das Parlament) B 34/78</p> <p>16.) Habel/Kistler, Kontravers, Die Grenze zwischen Deutschen und Polen, Bundeszentrale für politische Bildung</p> <p>17.) Dokumentation: Die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen und Beiträge, in: aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zu: Das Parlament) B 47/77</p> <p>18.) Gabler, Klaus, Unser Verhältnis zu Polen - Die Oder-Neiße-Linie, in: Probleme der Friedenssicherung, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Heft 90, 1970</p>	<p>Vorschlag:</p> <p>1.) Lexikontext über Danzig, evtl. verein-facht (vgl. Materialien zum Lehrplan) Erarbeitung eines Tafelbildes: Zugehörigkeit der Stadt Danzig zu: Deutschland - sonstiges - Polen Lehrer erläutert unbekannte Begriffe alternativ: FT 2239 Danzig/Gdansk</p> <p>2.) Lehrer teilt Partnerschaftsvertrag mit (vgl. Materialien zum Lehrplan) Schüler stellen Vermutungen über Gründe und Ziele der Partnerschaft an -nennen Konfliktmöglichkeiten aus der deutsch-polnischen Geschichte (siehe Lexikontext) -ergänzen dies durch Vorwissen zu den deutsch-polnischen Beziehungen im 20. Jahrhundert -mehren Vorschläge, wie eine deutsch-polnische Städtepartnerschaft genutzt werden kann.</p>

Fach / Lernbereich	Themenbereich / Thema	Zeitbedarf	Schulart / -stufe / Beruf	Klasse / Kurs	№
Geschichte	Zusatzthema: Zur Geschichte des deutsch-polnischen Verhältnisses		Sekundarstufe I		1.

LERNZIELBEREICH			LERNORGANISATION		
Richtung der Behandlung	Kenntnisse	Fertigkeiten Verhaltensdispositionen	Begriffe Fachsprache	Literatur / Medien	Ergänzende Arbeitshinweise Unterrichtsverfahren
				<p>MEDIEN</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Danzig - Gdansk FT 2239 (30 Min.)</li> <li>- Danzig - Gdansk R 585 (11F)</li> <li>- Danzig FTS 367 (40 Min.)</li> <li>- Deutschlands Osten - Polens Westen? (55 Min) FFX 851</li> <li>- Danzig nach 16 Jahren FFX 852 (11 Min.)</li> <li>- Recht auf Heimat Tb 237</li> </ul>	<p>Danzig</p> <p>GESCHICHTE</p> <p>Danzig, mlat. Gedanum, wird 997 zuerst, 1148 als Hauptort des Hzt. Pommereilen erwähnt. Bald nach 1227 erhielt es Lübisches, 1343 Culmisches Stadtrecht, nachdem es 1309 mit Pommereilen an den Deutschen Orden gekommen war. 1361 trat Danzig der Hanse bei und über-flügelte Elbing als deutsche See- und Handelsstadt. 1454 sagte es sich vom Orden los und wurde, zumal nach dem 2. Thorer Frieden (1466), ein fast unabhängiger Freistaat unter poln. Oberhoheit. 1523-57 nahm Danzig die Reformation an. Gegen Stephan Báthory verteidigte es seine Vorrechte im Krieg von 1576/77 Es wurde im Poln. Thronfolgekrieg, als es Stanislaus Leszczyński aufnahm, 1734 von den Russen besetzt und eingenommen. Durch die zweite poln. Teilung (1793) wurde es preu-sisch. Im Mai 1807 mußte es sich dem französ. Napoleon I. zur Freien Stadt gemacht, kam aber 1814 an Preußen zurück. 1816-24 und 1878-1919 war es Hauptstadt der Prov. Westpreußen, 190-39 des Freistaates Danzig i. d. d. Reichsgaues D. - Westpreußen. 1945 kam Danzig unter poln. Verwaltung (poln. Gdansk) und wurde Hauptstadt der Woiwodschaft Danzig. Die deutsche Bevölkerung wurde z.T. noch von den deutschen Behörden evakuiert, zum größten Teil 1945-50 von den Polen vertrieben. (Auszug aus: div-Lexikon, Band 7, München 1966)</p>

Fach / Lernbereich	Themenbereich / Thema	Zeitbedarf	Schulart / -stufe / Beruf	Klasse / Kurs	4.
Geschichte	Zusatzthema: Zur Geschichte des deutsch-polnischen Verhältnisses Deutsche und Polen in Schulbüchern		Sekundarstufe I		4.

Seite 1

LERNZIELBEREICH		LERNORGANISATION	
Richtung der Behandlung	Kennnisse	Fertigkeiten	Ergänzende Arbeitsinhalte
Dieser Unterrichtsabschnitt problematisiert die unterschiedliche Bewertung von Geschichte am Beispiel eines Kapitels der deutsch-polnischen Geschichte.  In zwei Texten unterschiedlicher Herkunft werden u.a. Harmonisierung und Vereinfachung bei historischen Darstellungen deutlich. Daraus ergibt sich die Frage nach Gründen für diese Unterschiede.	-Die Ostgrenze des deutschen Sprachraumes lag um 1000 n. Chr. wesentlich weiter westlich als heute  -Beide Texte unterscheiden sich in der Auswahl der Ereignisse und der Art und Weise der Darstellung stark voneinander  -Das dem jeweils anderen bei Eroberungen zugefügte Leid wird nicht erwähnt	-Bereitschaft, Geschichtliche Darstellungen durch Vergleich auf Verschleiern, Schutzbehauptungen und Weglassen zu überprüfen  -Erkennen, daß gleiche Sachverhalte mit verschiedenen Bezeichnungen und unterschiedlichem Gehalt beschrieben werden  -In einer Aussage die Ebenen der Information, Behauptung und Wertung unterscheiden	<b>Literatur / Medien</b>  Vorschlag: Hausaufgabe: Vergleich von Quellentexten nach Leitfrage (Lit. 1, S. 140, Q 14, Frage b) 1.) Einstieg: Wiederaufnahme der Fragestellung der HA 2.) (UC) Textvergleich - Sammeln der Ergebnisse; dabei Entskl. eines Tb (siehe auch: Lit. 10 S. 156) - Vorschlag zum Tb  <b>Begriffe</b> Fachsprache Feudalherren Aggression Expansion Mark (West-)Slawen Ostland Oder-Neiße-Grenze
			<b>Literatur / Medien</b>  Deutscher Text Polnischer Text  Deutsche als Feinde der polnischen Einigung "Aggression" (negativ) "Gewalt, Hinterlist" "eroberungssüchtig"  - Gebiete abnehmen (positiv) Land vergrößern - durch harte Arbeit Land urbar machen - Ausweitung von Glaube, Sitte und Arbeitsweisen  - Vertreibung (durch Polen?) (negativ) = Unrecht keine Erwähnung keine Erwähnung "Anschluß" Schlesiens im 10. Jahrhundert (positiv)

Fach / Lernbereich	Themenbereich / Thema	Zeitbedarf	Schulart / -stufe / Beruf	Klasse / Kurs	4.
Geschichte	Zusatzthema: Zur Geschichte des deutsch-polnischen Verhältnisses Deutsche und Polen in Schulbüchern		Sekundarstufe I		2. Forts.

Seite 2

LERNZIELBEREICH		LERNORGANISATION	
Richtung der Behandlung	Kennnisse	Fertigkeiten	Ergänzende Arbeitsinhalte
			<b>Literatur / Medien</b>  3.) (UC) Vermutungen über Textunterschiede - Lehrerimpuls: "Woran kann es liegen, daß es zu diesen unterschiedlichen Darstellungen kam?" - Lehrerhinweis auf die Rolle von Schulbüchern - Sammeln der unterschiedlichsten Vermutungen. U.a. möglich: - Gegenseitige Unkenntnis, Vorurteile, absichtliche Verfälschung, Ziel der Betonung der eigenen historischen Leistung - Provozieren der Fragestellung: "Wie war es wirklich?" - Formulierung der Leitfrage für künftiges Vorgehen im Unterricht: "Wie sah die jeweilig andere Seite (sicht die jeweilig andere Seite) den betreffenden Vorgang?"

Fach / Lernbereich	Themenbereich / Thema	Zeitbedarf	Schulart / -stufe / Beruf	Klasse / Kurs
Geschichte	Zusatzthema: Zur Geschichte des deutsch-polnischen Verhältnisses Die Entstehung des polnischen Staates und die Ostkolonisation		Sekundarstufe I	4.
				3.1

LERNZIELBEREICH		LERNORGANISATION	
Richtung der Behandlung	Kennnisse	Fertigkeiten	Begriffe
		Verhaltensdispositionen	Fachsprache
Zu Beginn der intensiven gemeinsamen Geschichte zwischen Polen und Deutschen gibt es neben den noch heute nachwirkenden Gegensätzen eine Fülle von Gemeinsamkeiten. Bei der Behandlung sollte die Doppelperspektive (welche Wirkung hat das Ereignis für die andere Gruppe, wie beurteilt es die andere Gruppe?) durchgängig gewahrt bleiben.	-Die Polen sind ein westslawisches Volk. Wie die anderen Westslawen sind sie nach Ost-Mitteleuropa eingewandert, nachdem dieses Gebiet in Folge der Völkerwanderung siedlungsleer wurde. -Im 10. Jahrhundert hat sich östlich der elbawischen Stämme das christliche polnische Königreich herausgebildet. -Im 12. Jahrhundert werden die Gebiete der Westslawen bis zur Oder erobert, dem deutschen Reich angegliedert und von deutschen Bauern besiedelt. -Auf deutscher Seite mischt sich christliche Kreuzungsidee und die Motivation nach Landgewinn  -Gewaltsame Ausbreitung des Christentums ist für den damaligen Christen völlig rechters	-Aus historischen und topographischen Karten Informationen entnehmen.  -Im 10. Jahrhundert hat sich östlich der elbawischen Stämme das christliche polnische Königreich herausgebildet. -Im 12. Jahrhundert werden die Gebiete der Westslawen bis zur Oder erobert, dem deutschen Reich angegliedert und von deutschen Bauern besiedelt. -Auf deutscher Seite mischt sich christliche Kreuzungsidee und die Motivation nach Landgewinn  -Ideologien nach ihrer Rechtfertigungsfunktion befragen. -Aussagen auf ihren Wahrheitsgehalt untersuchen.	Polen Elbawen Abotriten Kulturgefälle Mecklenburg Pommern
			Vorschlag: 1.) (LV mit Kartenarbeit) Kurzüberblick über die Westausdehnung der Slawen und die Herausbildung des Polnischen Staates (Lit. 1: S. 41, Karte, S. 94, Karte; S. 130, Karte und Text - Lit. 6, S. 134, S. 142, Karten) 2.) (LV) Eroberungen im 12. Jahrhundert 3.) GA/QuA zu den Eroberungen (Lit. 1, S. 131, Q1, Q2) 4.) (UG) Gewalt und Christentum - Impuls: "Ist Eroberung durch Gewalt überhaupt christlich?"

Fach / Lernbereich	Themenbereich / Thema	Zeitbedarf	Schulart / -stufe / Beruf	Klasse / Kurs
Geschichte	Zusatzthema: Zur Geschichte des deutsch-polnischen Verhältnisses Die Entstehung des polnischen Staates und die Ostkolonisation		Sekundarstufe I	4.
				3.2

LERNZIELBEREICH		LERNORGANISATION	
Richtung der Behandlung	Kennnisse	Fertigkeiten	Begriffe
		Verhaltensdispositionen	Fachsprache
s. unter 3.1	-Im 13. Jahrhundert werden von den Landesherren des östlichen Mitteleuropas/ Osteuropas, deutsche Einwanderer als bäuerliche Siedler und als Stadtbürger zu vorteilhaften Bedingungen ins Land gerufen. Die Landesherren haben daran ein materielles Interesse. -Die deutschen Ostsiedler bewahren ihre Sprache und Kultur im fremdsprachigen Raum  -Münchsorden aus Deutschland nehmen motiviert vom christlichen Missions- und Armutsgebot, das Anbieten fremder Ländereien zur friedlichen Kolonisation nach Osten an -Folge der Ostsiedlung ist die Germanisierung eines großen Teils der ehemals slawischen Gebiete -Das Nebeneinander von Polen und Deutschen führt teilweise	-Aus Karten Dorf- und Flurformen erkennen und Schlüsse auf ihre Entstehung ziehen.  -Grundrisse von Städten untersuchen und Rückschlüsse auf ihre Entstehung ziehen :Typische mittelalterliche deutsche Stadtbilder an Stilelementen von Gebäuden erkennen - Aus Karten Entwicklungen ablesen können	Lokator Schulze Hufen (dorf) Stadtrecht Germanisierung
			Vorschlag: 1.) Einstieg: Dorf- und Flurformen - Kartenarbeit zur bäuerlichen Besiedlung (Lit. 9, S. 38) oder - LV: erlebnisbetonte Schilderung (Lit. 4, S. 60-64) 2.) (UG/StA:QuA) Ansiedlung deutscher Bauern (Lit. 1, S. 132 ff, Q 3, 5; S. 131, K 2 - Lit. 4, Karte S. 60) - dazu Tb entwerfen (z.B. Lit. 10, S. 154) - UG: Gründe hierzu erarbeiten 3.) (Kartenarbeit) Stadtgründung (Lit. 1, S. 134 K3 bis K6 - Lit. 9, S. 38) wenn leistbar: Photos, Dies aus dem heutigen Gdansk ohne Namensnennung Impuls: "Aus welcher Stadt könnten diese Bilder stammen?" 4.) (UG/StA:QuA) Stadtgründung (Lit. 1, S. 133, Q4; S. 135, K7) 5.) (UG) Tochtergründungen von Klöstern im Osten - Kartenarbeit: Zisterzienser im Oster (Lit. 1, S. 135 K8 - Lit. 4, S. 67) - UG/StA: QuA zur Ansiedlung von Klöstern (Lit. 1, S. 135 f, Q 7-9) Zu Schritt 1-5 ist arbeitsteilige Gruppenarbeit möglich: a) die bäuerliche Siedlung, b) die städtische Siedlung, c) die klösterliche Siedlung Zur Straffung ist auch eine Auswahl möglich. 6.) Vermutungen zum Zusammenleben einander von Polen und Deutschen haben? Wie leben heute Angehörige verschiedener Völker zusammen? Hinweis auf Privilegien der Deutschen damals - UG: Quellenauswertung (Lit. 1, S. 134 Q5)

Fach / Lernbereich	Themenbereich / Thema	Zeitbedarf	Schulart / -stufe / Beruf	Klasse / Kurs	n.
Geschichte	Zusatzthema: Zur Geschichte des deutsch-polnischen Verhältnisses Die Entstehung des polnischen Staates und die Ostkolonisation		Sekundarstufe I		3.3

Seite 3

LEARNZIELBEREICH		LERNORGANISATION	
Richtung der Behandlung	Kennnisse	Fertigkeiten	Begriffe
siehe unter 3.1.	<p><b>Verhaltensdispositionen</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>-Der deutsche Ritterorden verbindet Mönchtum und rit-terliches Krieger-tum</li> <li>-Er wird zur Heiden-bekämpfung ins Land gerufen, erweitert aber durch kriege-rische Aktivitäten seinen ursprüngli-chen Aufgabenbereich</li> <li>-Die Mittel der Ero-berung sind oftmals sehr grausam, auch wenn sie im christ-lichen Namen ge-schehen</li> <li>-Innere Schwäche und äußere Bedrohung durch die Großmacht Polen führen zur Ab-tretung großer Ge-biete an Polen (u.a. Danzig)</li> <li>-Seit 1466 ist der polnische König Lehnsherr des Or-densstaates</li> </ul>	<p><b>Fertigkeiten</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>-In der stilisti-schen Gestaltung von Bauwerken ihren Zweck und ihre Wirkung erkennen und Schlüsse auf die Lage ihrer Be-bauer ziehen</li> <li>-Bereitschaft, sich mit der Anders-ertigkeit des mit-teilnehmerlichen ritterlichen Le-bensgefühls aus-einanderzusetzen</li> <li>-Bereitschaft, Un-recht und Schuld, die im Laufe deutscher Geschich-te auftrat, zu er-kennen</li> <li>-Bereitschaft, sich in die Lage aller Parteien hinein-zuversetzen</li> <li>-Bereitschaft zur Übereinkommeh-machen eigener Sympathien und un-bewußter Partei-lichkeit</li> </ul>	<p><b>Begriffe</b></p> <p>Ritterorden Deutscher Or-densstaat Pruzen Marien-burg Preußen Kurland Livland Estland</p>
		<p><b>Verhaltensdispositionen</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Fortsetzung Fertigkeiten/Verhaltensdis-positionen</li> <li>Vertiefung: Bereitschaft zu differen-zierter Betrachtung der Vergangenheit.</li> <li>Die Gebiete des Ordensstaa-tes sind weder Polen noch Deutschland eindeutig zuzuordnen.</li> </ul>	<p><b>Begriffe</b></p> <p>1.) Bildbetrachtung der Marienburg im UG - Lehrerhinweise auf Größe, Funktion der Gebäude, auf Größe des Komplexes</p> <p>2.) Der Ordensstaat - GA arbeitsteilig (nach Lit. 10, S. 154) - G1 Qua: Lit. 1, S. 137, Q11 - G2, 3 Qua: Lit. 1, S. 137, Q10, 12 - G4 Qua: Lit. 1, S. 137, Q 13, Text 7 - oder Quellenarbeit (nach Lit. 12, S. 37/38) - oder Information nach Schulbuch (Lit. 9, S. 188)</p> <p>3.) (LV/StA) Textinformationen zum Nieder-gang des Ritterordens (Lit. 1, S. 138, 174-Lit. 6, S. 188 f) Vertie- (UG) Schwierigkeit, die Bevölkerung des Ostens nach modernen national-funktion: staatlichen Begriffen zuzuordnen</p> <p>4.) (UG) Wiederaufnahme der Schulbuchtexte (Lit. 1, S. 138 Q 14 a, b) - Beurteilung ihrer sachlichen Richtig-keit.</p>

Fach / Lernbereich	Themenbereich / Thema	Zeitbedarf	Schulart / -stufe / Beruf	Klasse / Kurs	n.
Geschichte	Zusatzthema: Zur Geschichte des deutsch-polnischen Verhältnisses Der polnische Raum als Objekt europäischer Machtpolitik		Gymnasium I		4.

Seite 1

LEARNZIELBEREICH		LERNORGANISATION	
Richtung der Behandlung	Kennnisse	Fertigkeiten	Begriffe
Die polnischen Teil-lungen und die Unter-drückung der Polen während der Fremdherr-schaft prägen ihr na-tionales Selbstver-ständnis entscheidend mit.	<p><b>Verhaltensdispositionen</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>-Veränderungen aus Kartenreihen ab-lesen</li> <li>-erste Unterschei-dungen zwischen In-teressen und Argu-mentationen in Quellentexten tref-fen</li> <li>-In der Zeit der Fremdherrschaft hat das aufgeteil-te Polen für die drei Besatzungs-mächte stets die Funktion eines politischen Bin-degliedes (K. 1, 2, 6, 7)</li> <li>-Unter preußisch/deutscher Fremd-herrschaft lei-den die Polen un-ter gewaltsamen Eingliederungs-versuchen der Obrigkeit (z.B. in Sprache, Glau-ben und Rildung)</li> <li>-Die Unterdrückung verstärkt die For-derung nach einem neuen polnischen Nationalstaat noch (S. 1, 7)</li> <li>-Der Fehlen natür-lichen Grenzen, so-wie die Verzahnung des polnischen Sprachgebietes mit</li> </ul>	<p><b>Fertigkeiten</b></p> <p>Österreich-Ungarn</p>	<p><b>Begriffe</b></p> <p>Österreich-Ungarn</p>
		<p><b>Verhaltensdispositionen</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Fortsetzung Kerntris-se den deutschen und russischen Sprachgebieten erschwert die Bildung eines neuen polnischen Nationalstaates und führt bis zur Gegenwart immer wieder zu gegenseitigen Ansprüchen. (K. 2, 6, 7)</li> </ul>	<p><b>Begriffe</b></p> <p>Vorschlag: 1.) (Kartenerbeit) Die 3 polnischen Teilungen (Lit. 1, S. 139 - Lit. 2, S. 46 - Lit. 4, S. 188/189) Ziel: Beteiligte und Veränderungen er-mitteln, Vermutungen über Gründe. Schritt 2 und 3 für das Verständnis des Gesamtzusammenhangs eventuell entbehrlich.</p> <p>2.) (QuA) Stimmen zur polnischen Teilung (Lit. 2, S. 47 - Lit. 4, S. 188/189) Ermittlung von Argumenten und Interessen der Beteiligten Alternativ: IV nach Lit. 2, S. 48, T 40</p> <p>3.) (LV) Das Schicksal der Polen z.Z. der Fremdherrschaft (nach Lit. II, Heft 142, S. 13 ff) Frage nach möglichen Auswirkungen der Unterdrückungsmaßnahmen</p> <p>4.) (Kartenerbeit u. AG) Gibt es eine Chance für ein neues Polen? Sprachenkarte für Osteuropa (Lit. 8, S. 101 - ersatzweise alter Diercke-Atlas, S. 85) Ziel: Probleme bei der Schaffung eines neuen polnischen Nationalstaates.</p>

Fach / Lernbereich	Themenbereich / Thema	Zeitbedarf	Schulart / -stufe / Beruf	Klasse / Kurs	4.
Geschichte	Zusatzthema: Zur Geschichte des deutsch-polnischen Verhältnisses		Sekundarstufe I		5.1.
	Die Eskalation im 20. Jahrhundert				

LERNZIELBEREICH			LERNORGANISATION		
Richtung der Behandlung	Kenntnisse	Fertigkeiten Verhaltensdispositionen	Begriffe Fachsprache	Literatur / Medien	Ergänzende Arbeitshinweise Unterrichtsverfahren
Die Neugründung des polnischen Staates als ein Ergebnis des 1. Weltkrieges führte zu neuen Konflikten im deutsch-polnischen Grenzraum. Diese unregelmäßigten Konflikte waren für Deutschland der Anlaß für den gewollten 2. Weltkrieg. Die Leiden des polnischen Volkes unter der nationalsozialistischen Herrschaft bestimmen das deutsch-polnische Verhältnis bis heute.	- Staatsbildungen und Veränderungen des Staatsgebietes sind Ausdruck von Willensbildungen und wechselseitigen Machtverhältnissen (K. 1,2,3) - Die deutsche Niederlage und die Schwäche der jungen Sowjetunion machen die Wiedererrichtung eines polnischen Staates möglich (K. 1) - Neue Konflikte ergeben sich durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages - In beiden Völkern werden die erneuten Grenzen als ungerecht empfunden. - die Durchführung des Selbstbestimmungsrechts durch Abstammung löst in den deutsch-polnischen Mischgebieten die Probleme nicht (Unterdrückung von Minorheiten) - die Manipulation von Abstimmungsergebnissen führt zur zusätzlichen Verbitterung (K. 1,2,3,7).	- die Durchföhrung des Selbstbestimmungsrechts durch Abstammung löst in den deutsch-polnischen Mischgebieten die Probleme nicht (Unterdrückung von Minorheiten) - die Manipulation von Abstimmungsergebnissen führt zur zusätzlichen Verbitterung (K. 1,2,3,7).	Versailler Vertrag Curzon-Linie Antisemitismus Konzentrationslager		Vorschlag: Siehe auch Lit. 18, UE zur Oder-Neiße-Linie 1.) Ein neuer polnischer Staat entsteht - Die Friedensinitiative des US-Präsidenten Wilson (Pkt. 13 und 14) (Lit. 3, S. 8; Lit. 11, Nr. 142, S. 23) - Polen kämpfen unter "fremden" Fahnen gegeneinander - Die "Alternativpolitik" der Polen zur Wiederherstellung eines polnischen Staates (Lit. 11, Nr. 142, S. 22 f). Karteninformation - Das Staatsgebiet Polens von 1923 als Ergebnis des Versailler Vertrages mit der Curzon-Linie (Lit. 1, S. 139; Lit. 3, S. 16; Lit. 5, S. 203) 2.) (IV) Die Auswirkungen des Versailler Vertrages auf die Beteiligten (Lit. 11, Nr. 142 S. 23 ff) - Welche Ergebnisse hatten die Volksabstimmungen in den preussischen Gebieten und in Oberschlesien? - Wie wurden die Bevölkerungsminderheiten in ihren Freiheiten eingeschränkt? - Warum empfanden die Menschen in Polen und Deutschland die Grenzregelung als ungerecht?

Fach / Lernbereich	Themenbereich / Thema	Zeitbedarf	Schulart / -stufe / Beruf	Klasse / Kurs	4.
Geschichte	Zusatzthema: Zur Geschichte des deutsch-polnischen Verhältnisses		Sekundarstufe I		5.1 Ports.
	Die Eskalation im 20. Jahrhundert				

LERNZIELBEREICH			LERNORGANISATION		
Richtung der Behandlung	Kenntnisse	Fertigkeiten Verhaltensdispositionen	Begriffe Fachsprache	Literatur / Medien	Ergänzende Arbeitshinweise Unterrichtsverfahren
	- Die Abgrenzung der Interessengebiete im Nichtangriffspakt zwischen Hitler und Stalin kommt einer abermaligen Teilung Polens gleich (K. 1,2) - Die nationalsozialistische Politik zielt auf die Auslöschung des polnischen Staates und die Diskriminierung und Ausrottung von Bevölkerungsgruppen (K. 1,2)	- Einsicht in die beispiellose Unmenschlichkeit der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik - Einsicht in die historische Schuld des deutschen Volkes - Bereitschaft, aus polnischer Sicht die Belastung des deutsch-polnischen Verhältnisses zu erörtern - Bereitschaft, sich mit den biologischen Vorstellungen des Nationalsozialismus auseinanderzusetzen.			3.) (L-Info/QuA/UG) Die "4. Teilung Polens" - Das "Geheime Zusatzprotokoll" des Nichtangriffspaktes von 1939 (Lit. 14, S. 230; Lit. 3, S. 68, Q56) und/oder - Ansprache Hitlers vor dem Oberbefehlshaber am 22.8.1939 (Lit. 3, S. 67, Q55) 4.) Auswerten von Quellen und Bildern (ggf. Erstellung eines Arbeitspapiers für den Schüler) Polen unter nationalsozialistischer Gewalt Herrschaft - Umfangreiches Quellenmaterial s. Lit. 14 - Lit. 15 auch: - Denkschrift über die Behandlung des Fremdvölkischen im Osten vom 22.5.1940 (Lit. 11, Nr. 143, S. 7, Lit. 3, S. 196 Q 78) - Ausführungen Hitlers vom 2.10.1940 (Lit. 11, Nr. 143, S. 7) - Quellen und Bilder zur Judenverfolgung und Judenassimilation (Lit. 14, S. 267 ff, Lit. 3, S. 58/59, Lit. 15) - Warschauer Ghetto-Aufstand lit. 11, Nr. 143, S. 11 5.) Diskussion über Auswirkungen auf das deutsch-polnische Verhältnis heute (Verwandte, Überlebende u.a. befragen)

Fach / Lernbereich	Themenbereich / Thema	Zeitbedarf	Schulart / -stufe / Beruf	Klasse / Kurs
Geschichte	Zusatzthema: Zur Geschichte der deutsch-polnischen Verhältnisse Die Eskalation im 20. Jahrhundert		Sekundarstufe I	5.2.

LERNZIELBEREICH		LERNORGANISATION	
Richtung der Behandlung	Kenntnisse	Fertigkeiten	Begriffe
		Verhaltensdispositionen	Fachsprache
Auch nach dem 2. Weltkrieg war das deutsch-polnische Verhältnis durch die Westverschiebung der Grenzen, durch Evakuierung, Flucht und Vertreibung fest aller Deutschen und durch die daraus resultierenden deutschen Ansprüche belastet.	-Die deutsch-polnische Grenzregelung ist im Zusammenhang der allgemeinen territorialveränderungen als Ergebnis des 2. Weltkrieges zu betrachten (K. 1,6) -Die territorialen Veränderungen wurden mit umfangreichen Bevölkerungsverschiebungen verbunden, um nunmehr staatliche und ethnische Grenzen in Übereinstimmung zu bringen (K. 1,2,3) -Die bündnispolitische und militärische Integration in den West- bzw. Ostblock bestimmen das Verhältnis zwischen Polen und den benachbarten deutschen Staaten (K. 1,2,3)	-Territorial- und Grenzverschiebungen aus politischen Karten erkennen und auf ihre Ursachen hin untersuchen -Tabelle und Statistiken lesen und auswerten -Der Frage nachgehen, ob der Gebietsanspruch der Polen historisch legitimiert und eine Verschiebung der Bevölkerung gerechtfertigt werden kann -Bereitschaft, Opfer und Leid der Bevölkerung während der Vertreibung zu würdigen und einsehen, daß dies nicht zu neuen Ansprüchen und Konflikten führen darf	Potsdamer Abkommen Status quo Vertreibung Heimatvertriebene Ostblock
			Vorschlag: 1.) Karten- und Quellenarbeit Die Grenzverschiebungen in Mittel- und Osteuropa nach dem 2. Weltkrieg (Lit. 11, Nr. 143, S. 21; Lit. 1, S. 139; Lit. 3, S. 196; Lit. 9, S. 203, sowie Potsdamer Abkommen Lit. 1, S. 140; Lit. 7, S. 175) 2.) IV/Quellenarbeit/Befragung Evakuierung, Flucht und Vertreibung nach dem 2. Weltkrieg (z.B. Lit. 11, Nr. 143, S. 17)

Fach / Lernbereich	Themenbereich / Thema	Zeitbedarf	Schulart / -stufe / Beruf	Klasse / Kurs
Geschichte	Zusatzthema: Zur Geschichte des deutsch-polnischen Verhältnisses Die Eskalation im 20. Jahrhundert		Sekundarbereich I Realschule	5.3.

Seite 4

LERNZIELBEREICH		LERNORGANISATION	
Richtung der Behandlung	Kenntnisse	Fertigkeiten	Begriffe
		Verhaltensdispositionen	Fachsprache
Grundlage der Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen war die Anerkennung der nach dem 2. Weltkrieg entstandenen politischen Realität durch die Bundesregierung. Am hier sichtbar werdenden Versöhnungswillen sollen die Schüler ihren eigenen Standpunkt messen.	-Unter so häufig wechselnden Staats- und Einflußgebieten der beiden Völker ist ein "Recht auf Heimat" problematisch (K. 3,6) -Probleme und Konflikte können heute in Europa nicht mehr durch Kriege, sondern nur noch durch Verhandlungen und Verträge gelöst werden (K. 7) -Der Warschauer Vertrag ist der Versuch beider Staaten, auf der Basis der durch den 2. Weltkrieg entstandenen politischen und territorialen Realität ihre Beziehungen neu zu gestalten (K. 3,7) -Der eingeschlagene Weg der Politik des Ausgleichs mit Polen war und ist in der Bundesrepublik unumkehrbar (K. 3,7) -Einselne oder bewußt falsche Informationen führen zu Vorurteilen, die oft Gerüchthäufigkeit und daß nach sich ziehen (K. 3,6)	-Sich in die Lage aller Beteiligten versetzen können, aus ihrer Sicht die historischen Ereignisse und Probleme betrachten -Bereitschaft, für beide Sichtweisen Verständnis aufzubringen -Bereitschaft, Probleme und Konflikte zwischen Völkern auf friedlichem Wege zu lösen -Verschleierungen, Schutzbehauptungen und Verschwörungen auch dann erkennen wollen, wenn dies für die eigene Seite ungünstig ist -Gleiche Beurteilungskriterien für beide Seiten anwenden -Die eigenen Gefühle, Vorurteile und unbewußte Parteilichkeit bei Parteilichkeit bewußt machen -Bereitschaft, auf ein fremdvalierendes Aufrechnen von Schuld und Leistung in der Vergangenheit zu verzichten -Bereitschaft, die Gewürdlichkeit bei Parteilichkeit anzuerkennen	Charta Grundrecht Vereinigte Nationen Alliierte Warschauer Vertrag
			Vorschlag: 1.) Deutsche und Polen heute (U-Info oder Qua) Der Standpunkt der Heimatvertriebenen (Lit. 1, S. 140, Q. 16) Leitfrage: Gibt es ein Grundrecht auf Heimat? Wer könnte es hier in Anspruch nehmen? (UG) Standpunkte aus deutscher und polnischer Sicht (Zur poln. Seite vgl. auch Lit. 1, S. 141, Q. 17 und 18) - wer war zuerst da? - politische Ansprüche aus der Geschichte? Wann ja, wie weit zurückliegend? - Gibt es eine Chance für einen Frieden zwischen Deutschen und Polen? Was ist der Preis? Revision von 1945? 2.) (QuA) Der Warschauer Vertrag (Lit. 1, S. 141 - Lit. 5, S. 204 (Kürzent) - vgl. auch Lit. 11, Heft 143, S. 21 ff) - wichtigste Forderungen aus der Sicht beider Seiten - evtl. IV zur innenpolitischen Atmosphäre bei der Diskussion um die Ostverträge - müssen nun Geschichts- und Erdkunde-Karten in Schulbüchern geändert werden (Vgl. Lit. 1, S. 179, K. 17 - Lit. 5, S. 163) 3.) (UG) Überprüfung der Schulbuchdarstellung aus 4.2 Hinweis des Lehrers auf deutsch-polnische Schulbuchkommission (vgl. Lit. 17).



## RAHMENVEREINBARUNG

für die Zusammenarbeit zwischen der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) in der Bundesrepublik und der Stadt Gdansk in der Volksrepublik Polen

## RAMOWE POROZUMIENIE

o współpracy między Freie Hansestadt Bremen /Stadtgemeinde/ w Republice Federalne; Niemiec a Miastem Gdansk w Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej

## RAHMENVEREINBARUNG

für die Zusammenarbeit zwischen der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) in der Bundesrepublik Deutschland und der Stadt Gdansk in der Volksrepublik Polen

Der Präsident des Senats und Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) in der Bundesrepublik Deutschland und der Präsident der Stadt Gdansk in der Volksrepublik Polen

gestützt auf die bisherigen Kontakte und Erfahrungen und auf ähnliche Kommunal- und Entwicklungsprobleme beider Städte;

bemüht um die Leistung eines Beitrages beider Städte zur weiteren Verbesserung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen;

überzeugt, daß die Zusammenarbeit zwischen Bremen und Gdansk der Bereicherung des kulturellen Lebens beider Städte dienen wird;

haben beschlossen, die folgende Vereinbarung zu unterzeichnen.

### § 1

Beide Seiten werden die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der kommunalen Wirtschaft und des Umweltschutzes unterstützen und weiter entwickeln, die direkten Kontakte und den Erfahrungsaustausch zwischen den entsprechenden Organisationen, Institutionen und Unternehmen, wie auch im Bereich der Wissenschaft, der Bildung, der Kunst, der Presse, des Rundfunks, des Fernsehens, des Sports und des Fremdenverkehrs erweitern.

### § 2

Beide Seiten werden vor allem die Zusammenarbeit beider Städte auf dem Gebiet der Kommunalpolitik unterstützen unter besonderer Berücksichtigung

- der Lösung der innerstädtischen Verkehrsprobleme
- des Umweltschutzes, insbesondere der Sammlung, Verarbeitung und Verwertung von Abfällen

- der Raumordnungsplanung und des Städtebaues
- der modernen Stadtplanung
- der Hafenwirtschaft
- der Kontakte zwischen Industrie, Handel und Dienstleistung.

### § 3

Auf kulturellem Gebiet werden beide Seiten unterstützen:

- Musik- und Theateraufführungen
- Kunstausstellungen
- die Tätigkeit der kulturtragenden Institutionen
- die Zusammenarbeit und den Austausch von Fachleuten und Gruppen im Bereich der Literatur, des Theaters, der Musik, der bildenden Künste, des Museumswesens und des Denkmalschutzes.

### § 4

Beide Seiten werden den Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet der Wissenschaft, der Bildung, des Hochschulwesens, der Berufsbildung, besonders der auf die Seefahrt spezialisierten Berufsbildung, und im Zusammenhang damit den koordinierten Personenaustausch unterstützen.

### § 5

Von dem Bestreben geleitet, den Bürgern beider Städte gegenseitige zuverlässige Informationen über die sozialen und ökonomischen Probleme zu liefern, werden beide Seiten bei der Zusammenarbeit von Presse, Rundfunk und Fernsehen beider Städte Hilfe und Unterstützung leisten, insbesondere beim Austausch von Funk- und Fernsehprogrammen.

### § 6

Beide Seiten werden Formen des Sportaustausches und des Fremdenverkehrs unterstützen, die die Intensivierung der Zusammenarbeit beider Städte und die Anknüpfung von direkten Kontakten in den in dieser Rahmenvereinbarung erwähnten Bereichen zum Ziel haben.

### § 7

Zur Realisierung dieser Rahmenvereinbarung werden die interessierten Institutionen, Organisationen und Unternehmen im Einvernehmen mit den Unterzeichnenden direkte Vereinbarungen treffen und detaillierte Programme der Zusammenarbeit entwerfen.

### § 8

Beide Seiten werden sich allseitige Hilfe bei der praktischen Verwirklichung dieser Rahmenvereinbarung erweisen und die Koordinierungsfunktion erfüllen.

### § 9

Diese Rahmenvereinbarung gilt für die Dauer von fünf Jahren. Die Gültigkeit der Vereinbarung verlängert sich jeweils um weitere fünf Jahre, wenn sie von keiner der beiden Seiten sechs Monate vor ihrem Ablauf gekündigt wird.

Geschehen zu Gdansk, am 12. April 1976, in je zwei Urschriften in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Präsident des Senats  
der Freien Hansestadt Bremen

Präsident  
der Stadt Gdańsk

gez. Hans Koschnick

gez. Andrzej Kaznowski

Hans Koschnick  
(Bürgermeister)

Andrzej Kaznowski

# RAMOWE POROZUMIENIE

o współpracy między Freie Hansestadt Bremen /Stadtgemeinde/ w Republice Federalnej Niemiec a Miastem Gdańsk w Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej

Prezydent Senatu i Burmistrz Freie Hansestadt Bremen /Stadtgemeinde/ w Republice Federalnej Niemiec oraz Prezydent Miasta Gdanska w Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej:

opierając się na dotychczasowych kontaktach i doświadczeniach oraz w oparciu o zbliżoną problematykę komunalną i rozwojową obu miast:

w dążeniu do wniesienia wkładu obu miast do dalszej poprawy stosunków między Republiką Federalną Niemiec i Polską Rzeczpospolitą Ludową;

w przeświadczeniu, że współpraca między Bremen a Gdańskiem służyć będzie wzbogacaniu życia kulturalnego obu miast:

postanowili podpisać następujące porozumienie.

## § 1

Obie Strony będą popierać i rozwijać współpracę w dziedzinie gospodarki komunalnej i ochrony środowiska, rozszerzać bezpośrednie kontakty i wymianę doświadczeń między odpowiednimi organizacjami, instytucjami i przedsiębiorstwami, jak również w dziedzinie nauki, oświaty, sztuki, prasy, radia, telewizji, sportu i turystyki.

## § 2

Obie Strony będą przede wszystkim popierać współpracę obu miast w zakresie gospodarki miejskiej ze szczególnym uwzględnieniem:

- rozwiązań komunikacji miejskiej
- ochrony środowiska, a szczególnie zbierania, przetwarzania i wykorzystania odpadów

- zagospodarowania przestrzennego i urbanistyki
- nowoczesnego planowania miejskiego
- gospodarki portowej
- przemysłu, handlu i usług.

## § 3

W zakresie kultury obie Strony będą popierać:

- wystawianie dzieł muzycznych i sztuk teatralnych
- ekspozycje dzieł sztuki
- działalność przedsiębiorstw rozpowszechniających dobra kulturalne
- współpracę i wymianę specjalistów i grup w dziedzinie literatury, teatru, muzyki, plastyki, muzealnictwa i konserwacji zabytków.

## § 4

Obie Strony będą popierać wymianę doświadczeń w zakresie nauki, oświaty, szkolnictwa wyższego, szkolnictwa zawodowego związanego zwłaszcza ze specjalizacją morską, w tym również będą popierać skoordynowaną wymianę osobową.

## § 5

Kierując się dążeniem do wzajemnego rzetelnego informowania mieszkańców obu miast o problematyce społeczno-ekonomicznej obie strony udzielią pomocy i poparcia we współpracy prasy, radia i telewizji obu miast, a zwłaszcza wymianie programów radiowych i telewizyjnych.

## § 6

Obie Strony będą popierać takie formy wymiany sportowej i turystyki, które mają na celu intensyfikację współpracy obu miast oraz nawiązywanie bezpośrednich kontaktów w dziedzinach objętych niniejszym ramowym porozumieniem.

## § 7

Dla realizacji niniejszego ramowego porozumienia zainteresowane instytucje, organizacje i przedsiębiorstwa – w uzgodnieniu z podpisującymi ramowe porozumienie – zawrą bezpośrednie porozumienia oraz opracują szczegółowe programy współpracy.

## § 8

Obie Strony udziela wszechstronnej pomocy na rzecz praktycznej realizacji niniejszego ramowego porozumienia i będą spełniały funkcje koordynujące

## § 9

Niniejsze ramowe porozumienie ważne jest na okres pięciu lat. Ważność tego porozumienia ulega przedłużeniu na dalsze pięcioletnie okresy, jeżeli żadna ze Stron nie odstąpi od tego porozumienia na sześć miesięcy przed upływem jego ważności.

Sporządzono w Gdańsku, dnia 12 kwietnia 1976 roku w dwóch egzemplarzach, każdy w języku polskim i niemieckim, przy czym obydwa teksty posiadają jednakową moc.

Prezydent  
Miasta Gdańsk

Andrzej Kaznowski

Prezydent Senatu  
Freie Hansestadt Bremen

Hans Koschnick  
Burmistrz

## UE: LEBENSLÄUFE

**KRYSTINA ZYWULSKA:**

**„DURCH MEINE GEDICHTE HABE ICH AUSCHWITZ ÜBERLEBT“**

### STATIONEN IM LEBEN EINER JÜDISCHEN SCHRIFTSTELLERIN

	Länge: 20 Minuten
Sekundarstufe I, Klasse 10	
<b>VON LODZ INS WARSCHAUER GETTO</b>	22. 10. 1979 UKW II 15.25 23. 10. 1979 UKW II 8.35
<b>IM GETTO UND AUF DER „ARISCHEN SEITE“ WARSCHAUS</b>	29. 10. 1979 UKW II 15.25 30. 10. 1979 UKW II 8.35
<b>VON WARSCHAU NACH AUSCHWITZ</b>	5. 11. 1979 UKW II 15.25 6. 11. 1979 UKW II 8.35
<b>IM TODESLAGER AUSCHWITZ-BIRKENAU</b>	12. 11. 1979 UKW II 15.25 13. 11. 1979 UKW II 8.35

Es ist viel darüber spekuliert worden, was eigentlich die Holocaust-Fernsehserie so ungeheuer publikumswirksam werden ließ, international und vor allem in Deutschland. Fast fühlt man sich geneigt, in der deutschen Vergangenheitsbewältigung eine neue Datierung einzuführen: Zeit vor Holocaust, Zeit nach Holocaust.

Zeit nach Holocaust: die Zeit, in der die Deutschen endgültig vom Grauen der Judenverfolgung, der Konzentrations- und Vernichtungslager eingeholt wurden. Die Zeit, in der niemand mehr, auch die Jungen, die Nachgeborenen nicht, sagen kann: Ich habe nichts davon gewußt. Vom Holocaust-Effekt ist die Rede, ohne daß näher definiert würde, worin dieser Effekt besteht. Ist mit dem Holocaust-Erlebnis dieser schreckliche Teil deutscher Vergangenheit endgültig bewältigt, war Holocaust die Katharsis einer ganzen Nation? Katharsis verstanden als geistig-seelische Läuterung durch wiedererinnerndes Bewußtwerden und Abreagieren verdrängter traumatischer Erlebnisse. Das mag zutreffen für die Älteren unter uns, die unter dem Nationalsozialismus gelebt haben. Aber die Jungen, die erst nach dieser Zeit geboren wurden? Bedeutet der Holocaust-Effekt – so es einen gibt – für sie nicht etwas ganz anderes: Die Pflicht, die Aufgabe, zu fragen, Klarheit zu gewinnen und damit etwas zu leisten, was ihre Eltern und Großeltern nicht geleistet haben?

Noch gibt es Zeugen, die die Konzentrations- und Vernichtungslager überlebt haben. Manche hat das Erlebte sprachlos gemacht, hat sie psychisch zerstört. Aber es gibt andere wie z.B. Krystina Andrzejewska, die in der Lage sind, über das Erlebte zu sprechen. Unter dem Pseudonym Krystina Zywulska erschien ihr gleich nach Kriegsende geschriebener Bericht: „Ich habe Auschwitz überlebt“, 1948 als Buch in Polen. Später dann auch in der UdSSR, der CSSR, den USA, in Kanada und England. Unter dem Titel „Wo einst Birken waren ...“ wird der Bericht im Herbst 1979 nun auch in der Bundesrepublik als Buch erscheinen.

Es ist der persönliche Bericht eines überlebenden Opfers und nicht eine theoretische Aufarbeitung des Problems der Judenvernichtung. Es ist der Versuch, das Grauen erfahrbar zu machen, indem man es reduziert auf die Erlebnisse einer einzigen Person und damit vielleicht nachvollziehbar macht.

Grundlage der Sendereihe bilden mehrere Gespräche mit Krystina Andrzejewska Zywulska.



Krystina Zywulska, 1945.

## Krystina Andrzejewska

10. 5. 1918	Sophie Christine Landau, geb. in Lodz/Polen
1936	Abitur am Humanistischen Gymnasium in Lodz
1937-38	Jurastudium in Warschau, abgebrochen wegen Kriegsbeginn
1939-42	Leben im Warschauer Judenviertel/Getto
1942-43	Nach Flucht aus dem Getto Aufenthalt auf der „arischen“ Seite in Warschau, mit falschen Papieren
21. 6. 1943	Verhaftung durch die Gestapo als polnische politische Gefangene Drei Monate im Gefängnis Pawiak in Warschau. (Später erfahrenes Urteil: Todesstrafe)
August 43	Deportation von Pawiak nach Auschwitz
Aug. 43 – Jan. 45	Gefangene in Auschwitz-Birkenau
18. 1. 45	Während der Evakuierung (wegen der Kriegslage) auf dem Marsch in andere Konzentrationslager geflohen
1945-69	Wohnsitz und Arbeit in Warschau als Schriftstellerin (vor allem Satiren für die Bühne, den Rundfunk, Zeitschriften)
1946	Heirat mit Leon Andrzejewski Zwei Söhne: Jacek, 1947, und Tadeusz, 1949
Ende 1969	Ausreisegenehmigung als Emigrantin nach Israel Verlust der polnischen Staatsbürgerschaft
Seit Nov. 69	Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland

### Veröffentlichungen Pseudonym: Krystina Zywulska

#### Ich habe Auschwitz überlebt

engl. Titel „I came back“), Auszüge in Jugoslawien und Rumänien.  
Warschau, 1948, 5 Auflagen bis 1962. Ausgaben in der UdSSR, CSSR, den USA, in Kanada und England (auch als Taschenbuch)

#### Gedichte

Im Lager entstandene Gedichte erschienen als Dokument des Untergrund-Kampfes in einem Buch über Auschwitz nach dem Krieg in Warschau.

#### Leeres Wasser

Warschau 1963, 2. Auflage 1965. (=Roman, der das Leben im Warschauer Getto und auf der „arischen“ Seite zum Inhalt hat.)  
Ausgaben in Frankreich („L'eau vide“, bei Albin Michel, Paris, mit einem Vorwort von Vercors), Italien („L'acqua vuota“, bei Sperling & Kupfer, Editori, Mailand), Japan (bei Reader's Digest of Japan). Portugiesische Ausgabe in Vorbereitung.

#### Hier spricht der Gutgesinnte

Warschau 1949 (=Sammlung von satirischen Kurzgeschichten). Ausgaben in mehreren sozialistischen Ländern.

#### Sogenanntes Leben

Warschau 1956 (=Sammlung von satirischen Kurzgeschichten). Ausgaben in mehreren sozialistischen Ländern.

#### Satirische Kurzgeschichten

Verfaßt für Zeitschriften, Rundfunk, Bühne und Kabarett in Polen, 1949-69.

#### Liedertexte

1965-69.

#### Kinderbücher

„Tagebuch einer Puppe“, „Kauf mir, Mama“ (in Versform), Warschau 1968, u.a. Kinderbücher.

#### Operetten-Libretti

„Der Zauberstein“, musikalische Operette für Kinder. „Der verkaufte Bräutigam“, Operette für Erwachsene, 1969, kamen nicht zur Aufführung wegen Emigration.

#### Theaterkritiken, Rezensionen, Essays etc.

u.a. publizistische Tätigkeit für Rundfunk, Zeitungen und Zeitschriften.

1. Juden, die das sechste Lebensjahr vollendet haben, ist es verboten, sich in der Öffentlichkeit ohne einen Judenstern zu zeigen.
2. Der Judenstern besteht aus einem handtellergroßen, schwarz ausgezogenen Sechsstern aus gelben Stoff mit der schwarzen Aufschrift „Jude“. Er ist sichtbar auf der linken Brustseite des Kleidungsstücks fest angenäht zu tragen.

#### Von Lodz ins Warschauer Getto

22. 10. 1979 UKW II	Montag 15.25 – 15.45
23. 10. 1979 UKW II	Dienstag 8.35 – 8.55

#### Zur Sendung:

Krystina Zywulska berichtet zu Beginn, wie sie die Holocaust-Serie erlebt hat, welche Erinnerungen für sie damit wieder wach wurden: Ihre Jugend und Schulzeit in Lodz, die nicht greifbare, aber deutlich erlebte Bedrohung, die vom deutschen Nationalsozialismus auch über die Grenze nach Polen ausstrahlte. Schließlich Einmarsch der deutschen Truppen, Abbruch des Studiums, Flucht der Familie von Lodz ins Warschauer Getto. Wolfgang Hartlieb



Der Distriktschef von Krakau

## ANORDNUNG

### Kennzeichnung der Juden im Distrikt Krakau

Ich ordne an, dass alle Juden im Alter von über 12 Jahren im Distrikt Krakau mit Wirkung vom 1. 12. 1939 ausserhalb ihrer eigenen Wohnung ein sichtbares Kennzeichen zu tragen haben. Dieser Anordnung unterliegen auch nur vorübergehend im Distriktsbereich anwesende Juden für die Dauer ihres Aufenthaltes.

Als Jude im Sinne dieser Anordnung gilt:

1. wer der mosaischen Glaubensgemeinschaft angehört oder angehört hat,
2. jeder, dessen Vater oder Mutter der mosaischen Glaubensgemeinschaft angehört oder angehört hat.

Als Kennzeichen ist am rechten Oberarm der Kleidung und der Überkleidung eine Armbinde zu tragen, die auf weissem Grunde an der Aussenseite einen blauen Zionstern zeigt. Der weisse Grund muss eine Breite von mindestens 10 cm. haben, der Zionstern muss so gross sein, dass dessen gegenüberliegende Spitzen mindestens 8 cm. entfernt sind. Der Balken muss 1 cm. breit sein. Juden, die dieser Verpflichtung nicht nachkommen, haben strenge Bestrafung zu gewärtigen.

Für die Ausführung dieser Anordnung, insbesondere die Versorgung der Juden mit Kennzeichen, sind die Ältestenräte verantwortlich.

Wächler  
Krakau, den 18. 11. 1939.

Szef dystryktu krakowskiego

## ROZPORZĄDZENIE

### Znamionowanie żydów w okręgu Krakowa

Zarządcom z ważnością od dnia 1. XII 1939, iż wszyscy żydzi w wieku ponad 12 lat winni nosić widoczne znamiona. Rozporządzeniu temu podlega także na czas ich pobytu przelocowo w obrębie okręgu przebywający żydzi.

Zydem w myśl tego rozporządzenia jest:

- 1) ten, który jest lub był wyznania mojżeszowego,
  - 2) każdy, którego ojciec, lub matka, lub był wyznania mojżeszowego.
- Znamieniem jest biała przepaska noszona na prawym rękawie ubrania lub odzienia wierzchniego z niebieską gwiazdą sionistyczną. Przepaska winna mieć szerokość co najmniej 10 cm., a gwiazda sionistyczna: Przepaska winna mieć szerokość co najmniej 1 cm.
- Niestosujący się do tego zarządzenia zostaną surowo ukarani.
- Za wykonanie niniejszego zarządzenia, zwłaszcza za dostarczenie opasek czynnie odpowiedzialne Rady starszych.
- (-) Wächler  
Kraków, dnia 18. XI. 1939.

#### Im Getto und auf der „arischen Seite“ Warschau

29. 10. 1979 UKW II	Montag 15.25 – 15.45
30. 10. 1979 UKW II	Dienstag 8.35 – 8.55

#### Zur Sendung:

In der zweiten Sendung berichtet Krystina Zywulska über das Leben im Warschauer Getto, den Hunger, das Sterben,

die jeweils strassenzugeschlossene vorgenommenen Deportationen in die KZs. Die Hoffnung der Menschen, daß es dort besser sein würde, weil man sich Schlimmeres als das Getto nicht vorstellen konnte. Zusammen mit ihrer Mutter unternimmt sie einen wahnwitzigen Fluchtversuch, der verblüffenderweise gelingt. Auf der „arischen Seite“ lebt sie mit falschen Papieren und schafft es mit anderen zusammen, immer wieder einzelne Juden aus dem Getto zu schmuggeln, auch ihre Schwester.

Wolfgang Hartlieb

#### Von Warschau nach Auschwitz

5. 11. 1979 UKW II	Montag 15.25 – 15.45
6. 11. 1979 UKW II	Dienstag 8.35 – 8.55

#### Zur Sendung:

Ihre Warschauer Untergrundtätigkeit bleibt nicht verborgen, Krystina Zywulska gerät in eine Falle der Gestapo und wird ins berüchtigte Warschauer Pawiak-Gefängnis eingeliefert. Von dort – man hatte nicht entdeckt, daß sie eigentlich Jüdin war – kam sie ins Lager Auschwitz. Bei den oft stundenlang dauernden morgendlichen Zählappellen beginnt sie, um an irgend etwas anderes denken zu können, Gedichte zu machen. Sie sagt sie laut vor sich hin. Ihre Nachbarinnen sprechen sie nach, geben sie weiter. Sie und ihre Gedichte werden für die Lagerinsassen ungeheuer wichtig. Unausprechbare Ängste des einzelnen werden in der Form von Gedichten erkennbar als Ängste aller und damit aussprechbar, austauschbar, überwindbar. Sie übersteht eine Fleckfieberinfektion, weil Mitgefängene die einzige von den Häftlingen organisierte Spritze mit einem Gegenmittel Krystina Zywulska injizieren.

Wolfgang Hartlieb

#### Im Todeslager Auschwitz-Birkenau

12. 11. 1979 UKW II	Montag 15.25 – 15.45
13. 11. 1979 UKW II	Dienstag 8.35 – 8.55

#### Zur Sendung:

Um ihr Leben wenigstens vorläufig zu retten, bringen Mitgefängene Krystina Zywulska bei einem Arbeitskommando im Vernichtungslager Birkenau unter, denn dort muß sie nicht im Freien arbeiten. Sie lebt nun im Angesicht der Krematorien, sieht die für die Vergasung bestimmten Transporte ankommen, oft sind lachende Kinder dabei. Tausende von Menschen sieht sie ein einziges Mal, zum ersten und letzten Mal in ihrem Leben. Die russische Front rückt näher. In den Wirren der Auflösung und Evakuierung von Auschwitz und Birkenau kommt der Befehl zur Liquidierung des Arbeitskommandos, dem sie angehört, zu spät. Krystina Zywulska kommt zu einem Transport, der in ein anderes KZ gehen soll und kann unterwegs fliehen.

Wolfgang Hartlieb

# MATERIALIEN 1

## Die Nürnberger Gesetze

Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. September 1935

§ 1 (1) Staatsangehöriger ist, wer dem Schutzverband des Deutschen Reiches angehört und ihm dafür besonders verpflichtet ist ...

§ 2 (1) Reichsbürger ist nur der Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes, der durch sein Verhalten beweist, daß er gewillt und geeignet ist, in Treue dem Deutschen Volk und Reich zu dienen ...

§ 3 Der Reichsminister des Innern erläßt im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers die zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften.

Reichsbürgergesetz vom 15. September 1935

§ 1 (1) Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes sind verboten. Trotzdem geschlossene Ehen sind nichtig, auch wenn sie zur Umgehung dieses Gesetzes im Ausland geschlossen sind.

(2) Die Nichtigkeitsklage kann nur der Staatsanwalt erheben.

§ 2 Außerehelicher Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes ist verboten ...

§ 5 (1) Wer dem Verbot des § 1 zuwiderhandelt, wird mit Zuchthaus bestraft ...

(2) Der Mann, der dem Verbot des § 2 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis oder mit Zuchthaus bestraft.

§ 6 Der Reichsminister des Innern erläßt im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers und dem Reichsminister der Justiz die zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften.



Berlin Nr. 234 404 9.11.2355

An alle Stapo-Stellen und Stapo-Leitstellen  
An Leiter oder Stellvertreter

Dieses FS ist sofort auf dem schnellsten Wege vorzulegen.

1. Es werden in kürzester Frist in ganz Deutschland Aktionen gegen Juden, insbesondere gegen deren Synagogen, stattfinden. Sie sind nicht zu stören. Jedoch ist im Benehmen mit der Ordnungspolizei sicherzustellen, daß Plünderungen und sonstige besondere Ausschreitungen unterbunden werden können.
2. Sofern sich in Synagogen wichtiges Archivmaterial befindet, ist dieses durch eine sofortige Maßnahme sicherzustellen.
3. Es ist vorzubereiten die Festnahme von etwa 20 000 bis 30 000 Juden im Reiche. Es sind auszuwählen vor allem vermögende Juden. Nähere Anordnungen ergehen noch im Laufe dieser Nacht.
4. Sollten bei den kommenden Aktionen Juden im Besitz von Waffen angetroffen werden, so sind die schärfsten Maßnahmen durchzuführen. Zu den Gesamtkaktionen können herangezogen werden Verfügungstruppen der SS sowie Allgemeine SS. Durch entsprechende Maßnahmen ist die Führung der Aktionen durch die Stapo auf jeden Fall sicherzustellen.

Aus: Der gelbe Stern. Die Judenverfolgung in Europa 1933-1945. Hrsg. Gerhard Schonberger. Gütersloh 1960. S. 12.

# MATERIALIEN 2

## In den Gettos

Gettos sind Durchgangsstationen auf dem Wege in den Tod, für viele sind sie die letzte Station.

Zunächst gehen die Menschen noch an ihren gewohnten Arbeitsplatz im „arischen“ Teil der Stadt und kehren abends ins Getto zurück. Eines Tages ist das Getto mit Stacheldraht abgesperrt, und die Tore sind mit bewaffneten Posten besetzt.

Die Abschnürung von der Außenwelt bringt die wirtschaftliche Katastrophe. Die kleinen Betriebe innerhalb der Umzäunung können nur wenigen Arbeit verschaffen. Hunderttausende sitzen in einem riesigen Käfig gefangen, dem sicheren Hungertod preisgegeben, den Hitler über sie verhängt hat. Und immer neue Menschenmassen werden in die schon überfüllten Gettos gepfercht.

Beschlagnahmen, Schikanen, Plünderungen, wilde Schießereien und öffentliche Hinrichtungen hören auch hier nie auf. Doch eine Plage ist so fürchterlich, daß alle anderen daneben verblassen: der Hunger. Hunger heißt das Klage lied der Bettler, die mit ihren obdachlosen Angehörigen auf der Straße sitzen, Hunger ist der Schrei der Mütter, denen die Neugeborenen dahinsterven. Menschen schlagen sich bis aufs Blut wegen einer rohen Kartoffel, Kinder riskieren ihr Leben für eine Handvoll geschmugelter Rüben, auf die schon eine ganze Familie wartet.

Ein Kilogramm Brot, 250 Gramm Zucker, 100 Gramm Marmelade und 50 Gramm Fett beträgt zum Schluß in Warschau die Monatsration. Oft werden verdorbene Nahrungsmittel geliefert, die von der Wehrmacht zurückgewiesen worden sind. Mit Fleiß und Einfallsreichtum versucht man die Not zu lindern. In primitiven Werkstätten werden durch mühselige Handarbeit Tauschwerte für den „arischen“ Stadtteil produziert. Aus einem Stück Holz entstehen nützliche Küchengeräte, aus alten Bettlaken stellt man buntbedruckte Kopftücher her. Ganze Wagenladungen von Lebensmitteln werden mit Hilfe der Wachposten, die von den Hungrigen enorme Bestechungsgelder erpressen, ins Getto hineingeschmuggelt. Trotzdem steigen die Sterblichkeitsziffern ununterbrochen. In den Elendsquartieren bricht das Fleckfieber aus. Immer öfter kommen die Leichenkarren. Aber die Anordnung der deutschen Behörden, daß Tote nicht länger als fünfzehn Minuten auf der Straße liegen dürfen, kann nicht eingehalten werden. Die an Erschöpfung Sterbenden legen sich auf den Rinnstein, und die noch Lebenden gehen vorüber, ohne sich umzudrehen. Armut, Hunger und Verzweiflung fressen sich weiter, bis schließlich nichts mehr übrigbleibt.

Wer hier nicht den Tod findet, den erwartet ein noch schlimmeres Ende. Im Juli 1942 beginnt in allen Gettos der Abtransport in die Vernichtungslager. Der Ausrottung durch Hunger folgt die Ausrottung durch Gas. Die Judenräte werden gezwungen, die Deportationslisten zusammenzustellen. Allein aus Warschau werden in einem Vierteljahr 400 000 Menschen nach Belzec und Treblinka deportiert. Massenunterkünfte, Hospitäler und Kinderheime werden als erste geräumt. Dann kommt die Reihe an alle, die nicht in kriegswichtigen Betrieben arbeiten. Anfangs melden sich manche Obdachlosen freiwillig, um das halbe Brot und die Büchse Marmelade zu erhalten, die jemand für die Reise versprochen werden. So groß ist das Unglück, daß sie selbst das Konzentrationslager nicht mehr fürchten, von dem sie sich wenigstens eine Pritsche für die Nacht und einen Napf Essen erhoffen.

Später, als die ersten Gerüchte über die Gaskammern in das Getto dringen, muß brutalste Gewalt angewandt werden, um die verängstigten Menschen in die Waggons zu treiben. Tagelang gleicht die Stadt einem Dschungel, in dem eine wilde Hetzjagd auf Menschen gemacht wird. Die Straßen verhallen wider vom Fluchen der Polizisten und den Schreien der Opfer. Unter blutigen Hieben verhalten sich die mit Händen und Füßen sich Sträubenden zum „Umschlagplatz“ geschleppt. Zu Hunderten in die Viehwaggons gepreßt, sterben viele schon auf der Fahrt. Als der Andrang in Treblinka zu groß wird, läßt man die plombierten Züge tagelang auf offenem Gleis stehen, bis alle Insassen erstickt sind.

Im Sommer 1943 werden die Gettos, mit Ausnahme von „Litzmannstadt“ (Lodz), endgültig aufgelöst. Nur einige jüdische Häftlingskompanien in Zwangsarbeitslagern bleiben übrig, aber auch sie treten früher oder später den Weg in die Erschießungsgruben und Gaskammern an.

Aus: Der gelbe Stern. Die Judenverfolgung in Europa 1933-1945. Hrsg. Gerhard Schonberger. Gütersloh 1960, 1978, S. 49.

# MATERIALIEN 3

„Im Herbst 1941 wurden durch einen geheimen Sonderbefehl in den Kriegsgefangenen-Lagern die russischen Politruks, Kommissare und besondere politische Funktionäre durch die Gestapo ausgesondert und dem nächstgelegenen KL zur Liquidierung zugeführt. In Auschwitz trafen laufend kleinere Transporte dieser Art ein, die durch Erschießen in der Kiesgrube bei den Monopol-Gebäuden oder im Hof des Blocks II getötet wurden. Gelegentlich einer Dienstreise hatte mein Vertreter, der Hauptsturmführer Fritsch, aus eigener Initiative Gas zur Vernichtung dieser russischen Kriegsgefangenen verwendet, und zwar derart, daß er die einzelnen im Keller gelegenen Zellen mit den Russen vollstopfte und unter Verwendung von Gasmasken Zyklon B in die Zellen warf, und das den sofortigen Tod herbeiführte. Das Gas Zyklon B wurde in Auschwitz durch die Firma Tesch & Stabenow laufend zur Ungezieferbekämpfung verwendet, und es lagerte daher immer ein Vorrat dieser Gasbüchsen bei der Verwaltung (...)

Beim nächsten Besuch Eichmanns berichtete ich ihm über diese Verwendung von Zyklon B, und wir entschlossen uns, bei der zukünftigen Massenvernichtung dieses Gas zur Anwendung zu bringen (...)

Ich befehligte Auschwitz bis zum 1. Dezember 1943 und schätze, daß mindestens 2 500 000 Opfer dort durch Vergasung und Verbrennen hingerichtet und ausgerottet wurden; mindestens eine weitere halbe Million starben durch Hunger und Krankheit, was eine Gesamtzahl von ungefähr 3 000 000 Toten ausmacht. Diese Zahl stellt ungefähr 70 oder 80 Prozent aller Personen dar, die als Gefangene nach Auschwitz geschickt wurden; die übrigen wurden ausgesucht und für Sklavenarbeit in den Industrien des Konzentrationslagers verwendet.“

(Rudolf Höß, Kommandant des Konzentrationslagers Auschwitz)

Aus: Max von der Grün. Wie war das eigentlich? Kindheit und Jugend im Dritten Reich. S. 182 f.



Im Lager von Auschwitz.

# MATERIALIEN 4

Abschrift  
Fernschreiben

Absender: Der SS- und Polizeiführer im Distrikt Warschau

Warschau, den 8. Mai 1943

Az.: I ab St/Gr – 16 07 – Tgb. Nr. 624/43 geh.  
Betr.: Getto-Großaktion

An den  
Höheren SS- und Polizeiführer Ost  
SS-Obergruppenführer und General der Polizei Krüger  
o. V. i. A.

## Krakau

Verlauf der Aktion am 8. 5. 43, 10.00 Uhr: Das gesamte Gebiet des ehemaligen jüdischen Gettos wurde heute von Durchkämpfungsstoßtrupps nach vorhandenen Bunkern und Juden durchsucht. Wie schon vor einigen Tagen gemeldet, halten sich z. Zt. noch das Untermenschentum, die Banditen und Terroristen in Bunkern auf, in denen durch die Brände die Hitze unerträglich geworden ist. Diese Kreaturen wissen nun genau, daß es nur eines gibt, entweder sich verborgen zu halten, solange es geht oder an die Erdoberfläche zu kommen, dabei aber den Versuch zu machen, möglichst die sie bedrängenden Männer der Waffen-SS, der Polizei und der Wehrmacht zu verwunden bzw. umzulegen.

Die im gestrigen FS gemeldete Auffindung der Lager des Bunkers der sog. engeren „Parteileitung“ wurde am heutigen Tage weiter verfolgt. Es ist gelungen, den Bunker der Parteileitung zu öffnen und etwa 60 Banditen, die schwer bewaffnet waren, zu packen. Es gelang, den stellv. Leiter der jüdischen militärischen Organisation „ZWZ“ und seinen sog. Stabschef zu fangen und zu liquidieren. In diesem Bunker waren etwa 200 Juden untergebracht, 60 davon wurden erfaßt, 140 durch große Einwirkung von Nebelkerzen und durch Anlegung großer Sprengladungen an verschiedenen Stellen vernichtet. Durch die Nebelkerzen waren bereits ungezählte Tote von den hervorgebrachten Juden gemeldet. Wenn der Kampf gegen die Juden und Banditen in den ersten 6 Tagen schwer war, so muß festgestellt werden, daß nunmehr die Juden und Jüdinnen erfaßt werden, die die Träger des Kampfes dieser Tage waren. Es wird kein Bunker mehr geöffnet, ohne daß von den darin sich befindenden Juden mit den ihnen zur Verfügung stehenden Waffen, 1 MG, Pistolen und Handgranaten Widerstand geleistet wird. Heute wurden wiederum eine ganze Anzahl Jüdinnen erfaßt, die in ihren Schlüpfen entscherte und geladene Pistolen trugen.

Nach gemachten Aussagen sollen sich noch etwa 3000-4000 Juden in den unterirdischen Löchern, Kanälen und Bunkern aufhalten. Der Unterzeichnete ist entschlossen, die Großaktion nicht eher zu beenden, bis auch der letzte Jude vernichtet ist.

Insgesamt wurden heute aus Bunkern 1091 Juden erfaßt, im Feuerkampf wurden etwa 280 Juden erschossen, ungezählte Juden in den 43 gesprengten Bunkern vernichtet. Die Gesamtzahl der erfaßten Juden erhöht sich auf 49 712. Die noch nicht durch Feuer vernichteten Gebäude wurden heute angezündet und dabei festgestellt, daß sich immer noch vereinzelte Juden irgendwie im Mauerwerk oder in den Treppenhäusern versteckt halten.

## Eigene Kräfte:

<b>Einsatzkräfte:</b>	Deutsche Polizei	4/101
	TN	1/6
	Sipo	2/14
	Pioniere (WH)	3/69
	Waffen-SS	13/527

<b>Absperrkräfte:</b>	<b>bei Tag</b>	<b>bei Nacht</b>
Deutsche Polizei	1/87	1/
Waffen-SS	–	1/
Trawniki	160	–
poln. Polizei	1/160	1/160

**Eigene Verluste:** 2 Waffen-SS tot  
2 Waffen-SS verwundet  
1 Pionier verwundet

Ein am 7. 5. 43 verwundeter Angehöriger der Orpo ist heute seinen Verletzungen erlegen.  
Erbeutet wurden etwa 15-20 Pistolen versch. Kalibers, größere Bestände an Pistolen und Gewehrmunition, außerdem eine Anzahl von in den ehem. Rüstungsbetrieben selbstgefertigten Handgranaten.  
Ende der Aktion: 21.30 Uhr, Fortsetzung am 9. 5. 43, um 10.00 Uhr

F.d.R.:

Der SS- und Polizeiführer  
im Distrikt Warschau  
gez. Stroop  
SS-Sturmbannführer  
SS-Brigadeführer  
und Generalmajor der Polizei

Aus: Max von der Grün. Wie war das eigentlich? Kindheit und Jugend im Dritten Reich. S. 206-207.

# Freisprüche im Majdanek-Prozeß

## Tumulte nach der Urteilsverkündung

Von unserem Korrespondenten Hartwig Suhrbier

DÜSSELDORF, 19. April. Auf Freispruch von der Anklage des Mordes oder der Beihilfe zum Mord lauteten am Donnerstag die vom Landgericht Düsseldorf verkündeten ersten Urteile für vier der 13 Angeklagten in dem seit dreieinhalb Jahren andauernden Prozeß wegen NS-Massenverbrechen im Konzentrationslager Majdanek Lublin.

Noch bevor der Vorsitzende des Landgerichts Düsseldorf, Günther Bogen, den Freispruch zu Ende verlesen hatte, quittierte eine Gruppe von etwa 50 Zuhörern die manzels Beweise erfolgten Freisprüche mit lautstarken „Pfui“-Rufen und mit Sprechchören wie „Nazimörder hinter Gitter“. Bogen unterbrach daraufhin die Urteilsverkündung. Als die Wachtmeister nach Abklingen der minutenlangen Sprechchöre der Anordnung nachkommen wollten, den Saal zu räumen, kam es zu einem weiteren Zwischenfall: etwa 100 Demonstranten, die vor Prozeßbeginn vor dem Gerichtsgebäude protestiert hatten, drangen gegen den Widerstand der Wachtmeister durch den Eingang für Prozeßbeteiligte in den Saal ein. Auf Plakaten und Transparenten, die zumeist die Namensabkürzung der DKP-Jugendorganisation „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ trugen, wandten sie sich gegen die Freisprüche und gegen die Verjährung von NS-Mordverbrechen. Die Demonstranten bezeichneten das Urteil als „ungeheuren Skandal“ und als „einen Schlag ins Gesicht“ der Opfer der Gewalt Herrschaft.

Die großenteils auf Stühlen und Bänken stehenden Demonstranten forderten in Sprechchören „den Rücktritt dieses Gerichtes“ und sangen das im KZ gedichtete Lied der Moorsoldaten. Nach etwa 30 Minuten verließen sie den Gerichtssaal freiwillig, um „einen Kranz für die Opfer der Freigesprochenen“ am Platz der zerstörten Düsseldorfer Synagoge niederzulegen. Danach zog Polizei zur Absperrung der Zugänge zum Gerichtssaal auf.

Bei Beginn der Fortsetzung der Verhandlung drohte Bogen für den Fall weiterer Störungen Haft als Ordnungsstrafe an. In einer sehr ausführlichen, etwa vierstündigen Darstellung ihrer Beweiswürdigung erläuterte die Kammer, nunmehr ungestört, die Gründe, die sie zu den auch von der Staatsanwaltschaft beantragten Freisprüchen für die vier Angeklagten geführt hatten, deren Verfahren mangels weiterer Belastungszeugen vorzeitig vom Hauptprozeß abgetrennt worden waren.

In allen vier Fällen, sagte der Richter, habe die Beweisaufnahme die Anklagevorwürfe „nicht mit der für eine Verurteilung hinreichenden Sicherheit erhärten“ können. Dies liege großenteils daran, daß die einzigen Belastungszeugen inzwischen verstorben seien, oder daß einzelne Beschuldigungen in der Verhandlung zurückgenommen beziehungsweise abgeschwächt worden waren. Auch anderweitig hätten sich die Vorwürfe nicht erhärten lassen. So habe man „nach dem obersten rechtsstaatlichen Grundsatz, im Zweifel für den Angeklagten“, entscheiden müssen.“

Das Gericht betonte, daß in der Beweisführung kein prinzipieller Unterschied gemacht werden könne zwischen einem normalen Verfahren und einem Prozeß wegen NS-Gewaltverbrechen. Die Kammer habe das nachlassende Erinnerungsvermögen der Zeugen sowie Unstimmigkeiten auf Grund von Verdängung und Vermischung der Erinnerungen berücksichtigen müssen.

Zuvor hatte der Richter knapp auf die Hauptgründe für den ungewöhnlich großen Zeitaufwand in diesem Prozeß hingewiesen: Es habe zahlreiche Auseinandersetzungen über Verfahrenstragen gegeben. Auch seien während des Prozesses wiederholt bislang unbekannte Zeugen aufgetaucht, die zu befragen waren. Ferner habe es vielfältige und schwierige Probleme bei der Vernehmung älterer und im Ausland lebender Zeugen gegeben, die durch die Vernichtung seelisch meist stark belastet gewesen seien.

Insgesamt hat die 17. Große Strafkammer bislang an 328 Verhandlungstagen etwa 200 Zeugen im Gerichtssaal und weitere 50 nicht reisefähige Zeugen im In- und Ausland an ihren Wohnsitzen vernommen. In einem persönlichen Wort dankte Bogen namens der Kammer ausdrücklich den polnischen und israelischen Behörden für ihre außerordentliche Hilfe bei der Aufklärung der Anklagevorwürfe.

Bei den jetzt freigesprochenen Beschuldigten handelt es sich um den ehemaligen SS-Truppenarzt und Hauptsturmführer Heinrich Schmidt (67) sowie um die ehemaligen SS-Lageraufseherinnen Hermine Böttcher (60), Charlotte Mayer (61) und Rosa Suss (58). Einige von ihnen waren wegen Mißhandlungen im Konzentrationslager nach Kriegsende durch polnische und tschechoslowakische Gerichte verurteilt, jedoch schon 1955 vorzeitig freigelassen und in die Bundesrepublik abgeschoben worden. Allen vier Angeklagten waren auf Grund von Zeugenaussagen im Vorverfahren zum Mord an Häftlingen oder Beihilfe zum Mord durch Teilnahme an Häftlingsselektionen mit nachfolgender Vergasung vorgeworfen worden.

BERLIN (AP). Als eine Verhöhnung der vom NS-Regime ermordeten und eine Beleidigung aller noch lebenden Verfolgten bezeichnete der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, am Donnerstag die Freisprüche in einer Presseerklärung sagte er: „Mehr als dieser Freispruch selbst, der die Zugenorigkeit zur Bewachungsmannschaft eines Vernichtungslagers nicht als Tatbestand der Mordbeihilfe gelten läßt, empört uns und auch die übrigen Verfolgten des NS-Regimes die Tatsache, daß überhaupt eine Beweisnot eintreten konnte.“ Dies sei nach Ansicht Galinskis auf eine viel zu spät begonnene Aufarbeitung der NS-Vergangenheit durch die Justiz zurückzuführen.

Im Wiener, Österreichs Polizei und Justiz haben vorbeugende Maßnahmen getroffen, um den Plan ausländischer Neonazis zu vereiteln, in Braunau, der Geburtsstadt des Nazi-Diktators Adolf Hitler, am Wochenende mit einer „machtvollen Demonstration den Geburtstag des Führers“ zu feiern. Zu einer solchen Veranstaltung hatte eine in Lincoln (US-Bundesstaat Nebraska) ansässige Gruppe von Hitler-Anhängern in einem Rundschreiben „alle alten Kameraden“ in den USA und Europa aus Anlaß von Hitlers 90. Geburtstag am 20. April aufgefordert.

Verantwortliche österreichische Stellen, denen der Plan bekanntgeworden ist, ordneten daraufhin einen Großbesatz der Polizei an und setzten Schnellrichter ein, um jede Demonstration im Ansatz ersticken zu können. Mißliebige Ausländer sollen im Schnellverfahren des Landes verwiesen werden. Mit dem vorzeitigen Bekanntwerden des Planes der Hitler-Geburtstagsfeier dürfte der von den Neonazis beabsichtigte Überraschungseffekt ohnehin mißlungen sein. Die Teilnehmer an der Demonstration sollten nämlich, wie bekanntgeworden ist, unter heimlicher Mitnahme von Naziuniformen, Hakenkreuzfahnen und Armbinden nach Braunau am Inn einreisen und sich dort zu der Demonstration formieren. Dem erwarteten geringen Polizeiaufgebot sollte bei Behinderung der Demonstration „tätlicher Widerstand“ entgegengesetzt werden.

Die geplante neonazistische Demonstration hätte auch mit dem österreichischen Wahlkampf kollidiert, da sich Bruno Kreisky als auch der Vorsitzende der Freiheitlichen Partei Österreichs, Alexander Götz, am Wochenende in Braunau während einer Wahlreise aufhalten.

FR. 20. 4. 1979

# MATERIALIEN 5

## „Es wird ihnen das Lachen überall vergehen“

Historiker behaupten, die Deutschen hätten vom Judenmord nichts wissen können – dabei hat Hitler vor aller Welt davon gesprochen.

„Ich stelle fest, daß es nicht eine einzige öffentliche Erklärung gab, aus der das Volk unzweideutig die Vernichtungsabsicht gegenüber den Juden erkennen konnte ... Es ist die beste Ehrenerklärung für das deutsche Volk, daß die totalitäre Nazi-Führung es bis zum Schluß nicht gewagt hat, die Wahrheit öffentlich einzugestehen, daß diese brutalen Herrscher nichts mehr gefürchtet haben, als eine Entlarvung vor dem eigenen Volk.“

Das erklärte nach der Erschütterung der Deutschen über den „Holocaust“-Fernsehfilm einer, der wissen mußte, wie es damals gewesen ist: Dr. Wolfgang Venohr, Historiker, Chefredakteur von STERN TV, verantwortlich für profunde zeitgeschichtliche Dokumentationen, so auch für einen vieldiskutierten Fernsehfilm über die Waffen-SS.

Und weil er es so genau weiß, klagte er diejenigen, die in der Fernsehdiskussion nach „Holocaust“ Gegenteiliges behaupteten oder diese „ungeheuerliche Behauptung“ unwidersprochen durchgehen ließen, der Verleumdung des deutschen Volkes an. Venohr verlangte die Vorlage „wissenschaftlich exakter Beweise“, forderte die „WDR-Verantwortlichen“ auf, „sich von ihrer unverantwortlich schlampigen Redaktionsführung zurückziehen und ihre Posten zu räumen“, und ließ seine Anklage „um der außerordentlichen Bedeutung der Sache willen“ als Leserbrief in Axel Springers „Welt“ einrücken.

Um der außerordentlichen Bedeutung der Sache willen: Die Beweise gibt es, unzweideutige und öffentliche Erklärungen, die man in jeder einigermaßen bestückten zeitgeschichtlichen Bibliothek nachlesen kann. Fragt sich nur, ob die Deutschen, von der NS-Propaganda zugleich aufgehetzt und abgestumpft, sie damals erkennen konnten und ob die, die dazu fähig waren, sie erkennen wollten.

So Adolf Hitlers Drohung in seiner Reichstagsrede vom 30. Januar 1939, sieben Monate bevor er den Zweiten Weltkrieg begann, über alle Reichssender übertragen, in allen Zeitungen abgedruckt, also vor aller Welt:

„Ich will heute wieder ein Prophet sein: Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa.“

Das war öffentlich und unzweideutig war es auch. Denn was konnte dies nach der von Woche zu Woche verschärften und vor aller Augen vollstreckten systematischen Entrechtung der Juden in Deutschland seit 1933 und nach der blutigen „Reichskristallnacht“ vom 9. November 1938 anderes bedeuten als Tod und Verderben? Wie ernst Hitler das meinte, wurde deutlich, als er öffentlich immer wieder auf diese Drohung zurückgriff. So, noch zurückhaltend, in seiner Rede zum achten Jahrestag der „Macht-ergreifung“ am 30. Januar 1941, als die Einsatzkommandos bereits in Polen wüteten:

„Und nicht vergessen möchte ich den Hinweis, den ich schon einmal ... im Deutschen Reichstag gegeben habe. Den Hinweis darauf nämlich, daß, wenn die andere Welt von dem Judentum in einen allgemeinen Krieg gestürzt würde, das gesamte Judentum seine Rolle in Europa ausgespielt haben wird.“

So, aber schärfer, ein Jahr darauf, am 30. Januar 1942, als die Transportzüge schon zu den Vernichtungsstätten im Osten zu rollen begannen, genau zehn Tage, nachdem in der „Wannsee-Konferenz“ die Vorbereitungen zur „Endlösung der Judenfrage“ getroffen worden waren:

„Ich habe es schon ausgesprochen – und ich hüte mich vor voreiligen Prophezeiungen –, daß ... das Ergebnis dieses Krieges die Vernichtung des Judentums sein wird.“

So nur wenige Wochen später in seiner Botschaft zur Parteigründungsfeier am 24. Februar 1942, und da ist bereits von „Ausrotten“ die Rede:

„Meine Prophezeiung wird ihre Erfüllung finden, daß durch diesen Krieg nicht die arische Menschheit vernichtet, sondern der Jude ausgerottet werden wird. Was immer auch der Kampf mit sich bringen oder wie lange es dauern mag, dies wird sein endgültiges Ergebnis sein.“



So auch, und nun voller Hohn, in seiner Sportpalastrede am 30. September 1942:

„Die Juden haben einst auch in Deutschland über meine Prophezeiungen gelacht. Ich weiß nicht, ob sie auch heute noch lachen oder ob ihnen nicht das Lachen bereits vergangen ist. Ich kann aber auch jetzt nur versichern: Es wird ihnen das Lachen überall vergehen.“

Und so auch am 8. November 1942, als Hitler in seiner Rede vor den „alten Kämpfern“ (wie auch in seiner Proklamation an die NSDAP vom 24. Februar 1943) ganz offen von der „Ausrottung des Judentums in Europa“ sprach:

„Man hat mich immer als Propheten ausgelacht. Von denen, die damals lachten, lachen heute Unzählige nicht mehr, und die jetzt noch lachen, werden es vielleicht in einiger Zeit auch nicht mehr tun.“

Dafür wurde in Auschwitz gesorgt, in Belzec, Sobibor, Treblinka, Majdanek, und der Sicherheitsdienst der SS mußte in seinen geheimen Lageberichten vermerken, daß der Bevölkerung die Mordaktionen im Osten nicht verborgen blieben. Schon im April 1940 hatte der SD gemeldet, Urlauber hätten „vielfach“ zu Haus über Massenerschießungen berichtet.

Im SD-Bericht Nr. 377 vom 19. April 1943 wurde sogar festgestellt, daß „ein großer Teil der Bevölkerung“ die NS-Veröffentlichungen über die Leichenfunde von Katyn als „merkwürdig“ und „heuchlerisch“ empfinde. Der SD-Bericht zitierte eine Begründung: „Wir haben kein Recht, uns über diese Maßnahme der Sowjets aufzuregen, weil deutscherseits in viel größerem Umfange Polen und Juden beseitigt worden sind.“ Und fügte hinzu: „Mit der letzteren Argumentation werde besonders in intellektuellen und konfessionell orientierten Kreisen gegen die ‚propagandistische Ausschachtung‘ des Fundes im Walde von Katyn geeifert.“

Viele also haben gewußt, was im Osten vorging. Und die Millionen Deutsche, die nichts davon erfuhren oder den Gerüchten nicht trauen mochten, die Millionen, die an den Führer glaubten, warum haben sie ihm die eindeutigen Ankündigungen in den öffentlichen Reden nicht geglaubt? Nicht glauben können, weil es unvorstellbar war? Oder nicht glauben wollen? Dabei hatte dieser Mann doch schon früh genug gezeigt, wie und was zu denken er fähig war. Es stand seit 1925 unverändert in seinem „Mein Kampf“, der bis Kriegsende in rund zehn Millionen Exemplaren verbreiteten und viel zu wenig gelesenen und viel zu wenig ernst genommenen deutschen Pflichtlektüre:

„Es wäre die Pflicht einer besorgten Staatsregierung gewesen, nun (im Ersten Weltkrieg, in dem von den deutschen Juden überproportional viele gefallen sind [Red.]), da der deutsche Arbeiter wieder den Weg zum Volkstum gefunden hatte, die Verhetzer dieses Volkstums unbarmherzig auszurotten. Wenn an der Front die Besten fielen, dann konnte man zu Hause wenigstens das Ungeziefer vertilgen. ... Hätte man zu Kriegsbeginn und während des Krieges einmal zwölf- oder fünfzehntausend dieser hebräischen Volksverderber so unter Giftgas gehalten, wie Hunderttausende unserer allerbesten deutschen Arbeiter aus allen Schichten und Berufen es im Felde erdulden mußten, dann wäre das Millionenopfer der Front nicht vergeßlich gewesen. Im Gegenteil: Zwölftausend Schurken, zur gleichen Zeit beseitigt, hätten vielleicht einer Million ordentlicher, für die Zukunft wertvoller Deutschen das Leben gerettet.“

Es war schon alles da: die Unterscheidung zwischen Menschen, Tieren und Juden, sprich Ungeziefer; das unbarmherzige Ausrotten und das Gas. Nur daß Hitler noch in Tausenden rechnete und nicht in Millionen. Immerhin mögen um die Ehre des Deutschen Volkes Besorgte einwenden: Die Phantasien eines damals noch macht- und einflußlosen Politikers, wer brauchte die schon ernst zu nehmen, auch wenn sie später zur allgemeinverbindlichen Bibel der Nation erhoben wurden.

Ernst zu nehmen aber, weil ohne Zweifel keine Phantasie war, was „Das Schwarze Korps“, die Zeitung der SS, die überall im Deutschen Reich angeschlagen war, am 24. November 1938, zwei Wochen nach der „Reichskristallnacht“ im Leitartikel auf der ersten Seite unter der Überschrift „Juden, was nun?“ verkündete. Da stand klipp und klar und ausdrücklich als „logische und unvermeidliche Entwicklung“ bezeichnet, was geschieht, wenn das „demokratische“ Ausland nicht genug Geld und Land zur Auswanderung aller Juden als seinen „Beitrag zur Lösung der Judenfrage“ zur Verfügung stellt:

„... ständen wir daher vor der harten Notwendigkeit, die jüdische Unterwelt genau so auszurotten, wie wir in unserem Ordnungsstaat Verbrecher eben auszurotten pflegen: mit Feuer und Schwert. Das Ergebnis wäre das tatsächliche und endgültige Ende des Judentums in Deutschland, seine restlose Vernichtung.“

„Ausrottung durch Feuer und Schwert“: Das ist Holocaust, öffentlich angekündigt am 24. November 1938.

Bleibt noch nachzutragen, daß die allererste öffentliche Ankündigung des perfekt organisierten Judenmords schon in der fünften Nummer des NS-Bilderblatts „Illustrierter Beobachter“ stand. Das war Weihnachten 1926, als noch kein allmächtiges Propagandaministerium darüber befand, was zu wissen den Deutschen gut tat und was nicht.

Neben Rätseln und Witzen war dort in Wort und Bild ein Vorschlag für eine „humane Lösung der Judenfrage“ abgedruckt: „Hebräer“, die in „Konzentrationslagern“ gesammelt wurden, bei einer „Vermögensabgabestation“ all ihr Hab und Gut abliefern mußten und dann mit Raketen auf den Mond geschossen wurden.

Es war schon alles da: KZ, Stacheldraht, Posten mit Stahlhelm und unter Gewehr, Vermögensabgabe, das böse Wort von der „Lösung der Judenfrage“, die Rampe und die Reise ohne Wiederkehr. Nur daß das Ziel nicht Auschwitz hieß oder Majdanek, sondern Mond oder Mars. Und daß darüber der freundliche Seitentitel stand: „Zum Zeitvertreib“.

Ein Witzzeichner hatte vorausgesehen, was sich Millionen Deutsche trotz aller Ankündigungen nicht vorstellen konnten – oder wollten.

Aus: Stern, Nr. 9, 1979, S. 242 f.

Arnim v. Manikowsky

## UE: SCHÜLERKRISEN

Sekundarstufe I, ab 8. Klasse

Länge: 20 Minuten

**ULRICH PLENZDORF:**  
DIE NEUEN LEIDEN DES JUNGEN W.

19. 11. 1979 UKW II 15.25  
20. 11. 1979 UKW II 8.35

**CHRISTIANE F.:**  
WIR KINDER VOM BAHNHOF ZOO

26. 11. 1979 UKW II 15.25  
27. 11. 1979 UKW II 8.35

**SCHÜLER MACHEN LITERATUR**

3. 12. 1979 UKW II 15.25  
4. 12. 1979 UKW II 8.35

Diese Reihe soll Schüler in die Literatur einführen. Es wird gezeigt, daß Literatur – trotz der Konkurrenz anderer Medien und sogenannter Trivialformen – bei Schülern ein lebhaftes Interesse hervorrufen kann. Die Voraussetzung dafür ist allerdings, daß Literatur im Unterricht so vermittelt wird, daß die Schüler ihre Probleme, Wünsche, Ängste, Tagträume in den literarischen Texten wiederfinden können. Gegenstand des Literaturunterrichts können also nicht allein die literarischen Texte sein, sondern auch die Probleme der Jugendlichen und die Frage nach deren Ursachen.

Diese Sendereihe will eine solche Vermittlung von Literatur und ihre Ergebnisse in der Schule dokumentieren. Damit will die Sendereihe über den unmittelbaren Gebrauch hinaus zum Umgang mit einer solchen Lernorganisation ermutigen (Analyse literarischer Texte und Gebrauchstexte, Einführung und Vertiefung von Jugendproblemen, Recherchen anstellen, Texte oder Hörspiele schreiben). Das Gelingen eines solchen Prozesses ist weniger am Produkt als am Entstehungsprozeß und der mit ihm verbundenen Lernimpulse zu messen.

Bei der Planung einer UE mit diesem Themenschwerpunkt muß berücksichtigt werden, daß die Thematik die Gefahr in sich birgt, Jugendlichen ihre z. T. verzweifelte Lage – Angst vor der Arbeitslosigkeit, daraus resultierende Versagens- und Konkurrenzängste, sowie eine allgemeine, teilweise diffus empfundene Orientierungskrise – vor Augen zu führen, ohne dafür einfach anwendbare Patentlösungen anbieten zu können. Deshalb ist als zentrales Lernziel die Kommunikationsfähigkeit der Schüler als erster Schritt zu Analyse wie auch emotionaler Bewältigung von Schülerkrisen in den Mittelpunkt zu stellen und der Unterricht dementsprechend zu organisieren. Eine solche Kommunikation kann den Schülern die Erkenntnis erleichtern, daß sie mit ihren Problemen nicht allein stehen und daß kommunikable Umsetzungsformen ihrer Probleme – hier vor allem die verschiedenen sprachlichen Formen – schon ihren psychischen Druck erleichtern können.

Im besten Fall regen sich die Schüler auch über den Unterricht hinaus dazu an, durch individuelle wie auch kollektive Handlungen ihren Leidensdruck zu vermindern, z. B. Tagebuch zu schreiben, dokumentarische Untersuchungen der Umwelt zu erstellen und Selbsthilfeaktivitäten zu erforschen.

Damit sind in der Reihe nicht nur literarische Texte und ihre Funktion für Jugendliche Gegenstand des Unterrichts, sondern auch die entsprechenden Bereiche in der Alltagsrealität der Jugendlichen. Eine solche Verschränkung von Realität und individueller Ausdrucksformen und Annäherungsversuche an diese Realität scheint uns die einzige legitime Umgangsform mit Literatur im Unterricht zu sein. Außerdem sollen die Schüler zu dokumentarischer oder literarischer Produktion angeregt werden. Insofern ist dieser Einführungsversuch exemplarisch zu verstehen.

### Literatur zur Sendereihe:

#### I. Zur Theorie des Deutschunterrichts

**Dietrich Harth:** Kritik der literarischen Bildung. In: Bestandsaufnahme Deutschunterricht. Ein Fach in der Krise. Hrsg. von Heinz Ide. Stuttgart 1970.

**Arndt und Inge Stephan:** Werther und Werther-Rezeption – Eine Untersuchung zur Aufarbeitung bürgerlichen Selbstverständnisses. In: Projekt Deutschunterricht 9 – Literatur der Klassik II. Hrsg. von Bodo Lecke. Stuttgart 1975/1977.

**Eggert/Berg/Rutschky:** Schüler im Literaturunterricht. Ein Erfahrungsbericht. Köln 1975.

P O L N I S C H

Entwurf

in der gymnasialen Oberstufe

Eine Feldbeschreibung für die Hand des Lehrers

1. Allgemeine Ziele des Unterrichts
2. Inhalte und Methoden
3. Lernzusammenhang
  - 3.1. Verteilung der Themenbereiche auf die Halbjahre
  - 3.2. Lesebeispiele für Kursfolgen
4. Besondere Auflagen und Hinweise

Bremen 4. Nov. 1979

1. Allgemeine Ziele des Unterrichts

Das Unterrichtsfach Polnisch nimmt in der gymnasialen Oberstufe eine Sonderstellung ein.

De jure ist Polnisch die erste Fremdsprache für Spätaussiedler und dem Englischen gleichgestellt. Da die Spätaussiedler über keine Fremdsprache verfügen, ist Polnisch für sie eine Chance, die Hochschulzulassung zu erreichen. Bei minimalen oder keinen Deutschkenntnissen dürfte das Erlernen einer weiteren Fremdsprache eine Überforderung darstellen.

De facto ist Polnisch für die Schüler aus Polen eine "Muttersprache", die bisher auch ihre Unterrichtssprache war.

Auf diese besondere Situation muß Rücksicht genommen werden. Die Gewinnung klarer Beurteilungsmaßstäbe wurde zusätzlich dadurch erschwert, daß die polnische Sprachkompetenz der einzelnen Schüler sehr unterschiedlich entwickelt ist und ein Ausgleich nicht leicht zu erzielen ist, weil die Spätaussiedlerschüler sich vorwiegend auf den Deutschunterricht konzentrieren müssen.

Hieraus ergeben sich die spezifischen Ziele des Polnischunterrichts:

1. Werden Erziehung und Unterricht als Ausstattung zum Verhalten in unserer Welt verstanden, so müssen die Ziele des Polnischunterrichts im Bereich der Identität und der Sprachkompetenz liegen. Der Schüler soll befähigt werden, die Sprache als den Ausdruck seiner intellektuellen, emotionalen und kreativen Entwicklung zu begreifen.
2. Die Schüler sollen befähigt werden, die polnische Sprache als Mittel der mündlichen und schriftlichen Kommunikation situationsbezogen anzuwenden. Gleichzeitig soll die Einsicht in die sprachlichen Strukturen und Abhängigkeiten wie in die Relationen zwischen Sprache und Denken vermittelt werden.

3. Es muß dem Schüler ermöglicht werden, zunächst die kulturelle Verbundenheit mit dem Herkunftsland zu bewahren, ohne dabei die zunächst noch fremde gesellschaftliche und kulturelle Wirklichkeit der neuen Heimat auszusperren.

Dieser Prozeß einer gleitenden Überleitung verlangt auch insbesondere deswegen Takt und Geduld, weil sich die Jugendlichen ohnehin in einer gleichzeitig ablaufenden, biologischen und geistigen Umbruchphase befinden. Der plötzliche - durch die Schule veranlaßte - Entzug von jedweder Identifikationsmöglichkeit könnte für den einzelnen katastrophale Folgen haben.

Der Bruch in der Entwicklungsphase würde auch darin bestehen können daß der Jugendliche noch nicht in der Lage ist, seine Identität im deutschen Kulturbereich zu finden, weil ihm die grundsätzliche Voraussetzung dazu - die Sprache als Medium - fehlt. Doch ohne Sprache kann ein Mensch nicht zu sich und seiner Welt finden und seine Sozialbeziehungen gestalten.

Voraussetzung für den Umgang mit zwei "Eigensprachen" ist, daß die Schüler - zunächst im Polnisch-Unterricht - gelernt haben, Denkprozesse logisch-systematisch zu gliedern, Aussagen sachlich richtig zu verstehen und Werturteile differenziert zu begründen.

#### Sprachliche Lernziele

Im Bereich der sprachlichen Lernziele geht es um die Weiterentwicklung der vorhandenen Grundfertigkeiten: Lesen, Hören, (sachbezogenes) Sprechen und (themenbezogenes) Schreiben. Die Entwicklung einer rezeptiven und produktiven Kompetenz ist als ein gleichwertiges Ziel zu betrachten. Bei den rezeptiven Fertigkeiten sind die Ebenen: globales, selektives und detailliertes Verstehen zu unterscheiden. Für die produktiven Fertigkeiten gilt: Verständlichkeit, Korrektheit, Geläufigkeit, Differenziertheit und außerdem stilistische Angemessenheit.

#### Inhaltliche Lernziele

Die inhaltlichen Lernziele beziehen sich vorwiegend auf Kenntnis von Literatur und Landeskunde in ihren verschiedensten Bereichen. Es wird vorzugsweise der Mensch gesucht, der über sich und seine Stellung zur Gesellschaft und entsprechende Gestaltungsmöglichkeiten nachdenkt.

Der Umgang mit Literatur entwickelt die Sensibilisierung für künstlerische Anordnung eines Werkes, für das Furchtbare und für das Schöne, das Alltägliche und Außergewöhnliche und für seine ethische Ausdruckskraft.

Literarische Texte sollen im gesellschaftlichen Zusammenhang stehen, die geschichtliche Verbundenheit mit der europäischen Kultur veranschaulichen und den Menschen im Spannungsfeld von Individuum und Gesellschaft zeigen.

Der Unterricht soll darauf abzielen, daß für den Spätaussiedler-Schüler eine echte Auseinandersetzung mit den beiden Kulturen und gesellschaftlichen Prozessen ermöglicht wird und hierbei die unterschiedlichen Lebens- und Ausdrucksformen Teil der eigenen Suche nach Identität und Wertmaßstäben werden können.

#### 2. M e t h o d e n

Die Methoden sind insofern fachspezifisch, als sie von den Gegenständen Sprache, Literatur, Geschichte, Wirtschaft und Staat bestimmt werden.

Anhand von adäquaten Inhalten sollen Strukturen analysiert werden, indem besonderes Gewicht auf die Relationen von Sprache und Denken gelegt wird. Dieses soll dem Schüler im Vergleich veranschaulicht werden.

Der Polnischunterricht hat die Aufgabe, die Schüler schrittweise in wissenschaftliche Arbeitsmethoden einzuweisen.

Sie (sollen) lernen:

- mit Methoden der wissenschaftlichen Sprachbetrachtung umzugehen; (z.B. werkimmanent und literatursoziologisch);
- mit einschlägigen Hilfsmitteln sinnvoll umgehen zu können (ein- und zweisprachige Wörterbücher, Grammatiken, Sachdossiers etc.);
- literarische und wirtschaftliche, historische und auch technische Sachtexte sprachlich, inhaltlich und formal zu analysieren;
- sich mit Texten kritisch auseinanderzusetzen;
- kursbezogene Facharbeiten zu planen und durchzuführen;
- sinnvoll selbständig den Wortschatz zu erweitern;
- Integration von Literatur, Geschichte, Gesellschaft und Kultur zu verstehen.

Im Bereich der instrumentalen Lernziele geht es für die Schüler darum, Arbeitstechniken und -methoden zu erwerben und zu üben, die zum selbständigen Umgang mit Inhalten und Texten und zu immer selbständigerer Organisation seines Spracherwerbs (Rezeptions- und Produktionsfähigkeit) befähigt.

### Deckblatt

Ministerium für Bildung und Erziehung

Erziehung für den Frieden im polnischen  
Bildungssystem /Programm/

### Seite 01

Ministerium für Bildung und Erziehung

Erziehung für den Frieden im polnischen  
Bildungssystem /Programm/

Warschau, Dezember, 1978

### Seite 02

Der Minister für Bildung  
und Erziehung

Warschau, 22. Januar 1979

Nr. DW 1-1/073-2/79

Bürger - (Redewendung in Deutsch  
"Meine Damen und Herren")

Kuratoren für Bildung und Erziehung,  
Inspektoren für Bildung und Erziehung,  
Gemeinde/Stadt/Schuldirektoren,  
Lehrer, Schüler und Eltern

Im letzten Jahr hat die XXXIII Sitzung der Vollversammlung der Vereinten Nationen auf polnische Initiative eine Deklaration über die Erziehung der Gesellschaften im Geiste des Friedens beschlossen. Ihre Realisierung wird der weiteren erfolgreichen Entwicklung des Volkes polen dienen, in der innigen Gestaltung unserer Mitarbeit mit anderen Nationen.

Das vorliegende Programm summiert die in der 35-jährigen Praxis des polnischen Schulwesens überprüfte Erfahrungen, in der Erziehung der Jugend im Geiste des Friedens, sowie formuliert weitere Aufgaben auf diesem Gebiet.

Seine Realisierung empfehle ich den Lehrern und der Jugend; anvertraue ihn der herzlichen Beachtung durch die Eltern - in der Gewissenshaftigkeit, daß Vorhaben, die in diesem Bereich unternommen werden, die Überzeugung unter der jungen Generation fördern, daß Frieden das höchste Gut der Menschen und Bedingung zur allseitigen Entwicklung der Gemeinschaften ist.

Jerzy Kuberski

## Erziehung für den Frieden im polnischen Bildungssystem (Programm)

I. Polen, zusammen mit anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft, tritt seit vielen Jahren mit verschiedenen Initiativen auf, die dem Frieden, dem Fortschritt auf dem Gebiet der Entspannung und der Abrüstung dienen.

Unser Land war Mitverfasser von vielen wichtigen Initiativen der UNO bezüglich der Sicherheit und der Mitarbeit, der Abrüstung, der Menschenrechte, der Verteidigung der Völker, die vom Neokolonialismus und Faschismus bedrängt sind, ihres Kampfes gegen Rassendiskriminierung.

Beim Auftritt vor dem Forum der Vollversammlung der Vereinten Nationen im Jahre 1974, hat der erste Sekretär des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Edward Gierek vorgeschlagen, daß man als einen Faktor des Kampfes um den Frieden, die Erziehung für den Frieden der jungen Generation und ganzer Nationen in allen Ländern zur Pflicht macht. Im Jahre 1978 hat die XXXIII. Sitzung der Vollversammlung der Vereinten Nationen auf polnische Initiative eine Deklaration über Erziehung der Gesellschaften im Geiste des Friedens beschlossen.

Dieses Dokument ruft alle Staaten auf, daß sie sich in ihrer Tätigkeit dahingehend richten, die Notwendigkeit der Errichtung, der Erhaltung und der Festigung des gerechten und dauerhaften Friedens anzuerkennen, für heutige und zukünftige Generationen, als auch insbesondere die Grundsätze zu befolgen, von denen in Vordergrund die Feststellung gerückt wurde: "Jede Nation und jedes Menschenwesen, ungeachtet der Rasse, der Überzeugung, der Sprache und des Geschlechts hat das unveräußerliche Recht zum Leben im Frieden." Zu diesen Grundsätzen gehört auch die Feststellung, daß jeder Staat das Recht aller Nationen zur: Selbstbestimmung, Unabhängigkeit, Gerechtigkeit, Souveränität, territorialen Integrität ihrer Staaten und Unantastbarkeit

ihrer Grenzen, sowie der Bestimmung ihres eigenen Entwicklungsweges ohne Ingerenz oder Intervention in ihre inneren Angelegenheiten, achten soll.

Um die oben genannten Grundsätze ins Leben einzuführen, ruft die Deklaration alle Staaten auf, unter anderem zur standhafter und konsequenter Tätigkeit, mit entsprechender Berücksichtigung der Rechte des Grundgesetzes, der Rolle der Familie sowie zuständiger Institutionen und Organisationen mit dem Ziel der Sicherstellung, daß die Erziehungsprozesse und Lehrmethoden, als auch die Tätigkeit der Informationsmittel, Inhalte, die Übereinstimmung mit der Forderung der Erziehung ganzer Gesellschaften und insbesondere der jungen Generation im Geiste des Friedens und der Abwehr sowie Eliminierung des Rassenhasses, Völkerdiskriminierung oder anderer Ungerechtigkeit sowie des Gewalt- und Kriegs-Kultes beinhalten.

II. In unserem Land hat die Erziehung im Geiste des Friedens reichhaltige Traditionen und beträchtliche Erfolge. Ihre Einwirkung erstreckt sich über eine breite Palette der psychischen Disposition des Individuums - sein Wissen, seine Überzeugung, seine Anschauung, seine Vorstellungskraft, Interessen und Empfindungen, sowie die Motivation zur Tätigkeit.

Im Bildungssystem von Volkspolen hat man immer solche gesellschaftlich erwünschten Haltungen geformt, die ihren Ausdruck im emotionalen Engagement und der Bereitschaft zur Tätigkeit für die Sache der Realisierung fanden - den Hauptwerten des Sozialismus: des Humanismus, des Patriotismus, des Internationalismus, der sozialen Gerechtigkeit, der Gleichheit, der Freiheit, der Demokratie. Die Programminhalte unserer Schule stellen den wesentlichen Faktor in der Formung der ideell-moralischen Haltung der Jugend, des emotionalen Verhältnisses zur erhabenen Traditionen, der Bemühungen um die Freiheit und den Fortschritt, der Achtung der Bemühungen um die Freiheit und den Fortschritt, der Solidarität und Freundschaft mit der UdSSR und anderen Ländern des sozialistischen Lagers, als auch mit den fortschrittlichen Kräften der Länder mit anderer gesellschaftlicher Grundordnung, die

die fröhliche Koexistenz und internationale Mitarbeit anstreben. Das Erzielen der Effekte mit dem Ziel der Erziehung für den Frieden folgt durch den ganzen Edukationsprozeß - von der Vorschule bis zur der Bildung an der Schwelle der Reife. Im Laufe des Heranwachsens der Jugend bereichert sich der Inhalt der Erziehungsaufgaben, wächst ihre Zusammensetzung und die gegenseitige Abhängigkeit, jedoch im ganzen Edukationsverlauf durchdringen ihn die unveränderlichen Hauptwerte der sozialistischen Ideologie.

Bedeutungsvoll ist auch die Teilnahme an dem Prozeß derer, die mit der Schule mitarbeiten: der Familie, der Betriebe, des Polnischen Pfadfinderverbandes, des Polnischen Sozialistischen Jugendverbandes und der gesellschaftlichen Organisationen, des Militärs, der Institution der Parallel-Bildung, der Massenmedien, die die Prinzipien der Bewertung der umgebenden Erscheinungen, Ereignisse und Menschen formen und aufzeigen.

III. Das vorliegende Programm, empfohlen zur Realisierung für die Schulen und Bildungszentren, durch das Ministerium für Bildung und Erziehung, postuliert für das höhere Niveau der Jugenderziehung im Geiste des Friedens sowie die angemessenen Methoden und Formen seiner Realisierung.

Die Tätigkeit der Schulen und der mit ihnen mitarbeitenden Bildungs- und Erziehungszentren, Organisationen und Institutionen, bei der Jugenderziehung im Geiste des Friedens, sollte den folgenden Zielen dienen:

- Der Verstärkung der Überzeugung, daß Frieden das höchste Gut der Menschen ist und die Bedingung zur allseitigen Entwicklung der Gesellschaften.
- Der Formung der Überzeugung über die internationale Pflicht des polnischen Volkes zum Beitrag für das Werk des Aufbaus der gegenwärtigen Welt im Geiste der Friedensidee, des gesellschaftlichen Fortschritts und der Mitarbeit.

- Der Verstärkung der Überzeugung, daß Werte, die das polnische Volk in der Vergangenheit repräsentierte, wie auch seine gegenwärtigen Aspirationen und Leistungen der Grundordnung, der Politik, der Wirtschaft und der Kultur, die Anerkennung verdienen und Grund zum fundierten Bewußtsein der nationalen Würde geben.
- Der Verstärkung des Satisfaktionsgefühls und der Zufriedenheit über die friedliche Politik der polnischen Regierung, ihrer Aktivität auf der internationalen Arena und der Anerkennung, deren sich die Regierung in der öffentlichen Meinung in der Welt erfreut.
- Der Erweckung des Interesses für die Errungenschaften und Erfahrungen anderer Länder, der Formung der Bereitschaft ihrer Übernahme und Verbreitung - soweit sie unserem Bedürfnissen entsprechen.
- Der Formung der Überzeugung über die Notwendigkeit für unseres Volk zur Leistung der Hilfe in verschiedenen Formen und zur Solidarität mit Völkern und gesellschaftlichen Kräften, die für Freiheit und Fortschritt kämpfen; der Verstärkung der Ansicht, daß dies mit der Tradition unseres Volkes und seiner Ideale der Freiheit und Unabhängigkeit übereinstimmt.
- Der Formung der Gegenhaltung gegen eventuelle Ansichten oder Bestrebungen, die auf die Erreichung irgendwelcher Vorteile durch das polnische Volk auf irgendwelchem Gebiet hinzielen, auf Kosten anderer Nationen.
- Der Aufklärung über die Ziele des Sozialismus, sowie über die unerläßlichen Bedingungen zur ihrer Verwirklichung und der Verstärkung der Überzeugung, über die bedeutende Rolle der internationalen Solidarität der Arbeiterbewegung, der ideologischen Einheit und der Geschlossenheit der sozialistischen Länder und der internationalen kommunistischen Bewegung für die Festigung des Weltfriedens und des Fortschritts.

- Der Aufklärung über die gänzliche Übereinstimmung der Grundsätze der friedlichen Koexistenz der Staaten unterschiedlicher Grundordnung, mit den elementaren Grundlagen der Ideologie des Sozialismus und der Strategie der kommunistischen Bewegung, sowie des Verständnisses, daß die friedliche Koexistenz der sozialistischen und kapitalistischen Länder die Bedingungen schafft, in denen über die Überlegenheit der jeweiligen Grundordnung, die Ergebnisse auf dem Sozial-, Wirtschafts- und Kultursektor entscheiden;
- Der Formung der Überzeugung über die Notwendigkeit und moralische Triftigkeit der Anwendung der Revolutionsmittel, durch die Kräfte des Fortschritts und des Sozialismus, für die Verwirklichung der gesellschaftlich bedeutsamen Ziele, sowie der Bezeugung, daß Parolen, die die sozialistische Bewegung beleuchten - Gleichheit der Menschen, soziale Gerechtigkeit, Freiheit und friedliche Mitarbeit der Nationen - erreichbar sind;
- Der Aufklärung über die Bedeutung der internationalen Mitarbeit auf verschiedenen Gebieten des Lebens, für die Entwicklung der Gesellschaften und Erhaltung des Friedens sowie der Formung des Vertrauens für die Kräfte des Fortschritts und des Sozialismus - die fähig sind zur Überwindung und Beherrschung der Spannungen und Konflikte, die unsere Epoche kennzeichnen;
- Der Entwicklung der Bereitschaft zum Zusammenleben und der Mitwirkung nach den Prinzipien der Partnerschaft und der Freundschaft mit anderen Nationen; der Erweckung des Satisfaktionsgefühls, von der friedlichen Entscheidung der Konflikte zwischen den Nationen und von allen politischen Handlungen, die auf eine friedliche Mitarbeit und das Avancement der Nationen zielen;

- Das Vorzeigen der Werte und der Aufgaben, die die Menschen und Nationen verbinden und insbesondere die Probleme der Gegenwart, die gelöst werden können auf dem Weg der gemeinsamen Verständigung und Mitarbeit: z.B. Bekämpfung des Hungers und der Armut, die Prophylaktik und die Eliminierung der Krankheiten, Umweltschutz, die Entwicklung energetischer und Rohstoffgase, die Mitarbeit bei der Beherrschung des Kosmos, die Exploitation der Meere und der Ozeane;
- Der Stärkung der Überzeugung, über die gleichen Rechte aller Nationen und der Pflicht zur Respektierung ihrer territorialen Integrität und der politischen Unabhängigkeit;
- Der Ausarbeitung der Achtung für patriotische Haltung und das Gefühl der nationalen Würde, bei den Vertretern anderer Nationen;
- Der Entwicklung von Mitarbeit und des Kultur-, Touristik- und des Sportaustausches der Jugend;
- Der Festigung des Gefühls der Bindung mit der ganzen Menschheit sowie der Anerkennung der Größe und der Andersartigkeit der Rassen, der Nationen, der Kulturen und der Bräuche als Ausdruck ihres Reichtums;
- Der Formung des Stolzes über die Kulturerrungenschaften der Menschheit, der Anerkennung für die humanistischen und fortschrittlichen Ideologien und gesellschaftlichen Bewegungen sowie der Achtung für die Denker, Funktionäre und Schöpfer sowie Bräuche und Traditionen, die humanistischen Wert haben;
- Der Aufklärung über die Gefahren der Massenvernichtungswaffen;
- Der Erweckung der Bereitschaft zur Leistung, der Hilfe, für Menschen in den Ländern, die durch Krieg, Rückständigkeit und Naturkatastrophen betroffen sind; der Formung der Approbationshaltung für alle Aktionen der humanitären Hilfe und der Bereitschaft zur Teilnahme an entsprechenden Handlungen und Leistungen;

- Der Formung der Überzeugung, daß die Ungleichheit zwischen den Menschen ihren Ursprung in der Gesellschaft hat und daß sowohl die Verschiedenheit der menschlichen Individuen, als auch die Rassen-, Umwelt- und andere Unterschiede kein Hindernis stellen zur Behandlung der Menschen als seinesgleichen.
- Der Formung der optimistischen Haltung für die Zukunft, der Überzeugung über die unbegrenzten Perspektiven des menschlichen Kennenlernens und der schöpferischen Invention; der Aufzeichnung der verschiedenen Gebiete der Realität, in die das schöpferische Wirken des Menschen eintreten kann und in denen es die Quelle, der für die Menschen notwendigen Güter und Verbesserungen, finden kann;
- Der Formung der Empfindlichkeit und der Gegenwirkung angesichts der Ungerechtigkeit, der Gewalt und der Intoleranz;
- Der Vermittlung der Kenntnis zur Erkennung der antihumanistischen Doktrinen und Ideologien, die die Dominierung von bestimmten Klassen, Rassen und Nationen preisen, wie z.B.: Rassismus, Faschismus, Nationalismus, Chauvinismus dem Aufzeigen ihrer unwissenschaftlichen Charakteristik und der schädlichen Auswirkungen für das Miteinanderleben der Nationen;
- Der Formung der wachsamen Haltung angesichts der Ausnutzung der Errungenschaften oder des Schildes der Wissenschaft für Ziele, die den Frieden, die humanistischen und ideellen Werte treffen, sowie für Ziele, die das Leben und Gut der Menschen bedrohen.

Die Schulen und andere Bildungs- und Erziehungszentren haben für die Realisierung der oben angegebenen Ziele viele positiven Erfahrungen. Die in der Praxis erprobten Formen und Arbeitsmethoden, die der Erziehung für den Frieden dienen, sollten in allen einzelnen Umweltbereichen verbreitet werden.

IV. Der Wert und die Bedeutung des Friedens als Faktor für die soziale Entwicklung und des Aufbaus der Welt der sozialen Gerechtigkeit, findet die Rückspiegelung in den Zielen, in der Anordnung der thematischen Kennworte sowie in den Kriterien für die Wahl der Lektüre in den Lehrprogrammen für das heute geltende Schulsystem als auch für die Programme, die für die reformierte 10-jährige allgemeine Mittelschule vorbereitet sind. Die Programme aller Lehrfächer erlauben die Realisierung aller im Punkt III formulierten Ziele der Erziehung für den Frieden. Die Aufgaben in diesem Bereich bestehen schon bei der Vorschulerziehung; bei dem anfänglichen Lernen, insbesondere in Polnisch, der Geschichte, der Bürgererziehung, der Propädeutik der Gesellschaftslehre, der Geographie sowie den Fremdsprachen.

1. Bei der Vorschulerziehung soll man auf die Problematik starken Akzent legen, die verbunden ist mit der Formung der internationalen Freundschaftsgefühle. Die Kinder sollten an den Feiernveranstaltungen teilnehmen, die in Verbindung mit dem Tag des Kindes, dem Frauentag und dem 1. Mai, dem Feiertag der Werktätigen; sie sollen über verschiedene aktuelle internationale Ereignisse sprechen, z.B. Friedensfahrt, Olympiaden und Festivals, gemeinsame Raumflüge; sie sollen sich vertraut machen mit dem Leben ihrer Altersgenossen in anderen Ländern. Im Programm für die didaktisch-erzieherische Arbeit mit sechsjährigen Kindern sollte man besondere Aufmerksamkeit der Realisierung der Aufgaben unter dem Titel "Formung der Freundschafts- und Bruderschaftsgefühle mit anderen Nationen" schenken. Die Kinder sollten Spiele, Tänze und Lieder lernen, die von ihren Altersgenossen in anderen Ländern gesungen werden.

Das Programm der Vorschulerziehung beinhaltet neben seiner gesellschafts-erzieherischen Funktion auch Aufgaben, die mit der Vorbereitung des Kindes zum Lernen in der Schule verbunden sind.



Aus der Notwendigkeit der Respektierung, des für das kleine Kind unentbehrlichen Bedarfs des Gefühls der Sicherheit, sollte man in der Vorschule die Überzeugung fundieren über eine friedliche und konfliktlose Zukunft seiner Umwelt, seines Vaterlandes und der Welt; man sollte im Erziehungsprozeß keine Elemente der Drohung, des Kampfes und der Gewalt einführen.

In der Ausstattung der Volksschulen sieht man keine Militärspielzeuge vor und die Aufgabe der Lehrer ist - in der Übereinstimmung mit den Empfehlungen der UNESCO - den Kinderinitiativen zum "Kriegsspielen" entgegenzutreten.

Die Kinder sollten die nationalen Gedächtnisstätten besichtigen und ihnen huldigen, die für den Frieden kämpften.

2. Das anfängliche Lernen (Klassen I - III) ist die Kontinuierung der in der Vorschule begonnenen Formung der allseitigen Persönlichkeit des Kindes, der gesellschafts-moralischen Grundwerte der Schüler und des durch sie zu beherrschenden fundamentalen Wissens- und Fertigungsbereiches.

In der Programmrealisierung sollte man die besondere Aufmerksamkeit widmen auf:

- Die Formung der rationellen und emotionellen Beziehung der Schüler zum Vaterland und zu den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft;
- Die Popularisierung der Idee der friedlichen Mitarbeit unter den Nationen;
- Die Weckung des Interesses für das Leben anderer Nationen und Länder;
- Die Formung der gesellschaftlich wertvollen Charakterzüge: der Sensibilität für die Angelegenheiten anderer Menschen, der Gleichheit, der Gerechtigkeit, der Kollegialität sowie der Angewohnheit zum gemeinsamen Leben und gemeinsamen Handeln.

3. Im Programm der Bildung und Erziehung im Geiste des Friedens fällt die fundamentale Rolle der polnischen Sprache zu. Dieses Fach macht die Schüler mit nicht vergänglichen Werten der Kultur bekannt und bereitet sie zu der Teilnahme am gesellschafts-politischen und kulturellen Leben vor.

Beim Lehren der polnischen Sprache sollte man achten auf:

- Die Formung des sozialistischen Humanismus, die Vertiefung des Gefühlslebens, die Fertigkeit, die Welt und die Menschen zu verstehen;
- Das Exponieren der erkenntnisbringenden, moralischen und erzieherischen Werte der Literatur, solche wie z.B.: Vaterlandsliebe, Freiheit des Menschen, Bruderschaft der Völker;
- Das Vorzeigen der gesellschaftlich-fortschrittlichen Bestrebungen verschiedener Nationen in den entsprechenden Geschichtsperioden;
- Das Vorzeigen der dauerhaften humanistischen Werte, die sich in der Literatur und Kunst verschiedener Nationen widerspiegeln;
- Die Aufklärung der Zusammenhänge des literarischen und artistischen Schaffens mit dem Leben der Nation und ihrer allseitigen Leistungen;
- Das Vorzeigen des Zusammenhangs des Kulturlebens in Polen mit der Kultur anderer Nationen, dem Beitrag der Polen für die Weltkultur;
- Das Ausnutzen der positiven Personenbeispiele, die durch Literatur und Kunst popularisiert werden, für die Bildung der Haltung der Jugend;
- Das Vorzeigen der gemeinsamen Arbeit und der Bindungen zwischen Menschen verschiedener Rassen und Nationalitäten;
- Das Lehren, daß die Sprache anderer Nationen als ein beständiger Wert der allgemeinemenschlichen Kultur und Mittel zur Verständigung unter den Menschen zu achten ist.

4. Beim Lehren der Geschichte, im Zusammenhang mit der Realisierung des Programms für die Erziehung im Geiste des Friedens sollte man Texte exponieren, die in Verbindung stehen mit fortschrittlichen Bestrebungen in der Geschichte Polens und anderer Nationen, mit der friedlichen Zusammenarbeit unter den Nationen, man sollte vorzeigen die Genesis heutiger gesellschaftlich-wirtschaftlicher, verfassungsmäßiger, politischer und kultureller Beziehungen des Volkspolens und besondere Aufmerksamkeit sollte man widmen auf:

- Das Verstehen der richtigen geschichtlichen Entwicklung;
- Die Ausarbeitung der rationellen Beziehung zur Vergangenheit sowie die Formung der wissenschaftlichen Anschauung für die Geschichte Polens und polnischer Nation wie auch für die allgemeine Geschichte;
- Das Vorzeigen der friedlichen Bestrebungen und Mitarbeit in der Geschichte Polens und anderer Nationen;
- Das Bekanntmachen mit den Traditionen der polnischen Arbeiterbewegung und ihren internationalen Bindungen mit der Arbeiterbewegung anderer Länder;
- Das Vorzeigen der Stellung Polens angesichts der Hauptprobleme der gegenwärtigen Welt sowie der Steigerung der Bedeutung Polens auf der internationalen Arena.

5. Bei der Realisierung der Programme der bürgerlichen Erziehung sowie der Propädeutik der Lehre über die Gesellschaft sollte man besondere Bedeutung der Erkennung durch die Schüler, der elementaren Grundlagen und Werte der sozialistischen Ideologie beimessen, sowie der Hauptprobleme der friedlichen Koexistenz der Länder mit verschiedenen Gesellschaftssystemen und besondere Aufmerksamkeit sollte man widmen auf:

- Die Formung der Überzeugung, daß die Erfüllung der bürgerlichen Pflichten der Entwicklung unseres Landes dient;
- Die Formung der Denkfertigkeit in den Interessensskategorien des Staates und der Nation;

- Die Notwendigkeit der Unterstützung der Friedenspolitik Volkspolens und der Länder des sozialistischen Lagers;
- Das Vorzeigen des Beitrages Polens für die friedliche Koexistenz unter den Nationen, der Grundsätze polnischer Außenpolitik;
- Das Vorzeigen der allseitigen Vorteile für Staaten und Nationen, die in friedlichen Verhältnissen leben;
- Die Aufklärung über die ideologische Kompliziertheit der gegenwärtigen Welt sowie ihrer Einflüsse auf die Beziehungen zwischen den Staaten;
- Das Vorzeigen der Ebenen für die Zusammenarbeit der sozialistischen und kapitalistischen Staaten.

6. Eine der Hauptaufgaben im Lehren der Geographie ist das Kennenlernen verschiedener Weltregionen und Staaten sowie ihrer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Errungenschaften und besonderen Aufmerksamkeit sollte man widmen auf:

- Die Formung des Bewußtseins, daß die geographische Arbeitsteilung, der Menschheit riesige Vorteile bringt in Verhältnissen des friedlichen Zusammenlebens der Nationen;
- Die Formung des Bewußtseins, daß Arbeitsergebnisse, wissenschaftliche Entwicklung und technischer Fortschritt den Platz der Nationen in der gegenwärtigen Welt bestimmen;
- Die Formung der Überzeugung über die Gleichheit aller Nationen und Rassen;
- Das Bekanntmachen mit den gesellschaftlich-wirtschaftlichen Errungenschaften sozialistischer Staaten und der Bedeutung der Mitarbeit zwischen ihnen für ihre optimale Entwicklung;
- Das Vorzeigen der Notwendigkeit der Gewährung von Unterstützung und Hilfe für die vom Kolonialismus befreiten Länder, die sich auf dem Weg zur eigenen Entwicklung befinden;
- Das Vorzeigen der Bedeutung der Mitarbeit in der Wirtschaft und im Handel für die Entwicklung aller Regionen und Staaten;

- Die Formung der Überzeugung über die Notwendigkeit der internationalen Mitarbeit im Bereich des Schutzes der natürlichen Umwelt des Menschen;
  - Die Entwicklung der Sensibilität für die gesellschaftlich-politische Situation der Menschen in verschiedenen Ländern, die für sozialen Fortschritt kämpfen;
  - Das Verstehen der Notwendigkeit der rationellen Wirtschaft des Menschen in der Umwelt.
7. In der Erziehung für den Frieden spielen eine wichtige Rolle die Fremdsprachen. Beim Lehren der Fremdsprachen sollte man Texte exponieren, die den Schülern erlauben, die in verschiedenen Ländern auftretenden gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Änderungen zu verstehen und besondere Aufmerksamkeit sollte man widmen auf:
- Die Beherrschung der Fremdsprachen, weil sie Grundwerkzeug der Verständigung mit den Menschen, die zu verschiedenen Nationen gehören, sind;
  - Das sich Vertrautmachen mit den Sprachen verschiedener Nationen als dauerhafter Beitrag zur allgemeinemenschlichen Kultur;
  - Das Kennenlernen der Traditionen, der Denkmäler, der Kultur, der Sitten, der Bräuche usw. verschiedener Nationen;
  - Das sich Vertrautmachen mit den Errungenschaften und den Bestrebungen in verschiedenen Lebensbereichen anderer Nationen;
  - Die Beherrschung der Fremdsprachen, die unumgängliche Bedingung sind bei der Entwicklung der internationalen Kontakte, der Mitarbeit und des Austausches auf dem Gebiet der Kultur, der Wissenschaft, der Wirtschaft usw.

- V. Eine große Rolle bei der Erziehung für den Frieden erfüllen die in UNESCO assoziierten Schulen, die die Sprachkenntnisse verbreiten, die es der Jugend ermöglichen, andere Kulturen und Nationen kennenzulernen, die das Interesse der Jugend für die gegenwärtigen Weltprobleme bereichern.

In der didaktisch-erzieherischen Arbeit dieser Schulen sollte man besondere Aufmerksamkeit widmen auf:

- Die Verbreitung der Ideen der Organisation der Vereinten Nationen und der UNESCO;
- Das Bekanntmachen mit internationalen Programmen der UNESCO (z.B. Umweltschutz, Kampf gegen Analphabetismus, Schutz der historischen Denkmäler, Entwicklung der Bildung);
- Das sich Vertrautmachen mit den Sprachen, der Kultur, den Bräuchen verschiedener Länder;
- Das sich Vertrautmachen mit dem Beitrag Polens und ausgewählter Staaten in die Stärkung des Friedens und der Entspannung in der Welt;
- Die Entwicklung der Kontakte zwischen der Jugend und den Lehrern polnischer Schulen, die in UNESCO assoziiert sind mit analogen Schulen im Ausland;
- Die Organisation der Ferienlager in den Sommerferien, unter dem Patronat der UNESCO, an denen Lehrer und Jugend aus der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Deutschen Demokratischen Republik, Großbritannien, Frankreich, Schweiz und Österreich teilnehmen und die der Erziehung der Jugend im Geiste der Annäherung und der internationalen friedlichen Mitarbeit, der Vertiefung der Fremdsprachenkenntnisse, der Erweiterung des Wissens über die Länder, aus denen die Teilnehmer stammen, dienen. Die Erfahrungen, die in UNESCO assoziierten Schulen im Bereich der Erziehung für den Frieden, sollten in unserem ganzen Schulwesen verbreitet werden.

VI. Die Problematik der Erziehung im Geiste des Friedens und der Freundschaft, der internationalen Solidarität und Mitarbeit, sollte auch in der unterrichtsfreien Zeit entwickelt werden und besondere Aufmerksamkeit sollte man widmen auf:

- Die Ausfüllung der Programme der artistischen Jugendgruppen mit Texten, die den Fortschritt, die Freundschaft und die internationale Mitarbeit mit den Menschen besingen.
- Die Berücksichtigung der kulturellen Werke anderer Nationen im Repertoire der artistischen Gruppen, die Teilnahme an internationalen Festivals, Wettbewerben usw.;
- Die Verbreitung in der Jugendbewegung der Freunde des Theaters, des Films, der Musik, der Poesie, der artistischen Werke, die den Fortschritt und die Freundschaft zwischen den Menschen zum Ausdruck bringen;
- Die Initiierung von Ausstellungen von Kinder- und Jugendzeichnungen, Photographien usw. mit der Thematik des friedlichen Lebens und der Arbeit der Nationen; die Teilnahme an internationalen Wettbewerben und Ausstellungen zu diesem Thema.
- Die Entwicklung der internationalen Jugendmitarbeit im Bereich der modernen Technik und der gegenwärtigen Probleme in verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen;
- Die Vergrößerung des Interesses der Jugend für den Wettbewerb und die Beherrschung der verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen; die Teilnahme an den nationalen und internationalen Wettbewerben und Olympiaden in diesem Fachgebiet;
- Die Organisierung der Jugend-Freundschafts-Clubs, die es ermöglichen, sich vertraut zu machen mit dem Leben der Altersgenossen in anderen Ländern;
- Das Entfalten des Interesses der Jugend für die Bereiche, die die Verständigung mit jungen Leuten in anderen Ländern begünstigen, z.B. Amateurfunk, Philatelistik, Esperanto, Touristik;

- Die Betreuung durch Schüler der Gräber von Personen, die für Fortschritt und Freiheit des Landes gefallen sind, der Denkmäler und anderer nationalen Gedenkstätten; die Ausübung durch den Polnischen Pfadfinderverband der Schirmherrschaft über den Bau des Denkmal-Krankenhaus-Zentrums der Gesundheit des Kindes;
- Die Entfaltung der Kontakte der Jugend mit Kombattanten - Teilnehmern der Kämpfe um gesellschaftliche und nationale Befreiung;
- Die Gründung durch die Jugend, in den Schulen und den bildungs-erzieherischen Zentren, von Gedenkkammern, die Andenken und Exponate aus der Geschichte der Kämpfe um soziale und nationale Befreiung und die friedliche Entwicklung unseres Landes sammeln;
- Die Unterstützung der Tätigkeit des Polnischen Pfadfinderverbandes, des Verbandes Sozialistischer Polnischer Jugend, schulischer Schülerorganisationen und insbesondere der Gesellschaft Polnisch-Russischer Freundschaft, des Polnischen Roten Kreuzes und des Naturschutzbundes, die in ihren Programmen die Freundschaft und das Verständnis zwischen den Nationen vorsehen.

VII. Die Idee der Erziehung der Gesellschaften im Geiste des Friedens sollte durch verschiedene Formen der Touristik und der Erholung entwickelt werden und insbesondere durch:

- Das Popularisieren unter der Jugend der friedlichen Errungenschaften und der Entwicklung Volkspolens;
- Die Entwicklung des Jugendaustausches mit dem Ausland und insbesondere mit den sozialistischen Ländern zwischen den Schulen, den bildungs-erzieherischen Zentren, den Jugend- und Sozialorganisationen, den Betrieben;
- Die Organisierung der Ferienlager mit der Teilnahme der Jugendlichen aus den sozialistischen Staaten und auch anderen Staaten, die dem gegenseitigen Kennenlernen und der Verstärkung der Freundschaft dienen;

- Die Organisierung durch den Polnischen Pfadfinderverband des Zentralen Internationalen Friedens- und Freundschaftslagers;
  - Die Teilnahme der Kinder von Polen, die im Ausland wohnen, an Ferienlagern, die Erholung und das Kennenlernen des gegenwärtigen Lebens unseres Landes ermöglichen;
  - Die Entwicklung eines Netzes von Jugendherbergen, die der Jugend aus anderen Staaten das Bereisen unseres Staates ermöglichen;
  - Die Entwicklung und Bereicherung der internationalen sportlichen Kontakte zwischen der Schuljugend;
  - Die Popularisierung der olympischen Idee unter der Jugend.
- VIII. Zur Realisierung der Grundlagen, die die Deklaration "Über die Erziehung der Gesellschaften im Geiste des Friedens" beinhaltet sowie dieses Programmes, ist notwendig, die methodische Hilfe für Lehrer und Eltern zu vergrößern und speziell:
- Die Berücksichtigung im System der Bildung und der Vervollkommnung des Lehrerberufes, der geforderten Formen und Methoden in der didaktisch-erzieherischen Arbeit auf diesem Gebiet;
  - Das Beliefern, unter anderem durch die Bildungs-Zeitschriften, mit Material, das hilfreich in der Realisierung der Ziele des Erziehers für den Frieden ist;
  - Die Schaffung von Diskussionsebenen und Austauschmöglichkeiten für Erfahrungen zwischen den Lehrern;
  - Das Beliefern der Eltern u.a. durch Zeitschriften und Veröffentlichungen, mit praktischen Suggestionen, die mit der Vorbereitung zum Leben in einer friedlichen Gesellschaft verbunden sind.

- IX. Wesentliche Rolle bei der Erziehung im Geiste des Friedens sollten die Informationsmedien spielen - Radio, Fernsehen, Presse, Veröffentlichungen, Film - insbesondere durch:
- Das Exponieren der Idee der Freundschaft und der Mitarbeit zwischen den Nationen;
  - Das Bekanntmachen der Jugend mit der friedlichen Entwicklung verschiedener Staaten und insbesondere des sozialistischen Lagers;
  - Das Bekanntmachen der Jugend mit dem Leben ihrer Altersgenossen in anderen Staaten, das Propagieren der internationalen Solidarität der Jugend im Kampf für Frieden und Fortschritt;
  - Das Vorzeigen von Festivals, sportlichen, kulturellen und touristischen Veranstaltungen sowie anderer Jugendtreffen aus verschiedenen Ländern als ein Ausdruck friedlicher Mitarbeit;
  - Das Vorzeigen der vernichtenden Wirkung der Eroberungskriege.
- X. Wesentliche Bedeutung für das gegenseitige Kennenlernen, das Verständnis und den Austausch von Erfahrungen sollte die Entwicklung der internationalen Mitarbeit im Bereich der Bildung haben und insbesondere:
- Das Sichvertrautmachen mit Bildungssystemen, den Programmen des Lernens, des Erziehens und der Fürsorge für das Kind in sozialistischen und anderen Ländern und ihre Ausnutzung für die Modernisierung des polnischen Systems der Bildung und Erziehung;
  - Das Sichvertrautmachen mit dem gegenseitigen pädagogischen Gedankengut und den Errungenschaften im Bereich des pädagogischen Fortschritts der Lehrer;
  - Die Mitarbeit mit Bildungsbehörden anderer Staaten für das Ziel der systematischen Verifikation und Novellierung der Programmtexte und Schulbücher, dessen Ziel die Übermittlung von zuverlässigen und objektiven Informationen über andere Länder für die Jugend sein sollte;

- Die Ermöglichung, den Fremdsprachenlehrern ihre Berufsqualifikationen im Ausland zu verbessern;
- Die Ermöglichung, den Lehrern der polnischen Sprache und Kultur aus anderen Ländern, ihre Qualifikationen in Polen zu verbessern;
- Die Ermöglichung, der Jugend aus anderen Staaten und insbesondere aus den Entwicklungsländern, ihre Berufsausbildung in Polen zu erlangen;
- Die Teilnahme an den Arbeiten der UNESCO sowie anderer internationaler Organisationen, die sich mit den Problemen der Bildung beschäftigen, solchen wie z.B.: Internationales Bildungsbüro (BIE), Internationale Federation der Kindergemeinschaft (FICE), Weltorganisation der Vorschulerziehung (OMEP).

XI. Das Ministerium für Bildung und Erziehung unternimmt für das Jahr 1980 folgende Vorhaben, die der Idee der Erziehung für den Frieden dienen:

Nr.	Text	Termin	Organisator
1	Entwicklung des Austausches der Schulkjugend mit anderen Ländern und insbesondere mit den sozialistischen Ländern	systematische Tätigkeit	MOiW GKZHP ZGZSMP
2	Vergrößerung der Zahl der Schulen, die in UNESCO organisiert sind, Verbesserung ihrer Arbeitsprogramme, Verbreitung der Erfahrungen	"	MOiW Polnisches Komitee der UNESCO
3	Jährliche Organisation der Ferienlager der UNESCO in russischer, englischer, französischer, deutscher Sprache, Verbesserung ihrer Arbeitsprogramme, Verbreitung der Erfahrungen	"	"
4	Jährliche Organisation der Ferienkolonien für ca. 1.400 Kinder und Jugendlicher der Auslandspolen, Verbesserung ihrer Arbeitsprogramme, Verbreitung der Erfahrungen	"	MOiW MSZ Gesellschaft "Polonia"
5	Jährliche Organisation des Zentralen Internationalen Friedens- und Freundschaftslagers mit über 300 Teilnehmern von ca. 30 Staaten sowie der internationalen ZHP-Lager im ganzen Land.	systematische Tätigkeit	GK ZHP
6	Organisation der Fremdsprachenlager im Sommer in allen Wojewodschaften	"	MOiW
7	Entwicklung der Jugend-Freundschafts-Clubs mit anderen Nationen	"	MOiW GK ZHP
8	Verbreitung der Programminitiativen, die der Propagierung des Erziehens für den Frieden dienen, im Rahmen der europäischen Kampagne der Kinderzeitschriften sowie des Radios und des Fernsehens unter dem Titel "Sonnenkreis der Freundschaft"	"	GK ZHP
9	Popularisierung der Idee des Denkmal-krankenhauseZentrums der Gesundheit des Kindes	"	"
10	Betreuung nationaler Gedenkstätten durch einzelne Schulen	system. Tätigkeit	MOiW ROPWiM GK ZHP

Nr.	Text	Termin	Organisator
11	Exponierung von Material in den Gedenkkammern in den Schulen, die der Idee der Erziehung für den Frieden dienen.	systematische Tätigkeit	MOiW ROPWiM GKZHP
12	Organisierung von Treffen mit Kombattanten - den Teilnehmern der Kämpfe um gesellschaftliche und nationale Befreiung.	"	MOiW GK ZHP ZG ZSMP
13	Kontinuierung der Mitarbeit mit den einzelnen Staaten zu dem Thema der Verifikation und der Novellierung der Lehrprogramme und der Lehrbücher	"	MOiW
14	Exponierung der Programme zur Verbreitung der pädagogischen Kultur in der Gesellschaft, für die Thematik des Erziehens für den Frieden	"	"
15	Einführung in das Programm NURT sowie in die Studienprogramme der Lehrer, für das Unterricht mit dem Thema: Formen und Methoden der Erziehung für den Frieden.	systematische Tätigkeit	MOiW
16	Zuerkennung der Namen von verdienten Verteidigern des Friedens, von eminenten Weltpersönlichkeiten, für Schulen und bildungserzieherische Zentren.	"	"
17	Organisierung der sportlichen Wettkämpfe mit der Teilnahme der Jugend aus anderen Ländern unter anderem des internationalen Friedensvierkampfes in der Leichtathletik.	"	MOiW GK ZHP ZG SZS
18	Einführung im Schuljahr 1979/80, in den Turnier der Bürgerwissenschaft und der Olympiade der Kenntnisse über Polen und die gegenwärtige Welt, der Thematik unter der Losung "Frieden, das höchste Gut des Menschen"	Schuljahr 1979/80	MOiW GK ZHR ZGZSMP
19	Ein Seminar mit der Thematik der Entwicklung der Idee des Erziehens für den Frieden in Schulen, die in UNESCO assoziiert sind.	"	MOiW polnisches Komitee der UNESCO

Nr.	Text	Termin	Organisator
20	Ein internationales Seminar mit dem Thema "Die Idee der Erziehung für den Frieden in polnischen Lehrprogrammen".	Schuljahr 1979/80	MOiW
21	Ein internationales Lager der Korrespondenten der Kinderpresse	Jahr 1979	GKZHP
22	Internationales Forum der Instrukteure der Kinderorganisationen mit dem Ziel des Austausches der Erfahrungen in der Thematik des Erziehens für den Frieden	"	"
23	Organisierung im ganzen Gebiet des Zeichenwettbewerbs unter dem Namen "Frieden, das höchste Gut"	Jahr 1980	MOiW

Bearbeitet in der Abteilung für die Erziehung in der Schule, in der Familie und in der Umwelt bei der Mitarbeit des Instituts für Schulprogramme.

Bestätigt durch

Jerzy Kuberski

Minister für Bildung und Erziehung

Zusammenstellung der Abkürzungen:

- MOiW - Ministerium für Bildung und Erziehung
- GK ZHP - Hauptkomitee des Polnischen Pfadfinderverbandes
- ZG ZSMP - Zentralvorstand d. Sozialistischen Polnischen Jugendverbandes
- MSZ - Außenministerium
- ROPWiM - unbekannt
- ZG SZS - "

*Der ganze Text wurde abendigt von:  
J.-A. Lewandowski, Mennon*

## Große Anfrage

der Abg. Schümann, Hobslein, Prof. Dr. Damkowski, Picke,  
Holst (SPD) und Fraktion

### Betr.: Deutsch-polnische Schulbuchempfehlungen

Mit den gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen von 1976 haben beide Seiten die Hoffnung verbunden, zum Verstehen der Völker, zum Verständnis für ihre Probleme und zur weiteren Entwicklung auf dem Wege zu einem friedlichen Zusammenleben beider Völker beizutragen.

Von polnischer Seite wird bemängelt, daß die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen bislang noch unzureichend in den in der Bundesrepublik Deutschland verwendeten Schulbüchern berücksichtigt werden.

Wir fragen daher den Senat:

1. Treffen die Vorwürfe von polnischer Seite zu
  - für Schulbücher der Geschichte?
  - für Schulbücher der Geographie?

Wenn ja,

- aus welchen Gründen wurden die Empfehlungen nicht berücksichtigt?
- welche Punkte der Empfehlungen sind noch nicht berücksichtigt worden?

2. Sind die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen in den in Hamburg verwendeten Schulbüchern berücksichtigt?

Wenn nicht, welche Möglichkeiten hat der Senat, dafür zu sorgen, daß die Empfehlungen in den in Hamburg verwendeten Schulbüchern berücksichtigt werden?

3. Wie ist die Situation in dieser Frage in den übrigen Bundesländern? Sieht der Senat ggf. Möglichkeiten, über die Kultusministerkonferenz zu veranlassen, daß in den Schulbüchern, die im Bundesgebiet verwendet werden, die Empfehlungen berücksichtigt werden?

4. Ist dem Senat bekannt, ob die in der Volksrepublik Polen verwendeten Schulbücher den Empfehlungen entsprechen?

Wenn ja, wie ist das Ergebnis?

5. Welche Ergebnisse haben die Fortsetzung der Arbeit der gemeinsamen Kommission (siehe Vorwort zu den Empfehlungen) und die geplante Zusammenarbeit (siehe Punkt 6 des Teils Geographie) bisher gebracht?

26.05.79

## Antwort des Senats

Der Senat hat von Anfang an die Bemühungen unterstützt, die zur Entwicklung und Verabschiedung der gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen geführt haben. Er ist davon überzeugt, daß diese Empfehlungen und ihre Realisierung dazu beitragen, das gegenseitige Verständnis für die Zukunft zu sichern und das friedliche Zusammenleben der beiden Völker zu fördern.



dem. Deshalb wurden in Hamburg die ersten „31 Absprachen“ (1972) sofort nach ihrem Erscheinen auszugsweise und die Empfehlungen nach Bekanntwerden der vorläufigen Endfassung (1976) veröffentlicht und den Schulen zugänglich gemacht. Darüber hinaus hat der Präses der BSJB veranlaßt, daß die Empfehlungen sinngemäß und dem Geist des deutsch-polnischen Kulturabkommens entsprechend sowohl bei der Lernbuchprüfung als auch bei der Lehrplanarbeit berücksichtigt werden (vgl. Antwort des Senats auf die Kleine Anfrage der SPD in der Hamburgischen Bürgerschaft vom 24. Mai 1977, Drucksache 8/2554).

Die polnische Seite hat die Bemühungen des Hamburger Senats ausdrücklich anerkannt; andererseits bereitet es ihr Schwierigkeiten, zu verstehen, daß in der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich die Länder für Schulbücher zuständig sind, daß private Verlage den Druck von Schulbüchern verantworten und daß sich daher die Entwicklung nur langsam und zugleich unterschiedlich vollzieht. Erschwerend für eine unmittelbare Umsetzung der Empfehlungen kommt hinzu, daß es sich zum Teil um wissenschaftliche Thesen handelt, die in dieser Ausführlichkeit in Schulbüchern gar nicht voll übernommen werden können. Hinzu kommt, daß in der Bundesrepublik der Anteil deutsch-polnischer Geschichte und Geographie in den Lehrplänen und daher auch in den Schulbüchern viel geringer ist als in den polnischen Lehrplänen und Schulbüchern. Weiter ist zu berücksichtigen, daß es in der Volksrepublik Polen aufgrund der zentralen staatlichen Zuständigkeit leichter ist, die Empfehlungen umzusetzen.

Dies vorausgeschickt, beantwortet der Senat die einzelnen Fragen wie folgt:

#### Zu 1.:

Von offizieller polnischer Seite werden in der Regel keine inhaltlich bestimmten Vorwürfe erhoben. Sie beanstandet generell die ihrer Meinung nach zu langsame und in den Bundesländern unterschiedliche Umsetzung.

Bezogen auf die Inhalte der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen läßt sich für die deutsche Seite sagen, daß sowohl die Geschichts- als auch die Geographiebücher der wichtigsten Schulbuchverlage im Laufe der 70er Jahre verbessert worden sind und heute im großen und ganzen den Empfehlungen zumindest nicht widersprechen. Es gibt allerdings noch Bücher, die den Empfehlungen nicht voll entsprechen und zum Teil auch Abweichungen gegenüber einzelnen Empfehlungen enthalten. Eine ins einzelne gehende Aussage darüber zu machen, welche Punkte der Empfehlungen noch nicht berücksichtigt worden sind, ist kaum möglich. Hierzu müßten alle in der Bundesrepublik Deutschland zugelassenen Lernbücher daraufhin überprüft werden, welche der umfangreichen Einzelempfehlungen in welchem Grad berücksichtigt oder nicht berücksichtigt wurden.

#### Zu 2.:

Die Empfehlungen werden bei der Lernbuchauswahl in Hamburg berücksichtigt. Dabei kann es sich aufgrund der geschilderten Sachlage nur um eine sinngemäße Berücksichtigung und nicht um eine wörtliche Übernahme handeln.

Für die Geographiebücher ist wesentlich, daß der didaktische Ansatz im Erdkundeunterricht seit Anfang der 70er Jahre nicht mehr länderkundlich, sondern problemorientiert ist und deshalb in den in Hamburg verwendeten Schulbüchern weder eine Betrachtung Polens noch eines anderen Landes im länderkundlichen Sinne stattfindet. Die Behandlung von Sachthemen im Rahmen der Richtlinien und Lehrpläne stellen es dem Lehrer weitgehend frei, sich die Unterrichtsgebiete, also eventuell auch Polen oder Teilräume Polens, selbst auszuwählen. Es verhält sich insofern mit Polen nicht anders als mit anderen Staaten. In den Erdkundeschulbüchern, die in Hamburg in den Sekundarstufen I und II Verwendung finden, wird kein Sachthema am Beispiel Polen behandelt.

Bei den Geschichtsbüchern entsprechen die drei an Hamburger Schulen am häufigsten eingesetzten Werke den Empfehlungen voll oder weitgehend, wenngleich auch sie einzelne Themen, die Gegenstand der Empfehlungen sind (z. B. „Der erste Weltkrieg und die deutsch-polnischen Beziehungen“ — Empfehlung 14, „Aufbauprobleme“ — nach dem 2. Weltkrieg — Empfehlung 23), nur knapp erwähnen oder gar nicht behandeln. Außerdem sind daneben noch Werke in Gebrauch, die Verkürzungen, in wenigen Fällen auch Abweichungen enthalten. Um weitere Verbesserungen zu erreichen, hat der Präses der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung bereits 1975 den Verband der Schulbuchverlage aufgefordert, nur Schulbücher anzubieten, die mit den Empfehlungen in Einklang stehen. Neue Werke oder inhaltlich überarbeitete Neuauflagen werden nur dann zugelassen, wenn sie den deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen entsprechen. Da auch der Verband der deutschen Schulbuchempfehlungen erklärt hat, an der Umsetzung der Empfehlungen mitzuwirken, ist der Senat davon überzeugt, daß nach Ablauf weniger Jahre alle der dann in Hamburger Schulen benutzten Bücher voll in Einklang mit den Empfehlungen stehen werden.

#### Zu 3.:

Die Situation in den einzelnen Bundesländern ist unterschiedlich und kann hier im einzelnen nicht nachgezeichnet werden. Nähere Auskunft darüber enthalten die in der Anlage zitierten Veröffentlichungen.

Die Unterschiede beziehen sich vor allem darauf, ob die Empfehlungen direkt oder indirekt von den Ländern als ein Maßstab bei der Schulbuchprüfung anerkannt werden. Ersteres ist außer in Hamburg auch in Berlin, Bremen, Hessen und Nordrhein-Westfalen — wenn auch mit Unterschieden im einzelnen — der Fall. In Niedersachsen hat der Landtag mit den Stimmen aller Fraktionen die Landesregierung aufgefordert, die Empfehlungen bei der Lernbuchzulassung gemessen zu berücksichtigen. Im Saarland werden die Empfehlungen für die Lehrplanarbeit genutzt. Trotz kritischer Distanzierung gilt ähnliches für Rheinland-Pfalz. Hier sollen Teile auch bei der Zulassung von Büchern mit berücksichtigt werden. Bayern, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein kennen die Empfehlungen — zum Teil mit Einschränkungen — ab.

Bei der Frage, welche Schulbücher tatsächlich zugelassen sind, verwischen sich diese Unterschiede, da die Geschichts- und Geographiebücher der wichtigsten Schulbuchverlage, die die Empfehlungen weitgehend berücksichtigen, in der Regel in allen Bundesländern auf den Genehmigungslisten stehen.

Der Senat vertritt auch in der Kultusministerkonferenz die hier dargelegte Auffassung. Er hat die Initiative des Kultusministers von Hessen unterstützt, die Kultusministerkonferenz solle eine positive Erklärung zu den deutsch-polnischen Empfehlungen abgeben. Er bedauert, daß dafür bei einigen Ländern keine Zustimmung zu finden war.

Der Senat wird auch weiterhin alles tun, um seinen Standpunkt deutlich zu machen und durchzusetzen.

#### Zu 4.:

Die Volksrepublik Polen ist bemüht, die Schulbücher den deutsch-polnischen Empfehlungen anzupassen. Dem Senat ist z. B. bekannt, daß 1978 ein polnisches Geschichtsbuch aufgrund eines deutschen Gutachtens zurückgezogen worden ist und daß Polen in den letzten Jahren vor allem durch Streichen derjenigen Passagen, die im Widerspruch zu den Empfehlungen standen, versucht hat, Verbesserungen zu erzielen. Insgesamt läßt sich aufgrund der vorliegenden Informationen sagen, daß die polnischen Schulbücher im großen und ganzen den Empfehlungen nicht widersprechen, zum Teil aber noch Passagen enthalten, die einer Verbesserung bedürfen.

#### Zu 5.:

Die deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen sind 1977, 1978 und 1979 fortgesetzt worden. Die deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen sind 1977, 1978 und 1979 fortgesetzt worden. Laut Mitteilung der deutschen UNESCO-Kommission ist eine Fortführung bis zum Jahre 1985 vereinbart. Die Fortsetzung entspricht den im Vorwort der Empfehlungen ausgedrückten Absichten. Es geht auf diesen Tagungen verabredungsgemäß vor allem um die wissenschaftliche und fachdidaktische Fundierung einzelner Empfehlungen und um den Austausch von Gutachten über einzelne Lernbücher, die im Jahrbuch des Georg-Eckert-Instituts veröffentlicht werden. Die Arbeit macht nach Auskunft des Georg-Eckert-Instituts gute Fortschritte.

Die im Punkt 6 des Teils Geographie ausgesprochenen Empfehlungen sind nur zum Teil verwirklicht worden. So wird es z. B. kaum möglich sein, vor der Drucklegung eine gegenseitige Begutachtung durchzuführen, während der Austausch von Materialien und die gegenseitigen Kontakte von Lektoren, Verlegern, Autoren und Wissenschaftlern verstärkt werden konnten.

#### Anlage

Die amtliche Meinungsbildung über die Empfehlungen für Schulbücher der Geschichte und Geographie in der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen — Stand vom 22. September 1978; Anlage IV zur 212. Sitzung des Schulausschusses der KMK am 7./8. September 1978.

A. Schickel, Die Deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen im Widerstreit, Beilage zum Parlament, B 22/78, S. 3—17.

C. A. Schröder, Auswirkungen der Deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen auf die Arbeit der Schulbuchverlage in der Bundesrepublik Deutschland, Blickpunkt Schulbuch, Heft 22, 1978, S. 23—27.

Friedrich-Ebert-Stiftung, Die Schulbuchempfehlungen im Prozeß der Normalisierung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Volksrepublik Polen, Bonn 1978.

(Heberlein SPD)

A zellen Ländern unserer Bundesrepublik ein recht wechselvolles Schicksal erlitten. So bleibt es nicht aus, daß im Laufe der Zeit von der polnischen Partnerseite über eine mangelnde Aufnahme der Empfehlungen in der Bundesrepublik — unterschiedlich in den einzelnen Bundesländern — geklagt wird. Insbesondere können unsere führenden Politiker aus dem Bund und den Ländern ein Lied davon singen, weil sie bei Reisen nach Polen und Begegnungen mit polnischen Gesprächspartnern immer wieder darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Anwendung in der Bundesrepublik so unterschiedlich erfolgt. Das zeigt aber auch, welch großes Gewicht diesen Empfehlungen zuzumessen ist, und es ist aus polnischer Sicht daran abzulesen, wie sich die deutsch-polnischen Beziehungen entwickeln.

Um nun Ansätze für eine Verbesserung zu finden, haben die Sozialdemokraten diese Große Anfrage über die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen eingebracht. Die sozialdemokratische Fraktion geht dabei selbstverständlich von der gleichen Zielsetzung aus, die auch der Senat seiner Antwort vorangestellt hat, nämlich das gegenseitige Verständnis für die Zukunft zu sichern und das friedliche Zusammenleben der Völker zu fördern. Aus diesem gleichen Grunde ist zu begrüßen, daß zur Berücksichtigung der Empfehlungen aufgefordert wurde — dies hat der Senat beim Erscheinen der Empfehlungen schon gemacht — und sie dann sowohl den Schulen — und dies scheint mir noch wichtiger zu sein — als auch den Lehrplanausschüssen zur Verfügung gestellt wurden. Darüber hinaus ist es aber jetzt im wesentlichen Aufgabe der Schulbuchverlage, Geschichtsbücher und Unterrichtsmaterial für den Geographieunterricht entsprechend zu gestalten.

B Es gehört aber auch zum Sinn unserer Anfrage, einmal einen Überblick zu bekommen, wie Hamburg zu der Anwendung dieser Empfehlungen im Vergleich zu anderen Bundesländern steht. Wir wollen aber auch deutlich machen und insbesondere unseren polnischen Partnern zeigen, welche rechtlichen Schwierigkeiten dagegen stehen, diese deutsch-polnischen Empfehlungen durchzusetzen.

Wenn man eine solche Übersicht grob strukturiert, könnte man einfach unterscheiden: In den sozialdemokratisch regierten Ländern der Bundesrepublik sind die Empfehlungen veröffentlicht und ihre Anwendung wird empfohlen; sie sind sogar teilweise in großer Auflage an die Schulen verteilt und mit positiven Hinweisen versehen worden. In den CDU-regierten Bundesländern fanden diese Empfehlungen allgemein eine negative oder besser — mit einer Ausnahme — keine positive Aufnahme. Hier ist aber die Betrachtungsweise zu korrigieren. Der damalige Kultusminister von Rheinland-Pfalz und jetzige Ministerpräsident Bernhard Vogel hat sich zum Beispiel absolut positiv zu den Empfehlungen geäußert, aber die amtierende Kultusministerin, Frau Laurien, kann sich auf der Kultusministerkonferenz für diese Empfehlung nicht besonders erwärmen. Hier scheint also die Diskussion im Kabinett von Rheinland-Pfalz noch besonders im Gange zu sein.

Auch in Baden-Württemberg sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. Niedersachsen hat diese Empfehlungen veröffentlicht und an die Schulen verteilt.

Völlig negativ hat sich Bayern zu diesen Empfehlungen eingestellt und dazu auch negative Kommentare an die Schulen gegeben. Hier sieht man eine seltene Einheit

C mit dem „Nordlicht“ Schleswig-Holstein, das sich ähnlich verhält. Es bleibt aber die Hoffnung, daß in den noch zögernden Ländern das Beispiel Remmers auch im Saarland und in Baden-Württemberg Schule machen kann.

Warum, meine Damen und Herren, erwähne ich diesen Stand so ausführlich? Ich möchte damit deutlich zu machen versuchen, daß erstens diese Empfehlungen, auch wenn sie inzwischen Bestandteil eines bilateralen Kulturabkommens geworden sind, keinen Rechtscharakter haben können. Zweitens ist die Kulturhoheit nach dem verfassungsgemäßen föderalistischen Aufbau der Bundesrepublik den einzelnen Bundesländern übertragen. Jede einzelne dieser elf Länderregierungen hat selbständig über die Anwendung dieser Empfehlungen politisch zu entscheiden. Ich glaube, es ist auch wichtig, dieses unseren polnischen Partnern immer wieder deutlich zu machen.

Und drittens gibt es in der Bundesrepublik Deutschland keinen staatlichen Schulbuchverlag. Die Herausgabe von Schulbüchern und Atlanten ist allein Sache von Privatfirmen. Die einzige Möglichkeit des Eingriffs für eine Landesregierung, für einen Kultusminister, liegt allerdings direkt an dieser Stelle. Hier nämlich kann ein Schulbuch, das den Empfehlungen nicht entspricht, für den Unterricht nicht zugelassen werden. Hamburg wirkt hier sehr stark auf die Verlage ein, um möglichst den Verlagen zu signalisieren, daß die Empfehlungen in den in Hamburg anzuwendenden Schulbüchern umgesetzt werden.

D Wir können auf diese Zusammenhänge nur hinweisen, meine Damen und Herren. Wir müssen den polnischen Partner hier bitten, nicht ungeduldig zu werden, denn dieses braucht in der Bundesrepublik seine Zeit. Hier wird, so meine ich, aber auch einmal sehr deutlich, wie unterschiedlich in verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Systemen mit solchen Empfehlungen gearbeitet werden kann.

Aus der Antwort des Senats wird auch deutlich, wie weit bei der Umsetzung dieser Empfehlungen dem einzelnen Lehrer Freiraum gegeben ist. Er kann in der Gestaltung seines Geschichtsunterrichts doch sehr gut selbst entscheiden, wie weit er auf die polnisch-deutsche oder deutsch-polnische Geschichte zurückgreift. Dabei scheint es natürlich zu sein, daß polnisch-deutsche Geschichte in Polen einen wesentlich breiteren Rahmen einnehmen wird, als das im deutschen Geschichtsunterricht der Fall sein kann. Aber auch die Themenauswahl insgesamt — sowohl im Geographieunterricht als auch im Geschichtsunterricht — ist Sache des einzelnen Lehrers.

Die deutsch-polnische Schulbuchkonferenz ist — das habe ich anfangs angedeutet — nicht am Ende ihrer Arbeit. Sie wird über Jahre hinaus weiterarbeiten müssen; und das ist bei wissenschaftlicher Arbeit für unser Verständnis etwas Selbstverständliches. Ich verweise hierbei sehr deutlich auch auf Äußerungen von Fachleuten mit wissenschaftlichem Rang,...

(Glocke)

Präsident Schulz (unterbrechend): Die Redezeit beträgt zehn Minuten und ist beinahe abgelaufen.

Heberlein (fortfahrend): Danke schön, Herr Präsident, ich komme gleich zum Schluß. — ...ohne daß ich hierbei

[Große Anfrage der Fraktion der SPD:  
Deutsch-polnische Schulbuchempfehlungen  
— Drucksache 9/929 —  
hier: Besprechung]

Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat Herr Heberlein.

Heberlein SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die im Jahre 1976 veröffentlichten deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen waren schon im Jahre 1977 Gegenstand einer ausführlichen Debatte in diesem Hause. Sie haben ihren Ursprung in einem Vertrag, der zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1970 abgeschlossen wurde. An diesen Empfehlungen wurde vier Jahre gearbeitet, und auch heute wird ständig daran weiter gearbeitet, Konferenzen auf wissenschaftlicher Grundlage finden statt, die Ergebnisse werden geprüft, die erschienenen Bücher werden dahin gehend begutachtet, wie weit sie diesen Empfehlungen entsprechen. Gleichwohl haben diese von der gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission in sehr verdienstvoller Zusammenarbeit herausgegebenen Empfehlungen für Schulbücher der Geschichte und Geographie in der Bundesrepublik Deutschland und in der Volksrepublik Polen bisher in den ein-

(Heberlein SPD)

A den Äußerungen von Herrn Dr. Hupka, die er zu diesen Empfehlungen abgegeben hat, das gleiche wissenschaftliche Niveau zumessen möchte, das die Autoren anderer Kommentare zweifellos aufweisen.

Meine Damen und Herren! Man muß aber auch sehen, daß in den Empfehlungen zur Geschichte die neuere Geschichte — die Zeit von 1933 bis 1943, 1945 und 1946, bis zum Ende des zweiten Weltkrieges — nur einen relativ kleinen Raum einnimmt. Von 26 Punkten dieser Empfehlung beziehen sich ganze sieben Punkte auf diese Zeit. Aber gerade diese jüngste Vergangenheit ist es, die am heftigsten kritisiert und als nicht ausreichend dargestellt wird.

(Glocke)

Ich komme zum Schluß. Diese Empfehlungen sind auf den Unterricht mit unseren jungen Menschen gerichtet. Unsere jungen Menschen werden sich in absehbarer Zeit selbst ein Urteil über den Ablauf einer Epoche, die mehr als 30 Jahre zurückliegt, bilden müssen. Ich meine, daß es nicht allein darauf ankommt, wie Geschichte in den Schulbüchern dargestellt wird, wie Grenzen in Atlanten gezeichnet werden, sondern daß unsere jungen Menschen danach urteilen werden, wie durchlässig diese Grenzen sind, wie man dem anderen begegnen und mit ihm reden kann. Mir scheint, das ist das Wesentliche, was überhaupt in den deutsch-polnischen Begegnungen stattfinden und ein Resultat der Schulbuchempfehlungen sein kann. — Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Schulz: Das Wort hat Herr Boysen.

B Boysen CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es scheint Ihnen kleinliche Freude bereitet zu haben, auf unterschiedliche Akzente in den einzelnen Bundesländern hinzuweisen und sie genötigt auszukosten.

(Claus Weiß SPD: Ist es ja auch!)

Angesichts der Bedeutung dieses Themas wundert mich allerdings, daß Sie gewichtigere Gedankengänge nicht viel mehr bewegen.

Zur Haltung der Niedersächsischen Landesregierung lassen Sie mich in Ihr Gedächtnis zurückrufen, daß Kultusminister Remmers in einem Schreiben an alle Schulen seines Landes ausdrücklich darauf hingewiesen hat, daß die vorliegenden Empfehlungen auch die Grenzen offenbarten, die heute noch einer Verständigung entgegenstünden, und der ausdrücklich bekräftigt, daß die Auslassungen und die gefundenen Kompromisse Anlaß zu kritischen Vorbehalten geben, die nicht vernachlässigt werden dürften. Diesem Beispiel sollten Sie folgen, wenn es Ihnen um die Sache und um die historische Wahrheit gehen sollte.

(Scheunemann SPD: Tatsachenfeststellung!)

Es stimmt, meine Damen und Herren, daß über eine lange Periode manche bundesdeutsche Schulbücher, wenn gleich bei weitem nicht alle, der deutsch-polnischen Geschichte nicht gerecht geworden sind. Die verbreiteten Wissenslücken im Volk über all das, was sich während des zweiten Weltkrieges in Polen zugetragen hat, haben auch mit dieser unzulänglichen Information zu tun. Die Erkenntnis, daß hier ein Wandel vonnöten sei, kam spät. Und das ist, wenn man an die Folgen denkt, beklagenswert. Aber die Konsequenz, die aus der späten Erkennt-

nis gezogen wurde, hat auch ihre tiefen Schatten, über die ich gleich einiges sagen möchte.

Zunächst aber lege ich Wert auf die Feststellung, daß es nach meinem Eindruck in diesem Hause niemanden gibt, der einem bundesdeutschen Geschichtsbuch nicht zweierlei abverlangt:

Erstens die ausführliche Darstellung des Überfalls auf Polen und seine Vorgeschichte und zweitens die genaue Schilderung der nationalsozialistischen Politik in und gegenüber Polen so, daß sie der Dimension des Geschehens gerecht wird.

Es läßt sich nicht leugnen, daß der Kenntnisstand über das Ausmaß der am polnischen Volk begangenen Verbrechen bei uns vergleichsweise unterentwickelt war und zum Teil heute noch ist. Erkannte Fehler der Vergangenheit aber erzwingen das Verantwortungsbewußtsein, neue Fehler zu vermeiden.

Und da sind wir genau an der Stelle, wo Mehrheit und Minderheit in diesem Hause zu unterschiedlicher Beurteilung gelangt sind. Der Senat verkündet — offenbar mit einigem Stolz, auf jeden Fall aber wahrheitsgemäß —, daß seine Bemühungen, die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen durchzubringen, von polnischer Seite ausdrücklich anerkannt worden seien. Gemessen am Inhalt der Vereinbarungen sind aber Zweifel erlaubt, ob dieser Stolz gerechtfertigt ist. Mit wachsendem zeitlichen Abstand wird es immer klarer, wie problematisch damals der Versuch war, gemeinsame Geschichtsschreibung mit weisungsgebundenen Wissenschaftlern zu versuchen. Es gibt keinen Anlaß, die lautere Absicht der polnischen Wissenschaftler in Zweifel zu ziehen. Nur eines waren sie nicht: Sie waren nicht frei. Folglich konnte das Ergebnis nur ein Kompromiß sein. Aber das Mühen um historische Wahrheit mußte sich im Zwang zum Kompromiß fangen. Kompromisse sind auf anderen Feldern eine vernünftige Sache. Hier wurde aber der Versuch gemacht, Kompromisse mit staatlich einseitiger und gebundener Geschichtsbetrachtung zu versuchen. Das mußte zwangsläufig zu unzulänglichen Ergebnissen führen, insbesondere wenn man berücksichtigt, daß die polnischen Wissenschaftler nicht nur auf ihre eigene Staatsführung, sondern auch auf die Interessen des mächtigen Bündnispartners Rücksicht nehmen mußten.

Mit zeitlichem Abstand hat auch der Bundeskanzler in zu begrüßender Offenheit auf diese schwerwiegende Problematik aufmerksam gemacht. Vor dem Historikertag in Hamburg sagte er in einer vom Bulletin der Bundesregierung verbreiteten Rede im vergangenen Oktober:

„Die Eliminierung, die Verdrängung von Teilen der Geschichte kann nicht helfen, Streitfragen zu lösen. Ich weiß: Die polnischen, staatlich beauftragten Wissenschaftler haben sich an der einen oder anderen Stelle gegenüber ihren ungebundenen deutschen Verhandlungspartnern ein bißchen zu entschlossen durchgesetzt.“

Die Geschichte Deutschlands nach dem ersten Weltkrieg lehrt, welche verhängnisvolle Folgen es haben kann, wenn andere sich einer unzulänglichen Geschichtsschreibung bedienen. Vielleicht hat der Bundeskanzler in seiner Rede auch diesen Gesichtspunkt vor Augen gehabt.

Die Unzulänglichkeiten und Halbwahrheiten im Text der Vereinbarungen haben wir in diesem Hause schon zweimal besprochen. Lassen Sie mich als Beispiel das

(Boysen CDU)

A Thema Grenzveränderungen nach dem zweiten Weltkrieg ansprechen. Viele von Ihnen haben den vom Magazin „Report“ gesendeten Film über die Vertreibung der Deutschen aus den früheren Ostgebieten gesehen, jene Tragödie, die Victor Gollancz als „unsterbliche Schande“ beschreibt. Schätzungen reden von 600 000 Toten — Erschossenen und Erschlagenen — und von zwei Millionen sogenannten ungeklärten Fällen. Ich meine, die unumstößliche Wahrheit, daß alles mit Adolf Hitler und seinem Krieg angefangen hat, kann keine Begründung dafür sein, diesen Teil der Geschichte Europas zu ignorieren oder zu bagatellisieren.

Nach der Ausstrahlung des Films über die Vertreibung haben Schüler ihren Lehrern die Frage gestellt, aus welchem Grund ihnen das Wissen über den letzten Teil der Kriegstragödie vorenthalten wurde. Mißtrauen, das hier gesät wird, kann sich auch eines Tages gegen diejenigen wenden, die das Grauen der Vertreibung in bester Absicht herunterspielen, zum Beispiel um dem Verdacht zu entgehen, sie wollten nicht gegeneinander aufrechnen, was man nicht aufrechnen kann. Die deutsch-polnischen Empfehlungen schildern diesen Vorgang in den wesentlichen Passagen unter der harmlosen Überschrift „Bevölkerungsverchiebungen“ so:

„Die territorialen Veränderungen bei Ende des zweiten Weltkrieges wurden mit umfangreichen Bevölkerungsverchiebungen verbunden. Sie zielten darauf ab, staatliche und ethnische Grenzen nach Möglichkeit in Übereinstimmung zu bringen. Die historischen Erfahrungen der Nationalitätenkonflikte und die unmittelbar vorhergegangene gewaltsame nationalsozialistische Bevölkerungs- und Besatzungspolitik spielten in diesem Zusammenhang eine erhebliche Rolle.“

B Es ist doch wohl jedem klar: Hier werden die bundesdeutschen Schüler schlicht falsch informiert. Ich stelle einmal entsprechende Passagen aus Golo Manns „Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts“ und aus Sebastian Haffners „Preußen ohne Legende“ dagegen. Zunächst Golo Mann:

„Rational war diese monströse Verschiebung von Menschen und Staatsgrenzen nicht. Es war von der polnischen Seite ein Akt der Rache; ein Akt der Entschädigung für grauenhafte Verluste und Leiden in jedem Bereich; ein Akt der Erfüllung uralter imperialer Träume, die man nun, nach solchen Leiden und in solcher Siegerposition, sich gönnen zu sollen meinte. Josef Stalin mag andere Gedanken im Kopf gehabt haben, zum Beispiel den, immerwährende durchaus zuverlässige Feindschaft zwischen Deutschland und Polen zu begründen.“

Und Sebastian Haffner schreibt:

„Historische Gerechtigkeit kann man das nicht nennen. Es war ein Greuel, das letzte Greuel eines an Greueln überreichen Krieges, den freilich Deutschland unter Hitler begonnen hatte. Und auch mit den Greueln hatten die Deutschen leider angefangen.“

Zu den zentralen Schwächen der Vereinbarung gehört das Verschweigen der Rolle, die Stalin und seine Regierung im Zusammenhang mit der Westverschiebung Polens gespielt haben. Verschwiegen wird der feierliche Verzicht der Vertriebenen vom August 1950 auf jede Rache und Vergeltung. Die Nachkriegsentwicklung im restlichen Deutschland und die Teilung unseres Landes

werden eindeutig aus östlicher Sicht dargestellt. Ich halte das für ganz besonders inakzeptabel. Die vereinbarte Anwendung der polnischen geographischen Bezeichnungen ergibt bei emotionsloser Betrachtung nicht den geringsten Sinn, besonders in den zahlreichen Fällen nicht, wo immer polnische und deutsche Namen nebeneinander existierten. Die polnische Bevölkerung hat sich von derlei Kleinlichkeiten immer mehr entfernt. Zunehmend werden sie mittlerweile schlicht milde belächelt. Überhaupt hat das Bewußtsein des polnischen Volkes die parteiliche Geschichtsschreibung schon weitgehend eingeholt. Die Beflissenheit, die in der Großen Anfrage der SPD-Fraktion zum Ausdruck kommt, steht dazu in merklichem Kontrast.

Dauerhafte Versöhnung, die wir uns mit ganzem Herzen erhoffen, ist nach unserer festen Überzeugung nur möglich mit der Bereitschaft zu bedingungsloser Wahrhaftigkeit. Und das ist der entscheidende Gedanke, weshalb wir die vorliegenden Empfehlungen mit so großer Skepsis betrachten.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Schulz: Das Wort hat Herr Claus Weiß.

Claus Weiß SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn man hier schon die entsprechenden Empfehlungen zitiert, dann sollte man sie doch wohl zu diesem Punkt vollständig wiedergeben. Die Passage hinsichtlich der Aussiedlung, der Vertreibung darf ich weiter zitieren:

„In den Polen gemäß den Potsdamer Beschlüssen übertragenen ehemaligen Reichsgebieten östlich von Oder und Neiße lebten 1939 ca. 8,5 Millionen Menschen. Etwa die Hälfte von ihnen, außerdem die Mehrzahl der deutschen Bevölkerung Danzigs sowie der in Polen lebenden Deutschen, wurden entweder evakuiert oder flüchteten unter großen Verlusten noch vor Kriegsende in die deutschen Gebiete westlich von Oder und Neiße. Der größte Teil der in den Oder-Neiße-Gebieten verbliebenen deutschen Bevölkerung wurde in den Jahren 1945 bis 1947 ausgewiesen beziehungsweise im Rahmen der interalliierten Transferabkommen zwangsumgesiedelt.“

(Prosch CDU: Wo finden Sie den Unterschied, Herr Weiß?)

Auch das gehört dazu, um das Ganze objektiv darzustellen.

(Echternach CDU: Wo finden Sie die Millionen Toten?)

Ich meine außerdem, daß man, wenn man hier sagt, es handelte sich um polnische Rache, wohl etwas vorsichtig sein sollte. Wir wissen alle, daß auch die Polen zwangsumgesiedelt wurden und daß diese Westverschiebung Polens schon während des Krieges zwischen den drei Großmächten vereinbart worden ist. Es gab im Unterhaus Äußerungen von Winston Churchill — 1943 oder 1944, ich habe das nicht genau im Kopf —, in denen er seinerzeit schon darauf hingewiesen hatte, daß diese Westverschiebung mit der Zwangsumsiedlung von etwa acht Millionen Deutschen — so sagte er damals — verbunden sein würde, aber das müsse in Kauf genommen werden.

(Glocke)

**A** **Präsident Schulz** (unterbrechend): Gestatten Sie Herrn Boysen eine Zwischenfrage?

(Claus Weiß: Ja, selbstverständlich.)

Herr Boysen, bitte.

**Zwischenfrage von Boysen CDU:** Ich möchte Sie fragen, wo im Text der Vereinbarungen etwas über die zwei Millionen aus dem ehemaligen Ost-Polen ausgetriebenen Polen zu lesen ist?

**Claus Weiß** (fortfahrend): Sie haben völlig recht, daß im Text der Vereinbarung nicht enthalten ist. Es steht durchaus dem deutschen Geschichtsunterricht frei, darauf hinzuweisen. Auf der anderen Seite müssen wir sehen, unter welchen Bedingungen die Polen stehen, die insoweit, sagen wir einmal vorsichtig, nicht alles so darlegen können, wie sie es vielleicht darlegen wollten. Das entkräftet aber nicht den Wert dieser Empfehlungen, sondern macht sie nur in dem einen oder anderen Punkt ergänzungsbedürftig.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Schulz:** Das Wort hat Herr Senator Professor Grolle.

**Senator Dr. Grolle:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bei allen Unterschieden der Auffassung, die ja auch in den Debattenbeiträgen anklingen, gab es in dem Beitrag von Herrn Boysen doch einige Formulierungen, die die Hoffnung nicht ganz unbegründet erscheinen lassen, daß es in unserem Land im Hinblick auf unser Verhältnis zu den polnischen Nachbarn nicht durchweg nach Parteilichkeit streng getrennte Lager, sondern durchaus auch gemeinsame Einschätzungen gibt. Ich meine in der Tat, so sehr verständlich es ist, daß es hier in Akzenten unterschiedliche Auffassungen gibt: Wir müssen und sollten daran festhalten, daß wir über die innerpolitischen Lager in Deutschland hinweg eine gemeinsame Verantwortung in der Frage der deutsch-polnischen Verständigung haben. Wir haften gemeinsam — so denke ich — für die Folgen einer durch Millionen von Toten tief gestörten Nachbarschaft.

(Schumann SPD: Sehr richtig!)

Wir müssen diese Hypothek auch gemeinsam abtragen, in welchen parteipolitischen Lagern wir hier in unserem Lande auch immer stehen.

Und nun, meine ich, verdient es hier noch einmal unterstrichen zu werden, daß, bevor die Politiker auf deutscher und polnischer Seite dieses schwierige Werk der Aufarbeitung unserer Vergangenheit durch Gespräche, durch Verhandlungen und schließlich durch Verträge angegangen haben, Historiker und Geographen beider Seiten mit sehr viel persönlichem Engagement und auch — ich sage das ausdrücklich — mit persönlichem Mut den Politikern vorangegangen sind. Ich will nur stellvertretend für die deutsche Seite Georg Eckert nennen und für die polnische Seite Wladyslaw Markiewicz, Mitglied der polnischen Akademie der Wissenschaften, beides Historiker, deren Namen und Ansehen in der internationalen Wissenschaft solches Gewicht haben, daß eigentlich ihre Bewertung hier im Parlament gar nicht in Rede stehen kann. Ich will aber doch gerade zur polnischen Seite, was die Vertretung der Historiker angeht, noch ein Wort hinzufügen. Sie gehören durchweg zu den führenden

und auch im westlichen Ausland angesehensten Historikern ihres Landes. Sie stehen von daher ganz sicherlich — Herr Boysen, das möchte ich doch noch einmal ausdrücklich entgegen einer Aussage, die Sie hier getroffen haben, sagen — nicht im Verdacht, weisungsgebundene Befehlsempfänger von irgendwelchen Parteizentralen zu sein. Ich darf darauf hinweisen — ein Mitglied dieser Verhandlungskommission hat das neulich noch einmal in Erinnerung gebracht —, daß eine Vielzahl der auf polnischer Seite beteiligten Historiker nicht nur ihren guten Ruf hier einbringen, sondern auch ihr ganz persönliches Schicksal als Betroffene der schlimmen Jahre deutsch-polnischer Geschichte, die hinter uns liegen. Eine ganze Reihe von ihnen tragen bis heute auf den Armen die KZ-Nummern, die an diese schrecklichen Jahre erinnern. Von daher scheint es mir mehr als peinlich, wenn dann von seiten der Opposition — das ist hier in dieser Form nicht gefallen, aber das kann man anderwärts nachlesen — die Rede ist von „kopfnickenden Mitschreibern polnischer kommunistischer Diktate“. Ich glaube, so einfach können wir uns das nicht machen mit der Würdigung auch der persönlichen Leistung und des persönlichen Engagements, das hier von seiten der polnischen Wissenschaftler eingebracht wird.

(Boysen CDU: Ist es nicht unfair, dies hier einzuführen?)

— Sie haben von weisungsgebundenen Historikern gesprochen. Das ist ein wenig vornehmer formuliert, aber in der Sache nichts anderes.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe Anlaß, hier auch für mich noch einmal zu unterstreichen, was Bundespräsident Scheel 1976 im Hinblick auf die auf beiden Seiten engagierten Historiker gesagt hat. Er hat wörtlich ausgeführt: „Den Historikern auf beiden Seiten, die an den Empfehlungen mitgewirkt haben, gebührt der Dank beider Nationen.“ Ich sage noch einmal: Diese zunächst einmal auf dem wissenschaftlichen Feld engagierten Kollegen haben in ganz entscheidender Weise dem Werk der politischen Verständigung vorgearbeitet und insoweit den Weg der Verhandlungen zwischen den Politikern geebnet. Das gilt nicht nur für die Bemühungen der Bundesregierung, für die hier wichtige Vorarbeit geleistet wurde, sondern das gilt durchaus auch für Vertreter auf Ihrer Seite, wenn ich noch einmal an Herrn Vogel oder an Herrn Remmers und an manche andere hier erinnern darf, die sich auf ihre Weise — zugegeben, mit anderen Akzenten, aber in der Sache sehr wohl engagiert — für deutsch-polnische Verständigung eingesetzt haben. Ich muß sagen: Wir alle sollten dankbar sein, daß die Frage der deutsch-polnischen Verständigung eben bis heute nicht eine Frage geschlossener parteipolitischer Blöcke in unserem Lande ist, sondern daß es hier quer durch die Lager engagierte Mitstreiter gibt.

Nur ein Hinweis noch: Das Kuratorium des Georg-Eckert-Instituts in Braunschweig ist eben nicht nur von sozialliberal geführten Ländern besetzt, sondern dankenswerterweise auch durch die niedersächsische Landesregierung in ihrer heutigen Zusammensetzung und auch durch das Land Rheinland-Pfalz, während leider andere CDU-geführte Länder bisher noch abgelehnt haben, sich an der Arbeit dieses Instituts zu beteiligen. Dazu steht wirklich in schroffem Gegensatz das, was 1978 hier von seiten der CDU-Fraktion erklärt worden ist: daß man in

(Senator Dr. Grolle)

**A** keinem Falle und an keiner Stelle ertragen könne, daß die Empfehlungen, die aus dieser gemeinsamen Arbeit hervorgegangen seien, in dem Hamburger Schulunterricht wirksam würden. Wenn ich das mit dem vergleiche, was von anderen Freunden Ihres Lagers dazu gesagt worden ist, dann kann ich nur bedauern, daß in Hamburg — jedenfalls im Jahre 1978 — ein so schroffer, kompromißloser Gegensatz in dieser für uns gemeinsam so wichtigen Frage besteht.

Nun lassen Sie mich noch darauf hinweisen, daß die Frage der deutsch-polnischen Empfehlungen ja nicht nur auf unserer Seite Probleme aufwirft, sondern sehr wohl auch auf polnischer Seite. Wenn Sie einmal aufmerksam verfolgen, wie sich als Folge der deutsch-polnischen Empfehlungen inzwischen die Geschichts- und Geographiebücher in der Volksrepublik Polen tatsächlich verändert haben, dann ist das eine ganz beachtliche Bilanz, die hier vorzuzeigen ist. In früheren Büchern — etwa noch der frühen 70er Jahre auf polnischer Seite — konnten Sie sehr schroffe Formulierungen über die beiden deutschen Staaten finden, wobei dann auf der einen Seite der friedfertige DDR-Staat vorgeführt wurde und auf der anderen Seite die aggressive Bundesrepublik. Das ist inzwischen ausnahmslos korrigiert. Es ist in polnischen Schulbüchern im einzelnen nachzulesen, daß inzwischen faire Formulierungen gefunden worden sind, die der Tatsache Rechnung tragen, daß jedenfalls die Bundesrepublik sehr wohl etwas in den Prozeß der Verständigung mit der Volksrepublik Polen einzubringen hat. Ich nehme nicht an, daß Sie diese Veränderungen in polnischen Geschichtsbüchern bedauern. Auch das ist ein Stück der Verwirklichung der deutsch-polnischen Empfehlungen.

**B** Nun noch einmal zurück zu den Problemen, die auf deutscher Seite bestehen und die Sie ja auch kritisch angesprochen haben.

Wenn es überhaupt einen kompetenten Beurteiler dieser Frage in der historischen Zunft gibt, dann rechne ich dazu Herrn Professor Erdmann in Kiel, der noch dazu Präsident des Weltverbandes der Historiker ist und, wie Sie wissen, Ihrem politischen Lager nicht nur nahesteht, sondern sich seit Jahren dort immer wieder engagiert hat. Er hat bei verschiedenen Gelegenheiten immer wieder beharrlich darauf hingewiesen — unter anderem auf dem Deutschland-Tag der Union 1977 —, daß bei ruhiger Analyse des Textes der Empfehlungen die polemisch vorgetragene Vorwürfe gegen die angebliche Mißachtung der historischen Wahrheit gegenstandslos seien. Er hat dies in einem eindrucksvollen und ausführlichen Referat auf dem Deutschland-Tag der Union im einzelnen dargestellt und ist dabei auf die konkreten Vorwürfe, die auch hier wiederholt worden sind, sehr detailliert eingegangen, auch was die Frage der angeblichen Verzichte auf völkerrechtliche Positionen angeht. Er hat das ausdrücklich zurückgewiesen und hat im einzelnen dargelegt — ich will das hier nicht wiederholen —, daß eine solche Behauptung an dem Wortlaut der Texte überhaupt keinen Anhalt findet. Das gilt auch für die zugegebenermaßen schwierige Frage des Ribbentrop-Molotow-Paktes, wozu die polnische Seite wiederholt erklärt hat — Sie können das nachlesen —, daß man selbstverständlich davon ausgehe, daß die deutsche Seite darin frei sei, das Faktum dieses Vertrages ausführlich und deutlich in ihren Schulbüchern darzustellen. Es ist mir auch kein einziges deutsches Schulbuch bekannt, das etwa nicht

auf diesen berüchtigten Vertrag einginge. Nur, die Polen haben ebenso offen gesagt, daß es in ihrem Lande und mit Rücksicht auf das sowjetische Bündnis schlechterdings nicht möglich sei, dieses so und in der Form, wie wir das in unseren Schulbüchern darstellen, nun auch in polnische Schulbücher aufzunehmen. Man hat dann sogar in lakonischer Weise darauf hingewiesen, es sollten sich doch einmal Vertreter der sowjetischen und der deutschen Seite zusammensetzen, um gemeinsam den Versuch zu machen, sich über dieses delikate Thema auseinanderzusetzen. Das war ein sehr deutlicher Hinweis darauf, daß hier sehr wohl auch von polnischer Seite Probleme gesehen werden,

(Glocke)

daß das aber nicht Gegenstand einer Verhandlung sein kann, die polnische Historiker mit deutschen Historikern führen, eben mit Rücksicht auf die schwierige gesamt-politische Situation, in der sich Polen befindet.

(Boysen CDU: Haben Sie nicht eben versucht, darzustellen... — Glocke)

**Präsident Schulz** (unterbrechend): Gestatten Sie Herrn Salchow eine Zwischenfrage, Herr Senator?

(Senator Dr. Grolle: Bitte.)

**Zwischenfrage von Salchow CDU:** Herr Senator, wie verträgt sich ihre eben gemachte Aussage mit der von vorhin, daß die polnischen Historiker, die an den Schulbuchkonferenzen teilgenommen haben, nicht weisungsgebunden seien? Sehen Sie nicht — genauso wie ich — einen Widerspruch in diesen beiden Aussagen?

**Senator Dr. Grolle** (fortfahrend): Gerade durch die offene Sprache, in der Professor Markiewicz, den ich hier im Grunde eben zitiert habe, diese Schwierigkeiten der polnischen Situation beschrieben hat, wird schon deutlich, daß das Wort „weisungsgebunden“ hier in jeder Weise unangemessen ist. Er hat sehr offen...

(Boysen und Echternach, beide CDU: Im Gegenteil!)

Der ausdrückliche Hinweis, daß die deutsche Seite sich sehr wohl das Recht nehmen könne, ihre Position darzustellen, so gut wie der polnischen Seite natürlich auch freisteht, über das hinaus, was in den Empfehlungen freisteht, nun auf einzelne Probleme akzentuiert in den Schulbüchern einzugehen, macht doch deutlich, daß hier sehr wohl die Dinge in diesen Verhandlungen beim Namen genannt werden, daß man aber bei dem, was man letztlich konsensfähig machen kann, mit Rücksicht auf die Situation der beiden Länder eine gewisse Behutsamkeit walten lassen muß.

(Boysen und Engels, beide CDU: Ja! — Boysen CDU: Das unterstreicht doch nur, was wir eben gesagt haben!)

Das hat doch nun wirklich nichts damit zu tun, daß es sich hier um Befehlsempfänger von Parteizentralen handelt.

(Engels CDU: Den Mann haben Sie aber eben in Schwierigkeiten gebracht!)

Lassen Sie mich jetzt abschließen, weil im übrigen die Streitfragen schon deutlich angesprochen sind. Es ist nicht ohne Absicht von beiden Seiten vereinbart worden,

7. Wahlperiode

14. 09. 79

**Antrag**

der Abg. Weyrosta u. a. SPD

und

**Antwort**

des Ministeriums für Kultus und Sport

**Deutsch-polnische Schulbuchempfehlungen**

**Antrag**

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen,  
dem Landtag zu berichten,

1. ob das Land Baden-Württemberg die Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchkommission für die Lehrplanarbeit und Lehrbuchprüfung in Geschichte und Geographie nach wie vor ablehnt;
2. ob die Landesregierung ihre am 8. Juni 1977 im Kulturpolitischen Ausschuß des Landtags geäußerte Auffassung aufrecht erhält, wonach bei den Schulbuchempfehlungen von „wissenschaftlicher Objektivität und Ausgewogenheit keine Rede sein könne“;
3. ob sie die im Land Baden-Württemberg verwendeten Unterrichtsmaterialien hinsichtlich ihrer Behandlung deutsch-polnischer Beziehungen in Vergangenheit und Gegenwart für revisionsbedürftig hält;
4. ob im Land Baden-Württemberg internationale Schulbuchforschung betrieben wird, die zu verwertbaren Kriterien für die Zulassung von Schulbüchern in diesem Bereich geführt hat;
5. ob das Land Baden-Württemberg in dieser Frage eine Abstimmung mit anderen Bundesländern für sinnvoll hält und welche Schritte gegebenenfalls hierzu bereits unternommen wurden.

11. 09. 79

Lang, Dr. Meyer, Moser, Reinelt,  
Liselotte Bühler, Birzele,  
Elisabeth Nill SPD

**Begründung**

Die gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen von 1976 hatten das Ziel, zum Verstehen der beiden Völker, zum Verständnis ihrer Probleme und zur weiteren Entwicklung eines friedlichen Zusammenlebens beizutragen.

Von polnischer Seite wird immer wieder bemängelt, daß eine Umsetzung der Ergebnisse in die in der Bundesrepublik Deutschland verwendeten Schulbücher nur unzureichend erfolgt.

Obwohl der Geschichtsunterricht in allen Schulen der Welt weitgehend eine Selbstdarstellung der jeweiligen Nation ist, muß begriffen werden, daß vor allem in Europa keine Nation ihre Geschichte ohne ihren Nachbarn verstehen kann. Erst deren Kenntnis ermöglicht das objektive Urteil über die eigene Geschichte.

Vielfach schuldhaft verstrickte Vergangenheit soll dabei nüchtern und sachlich gesehen werden. Damit wird auf die Dauer ein wirklich entkrampftes und gutnachbarliches Verhältnis der beteiligten Völker geschaffen. Dadurch wird der nachfolgenden Generation die Chance gegeben, ohne Vorurteile aufzuwachsen und miteinander ins Gespräch zu kommen. Die gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen sind ein Dokument des gemeinsamen Willens zur friedlichen Verständigung.

**Antwort**

Mit Schreiben vom 10. Oktober 1979 Nr. IV—1—3167/122 nimmt das Ministerium für Kultus und Sport im Einvernehmen mit dem Ministerium für Wissenschaft und Kunst zu dem Antrag wie folgt Stellung:

Zu Ziffer 1 und 2:

Die Landesregierung weist zunächst darauf hin, daß die Bezeichnung der im Antrag genannten Empfehlungen als „deutsch-polnische Schulbuchempfehlungen“ den Eindruck zu erwecken sucht, als ob es sich hier um die Beratungsergebnisse einer von amtlicher Seite eingesetzten deutsch-polnischen Verhandlungskommission handele. Dies trifft jedoch nicht zu; vielmehr ist die Landesregierung am Zustandekommen der Empfehlungen in keiner Weise beteiligt gewesen. Sie ist daher auch hinsichtlich der weiteren Behandlung der Empfehlungen nicht gebunden.

Wie bereits in der Stellungnahme des Kultusministeriums zum Antrag der Abg. Moser u. a. vom 6. Mai 1977 (Drucksache 7/1580) ausgeführt, bestehen gegen einen Teil der Empfehlungen — nach wie vor — erhebliche inhaltliche Bedenken. Die Darstellung der geschichtlichen Ereignisse für die Zeit nach 1945 enthält eine Reihe von Einseitigkeiten und Verharmlosungen; außerdem bleiben wichtige Zusammenhänge unerwähnt. Beispielhaft wird daran erinnert, daß die unter grausamen und unwürdigen Umständen erzwungene Vertreibung von Millionen Deutscher aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße in den Empfehlungen verharmlosend als „Transfer“ der Bevölkerung dargestellt wird; diese Bezeichnung wurde zwar im Potsdamer Abkommen verwendet, kann jedoch für eine historische Darstellung in pädagogischer Absicht keinesfalls als ausreichend betrachtet werden. Der sogenannte Hitler-Stalin-Pakt von 1939, der die Beziehungen beider Völker so außerordentlich belastet hat, wird in den Empfehlungen überhaupt nicht erwähnt; der Marshall-Plan wird einseitig aus polnischer Sicht dargestellt. Derartige Tendenzen der Empfehlungen sind nach Auffassung der Landesregierung so gewich-

tig, daß die Empfehlungen trotz der in ihnen auch enthaltenen Zustimmungsfähigen Teile als unausgewogen betrachtet werden müssen. Die Landesregierung sieht sich aus diesen Gründen nicht in der Lage, von der im Jahre 1977 eingenommenen Beurteilung der Empfehlungen abzugehen.

Zu Ziffer 3:

Nach den geltenden Richtlinien können Schulbücher nur dann für den Gebrauch in den Schulen zugelassen werden, wenn sie u. a. mit der verfassungsmäßigen Ordnung und sonstigen Rechtsvorschriften übereinstimmen. Demnach ist sichergestellt, daß Schulbücher, die die Ziele der Landesverfassung nicht berücksichtigen, also nicht „zur Brüderlichkeit aller Menschen und zur Friedensliebe“, zur „Liebe zu Volk und Heimat, zu sittlicher und politischer Verantwortlichkeit“ erziehen, nicht in den Schulen Baden-Württembergs verwendet werden. Es wird daher keine Notwendigkeit gesehen, die in Baden-Württemberg zugelassenen Schulbücher anhand der im Antrag genannten Empfehlungen zu überprüfen.

Zu Ziffer 4:

Eine von der Landesregierung institutionalisierte internationale Schulbuchforschung auf breiter Grundlage wird in Baden-Württemberg nicht betrieben. Die Landesregierung ist jedoch bereit, außerhalb des Landes gewonnene Forschungsergebnisse, soweit sie nach Auffassung der Landesregierung zu verwertbaren Kriterien für die Verwendung von Schulbüchern geführt hat, aufzunehmen. Ob sich an den Hochschulen des Landes einzelne Wissenschaftler mit Problemen der internationalen Schulbuchforschung befassen, muß bei den Hochschulen erhoben werden. Das Ministerium für Wissenschaft und Kunst wird das hierzu Erforderliche veranlassen.

Zu Ziffer 5:

Innerhalb der Kultusministerkonferenz sind die Beratungen zu den im Antrag genannten Empfehlungen aufgenommen worden, aber bisher ergebnislos verlaufen. Angesichts der sehr weit auseinanderliegenden Positionen erscheinen jedoch weitere Verhandlungen im Augenblick nicht sehr erfolgversprechend. Die Landesregierung ist jedoch nach wie vor bereit, unter der Voraussetzung einer grundlegenden Überarbeitung der Empfehlungen nach Maßgabe der Darlegungen unter Ziffer 1 und 2 weitere Abstimmungsgespräche zu unterstützen.

Prof. Dr. Herzog  
Minister für Kultus und Sport

Anfrage des SPD-Abgeordneten Horst KOLLAT  
im Abgeordnetenhaus von Berlin

Nr. 11 des Abgeordneten Horst Kollat (SPD) über Lehreraustausch:

Ist beabsichtigt, im Rahmen der notwendigen Friedenspolitik demnächst eine Gruppe von Pädagogen Berlins zu einer Studienreise nach Polen zu entsenden, um an Ort und Stelle die "Empfehlungen für Schulbücher der Geschichte und Geographie in der Bundesrepublik Deutschland und in der Volksrepublik Polen" diskutieren zu lassen - sowie dabei einen angemessenen Lehrer- und Schüleraustausch anzubahnen?

Antwort des Senats vom 15.10.1979:

Zu den "Empfehlungen für Schulbücher der Geschichte und Geographie in der Bundesrepublik Deutschland und in der Volksrepublik Polen" ist zunächst festzustellen:

Der Senat von Berlin hat diese Empfehlungen der Gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission in die Arbeit der Berliner Schule aufnehmen lassen. Den Schulen ist vom Senator für Schulwesen empfohlen worden, die Empfehlungen "im gegebenen Zusammenhang zum Unterrichtsgegenstand zu machen". Ferner ist dafür gesorgt, daß die Empfehlungen in der Lehrerfort- und -weiterbildung sowie bei der Schulbuchrevision und der Überprüfung der Rahmenpläne berücksichtigt werden.

Aus dieser positiven Haltung heraus unterstützt der Senat alle Initiativen, durch Studienreisen die Diskussion über die Empfehlungen in Gang zu halten und zu intensivieren. Die Bemühungen des Landes Berlin richten sich auch darauf, zu einer überregionalen Abstimmung über die Schulbuchempfehlungen und damit zusammenhängende Aktivitäten zu kommen. So werden gegenwärtig in der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder die Empfehlungen im Zusammenhang mit der Vorbereitung einer Delegationsreise erörtert. Das Land Berlin bringt dabei seine positive Haltung zur Geltung.

Das Auswärtige Amt verhandelt zur Zeit über ein Zweijahres-Programm 1980/81 zum deutsch-polnischen Kulturabkommen. Gerade von Berliner Seite ist darauf hingewiesen worden, daß über die von polnischer Seite unterbreiteten Vorschläge hinaus ein Lehrer- und Schüleraustausch eingerichtet werden soll.

Wolfgang Lüder  
Bürgermeister

Dr. Peter Glotz  
Senator für Wissenschaft  
und Forschung

A N T W O R T

zu der

Anfrage des Abgeordneten Hans Georg Wagner (SPD)

betr.: deutsch-polnische Schulbuchempfehlungen

Welche konkreten Schritte im beschriebenen Sinne beabsichtigt die Landesregierung im laufenden Jahr der Vorsitzendenschaft des saarländischen Kultusministers?

Zu Frage 1:

Der Minister für Kultus, Bildung und Sport wird als derzeitiger Präsident der Kultusministerkonferenz dafür Sorge tragen, daß die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen noch in diesem Jahr erneut in die Beratungen der Kultusministerkonferenz einbezogen werden. Bereits bei ihrer Plenarsitzung am 23./24. November 1978 hatte die Kultusministerkonferenz beschlossen, die Beratungen über die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen nach Abschluß weiterer erforderlicher Vorarbeiten zu gegebener Zeit fortzusetzen.

Welche Schwierigkeiten sieht die Landesregierung konkret bei der Verwirklichung der Empfehlungen?

Zu Frage 2:

Schwierigkeiten bei der Verwirklichung der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen sieht die Landesregierung insoweit, als Teile dieser Empfehlungen nach dem derzeitigen Beratungsstand im Rahmen der Kultusministerkonferenz keine übereinstimmende Beurteilung finden. In Anbetracht der Unvereinbarkeit der Länderpositionen in der Einschätzung der inhaltlichen und wissenschaftlichen Qualität der Empfehlungen war eine Einigung über die künftige einheitliche Berücksichtigung dieser Empfehlungen bisher nicht möglich.

Wie ist der Stand der Verwirklichung in den einzelnen Bundesländern?

Zu Frage 3:

Die Landesregierung sieht sich aufgrund eines Beschlusses der Kultusministerkonferenz und in Anbetracht der dort noch nicht abgeschlossenen Beratungen nicht in der Lage, derzeit über den Stand der Verwirklichung der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen in den anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland zu berichten.

Ausgegeben: 06.03.79

Inwieweit behindert die zurückhaltende Haltung verschiedener Kultusminister den im Interesse einer längerfristigen Entspannung- und Friedenspolitik in Europa dringend auszubauenden deutsch-polnischen Jugendaustausch?

Zu Frage 4:

Die differenzierte Haltung der Länder zu den deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen stellt nach Ansicht der Landesregierung kein Hindernis für einen Ausbau des deutsch-polnischen Jugendaustauschs dar.

In welchen Fällen sieht die Landesregierung eine Möglichkeit, schrittweise zur Verwirklichung der Empfehlungen zu kommen?

Zu Frage 5:

Hierzu wird auf die Beantwortung der Frage 1 verwiesen. Die Landesregierung wird den weiteren Beratungen in der Kultusministerkonferenz nicht vorgreifen.

A N T W O R T

zu der

Anfrage der Abgeordneten

Marianne Granz (SPD)

Franz-Rudolph Kronenberger (SPD)

betr.: Empfehlungen der Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission

Die Landesregierung hat sich in den vergangenen Jahren nachdrücklich für die Verbesserung des deutsch-polnischen Verhältnisses eingesetzt. Sie betrachtet das Kulturabkommen vom 11. Juni 1976 als einen wichtigen Schritt auf dem Wege zu einem deutsch-polnischen Ausgleich; sie begrüßt die in Artikel 4 des Abkommens vereinbarten beiderseitigen Bemühungen um eine objektive Darstellung der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen in den Schulbüchern. Auch die Empfehlungen der Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission können bei diesen Bemühungen eine Hilfe darstellen.

Welche Maßnahmen hat die Landesregierung getroffen, damit die Empfehlungen der Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission in den Schulen bekannt werden und damit sie in die Lehrplanarbeit aufgenommen werden?

Zu Frage 1:

Die Empfehlungen werden für die Lehrplanarbeit in den Fächern Geschichte, Geographie und Politik genutzt und gehen in geeigneter Form in die lernzielorientierten Lehrpläne ein. Im Hinblick darauf, daß die Empfehlungen im Buchhandel erhältlich sind, sieht die Landesregierung keine Veranlassung zu weiteren Maßnahmen.

Welche Maßnahmen hat die Landesregierung getroffen, um zu erreichen, daß diese Empfehlungen in die im Saarland verwendeten geschichtlichen und erdkundlichen Lehrbücher für den Unterricht an saarländischen Schulen Eingang findet?

Zu Frage 2:

Lehrbücher werden in der Verantwortung der Lehrbuchverlage erarbeitet. Die Landesregierung besitzt keine Möglichkeiten, die Inhalte der Lehrbücher zu beeinflussen und entsprechend auf Lehrbuchautoren und Verlage hinzuwirken. Bei der Entscheidung über die Zulassung und Einführung neuer Lehrbücher wird aber selbstverständlich auch darauf geachtet, daß die deutsch-polnischen Beziehungen den geschichtlichen Tatsachen entsprechend und den Bemühungen um eine endgültige Aussöhnung zwischen dem deutschen und polnischen Volk dargestellt sind.

– Es geht vielmehr darum, das möchte ich Ihnen gleich sagen, einen Konsens zu erreichen, welche Mindestkenntnisse deutsche und polnische Jugendliche von der gemeinsamen leidvollen Vergangenheit haben müssen, um mehr Verständnis für das andere Land, seine Probleme und Ängste aufzubringen. Es geht auch darum, der Schuljugend zu sagen, daß die Bundesrepublik Deutschland in Artikel I des Warschauer Vertrages die Oder-Neiße-Grenze als westliche Staatsgrenze Polens anerkannt hat, um revisionistischen und neonazistischen Tendenzen bei Jugendlichen, die ja durchaus schon wieder vorhanden sind, entgegenzutreten.

(Beifall der SPD.)

Wer die bundesweite Diskussion um die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen verfolgt hat, dem ist aufgefallen, daß im Mittelpunkt der Diskussion häufig die Ereignisse nach dem Kriege, also die Vertreibung der Deutschen aus den polnischen Gebieten, gestanden haben. Wer sich aber um ein wirklich sachliches Urteil über diese Empfehlungen bemüht, der muß in gleicher Weise auch die Darstellung der Ereignisse während des Krieges in diesen Empfehlungen berücksichtigen.

Wie Sie wissen, versuchte das Hitlerregime in der Zeit von 1939 bis zum Kriegsende einen Plan in die Tat umzusetzen, dessen verbrecherische Ausmaße weit über das hinausgehen, was der einzelne und was vor allem unsere junge Generation sich heute noch vorstellen können. Um neuen Lebensraum für die germanische Rasse zu schaffen, sollten Besitz und Kultur der polnischen Bevölkerung zerschlagen werden. Die dort Lebenden sollten, wie man damals sagte, „germanisiert“ und, wo das nicht möglich war, ausgerottet oder aber durch planvollen Bildungsentzug vor allem bei Kindern und Jugendlichen zum Untermenschen degradiert werden. Polnische Bibliotheken wurden geschlossen, polnische Lehrer entlassen, ein Großteil der Schulen geschlossen. 48 Prozent der schulpflichtigen polnischen Kinder hatten während der deutschen Okkupation keinen Schulunterricht. Wer versuchte, diese Kinder in einer der vielen Geheimschulen, die der polnische Untergrund damals organisiert hatte, zu unterrichten, mußte mit seiner Hinrichtung rechnen. Die Zahl der in Konzentrationslagern Polens Umgekommenen schwankt nach den Angaben verschiedener Historiker zwischen 2 350 000 und 2 600 000.

Von den polnischen Kindern waren im Jahre 1945 als ermordet, verhungert oder an Krankheit verstorben registriert: 13 Prozent aller 7- bis 12jährigen, 17 Prozent aller 13- bis 14jährigen, 24 Prozent der 15- bis 17jährigen und 36 Prozent der 18jährigen.

Lesen wir nach, was in den Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz zu diesem Tatbestand steht, was also nach dem Willen dieser Konferenz den Kindern in Deutschland und Polen erzählt werden soll. Es heißt da:

Bei der Behandlung des Zweiten Weltkrieges sollte die nationalsozialistische Besatzungspolitik und ihre Konsequenzen für das polnische Volk hinreichend dargestellt werden. Es sollte deutlich werden, daß die Politik des Hitlerregimes nicht nur die Auslöschung des polnischen Staates zum Ziele hatte, sondern daß sie auch die Ausrottung der polnischen Intelligenz und Kultur, die Unterdrückung des polnischen Volkes und die Umwandlung Polens in einen Kolonialraum anstrebte.

Hier wird nirgendwo ausgemalt, was „Unterdrückung des polnischen Volkes“ für den einzelnen bedeutet hat. Hier steht nichts von Konzentrationslagern, von Kindermorden, von blutigen Massakern an offenen Massengräbern, in die Lebende hineinsteigen mußten, um sich auf einem Leichenhaufen erschließen zu lassen.

Aber es steht hier – ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen – wörtlich:

Es ist zu begrüßen, daß in polnischen Schulbüchern zwischen Deutschen und Hitlerfaschisten unterschieden wird, und es wäre zu wünschen, daß die deutsche Widerstandsbewegung ausführlicher berücksichtigt wird.

Ich rufe auf Punkt 10 der Tagesordnung:

Verteilung und Berücksichtigung der Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchkommission – Antrag der Fraktion der SPD –

– Drucksache 9/141 –

Zur Begründung erteile ich das Wort der Abgeordneten Frau Dr. Götte.

Abg. Frau Dr. Götte, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es wird nicht ganz leicht sein, am Ende eines langen Arbeitstages noch einmal um Ihre Aufmerksamkeit zu bitten und sie auf ein Thema zu lenken, bei dem es um viel mehr geht als nur um die Frage, ob da eine kleine Schrift von ganzen 27 Seiten an die rheinland-pfälzischen Schulen verteilt werden soll oder nicht. Es geht vielmehr darum, ein Zeichen zu setzen, wie der Landtag von Rheinland-Pfalz zu den Verpflichtungen steht, die aus dem Warschauer Vertrag vom Dezember 1970 erwachsen sind.

(Beifall bei der SPD.)

Ich bitte alle diejenigen, die bereits zu einem Nein entschlossen sind, doch noch einmal zuzuhören und ihre Entscheidung noch einmal zu überdenken.

Übermorgen ist der 40. Jahrestag des deutschen Einmarsches in Polen, und ich hatte eigentlich erwartet, daß heute im Landtag daran erinnert wird. Aber betrachten Sie bitte unseren Antrag nicht als eine Art Blumengebinde, das wir hier im Parlament anläßlich dieses Tages ablegen und ein paar schöne Worte sagen, um uns dann wieder anderen Themen zuzuwenden. Betrachten Sie ihn als ernsthaftes Bemühen, alle Fraktionen dafür zu gewinnen, daß sie dem Kulturpolitischen Ausschuß den Auftrag erteilen, sich gründlich mit der Frage zu befassen, wie die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen in unserem Lande und in unseren Schulen angemessen berücksichtigt werden können. Verstehen wir uns recht: Es geht überhaupt nicht darum, hier den Lehrern vorzuschreiben, was sie in ihren Schulen im einzelnen unterrichten sollen.

(Weiß, CDU: Was denn sonst? – Geil, CDU: Das steht doch so in dem Antrag!)



(Dr. Götze)

Wer als Pole das, was hier Unterdrückung des polnischen Volkes genannt wird, am eigenen Leibe erfahren hat, der wird sich schwer tun, diese unterkühlte Darstellung des wirklichen Geschehens zu akzeptieren.

Und genauso geht es den Deutschen, die die Vertreibung nach 1945 am eigenen Leib erlebt haben, wenn sie nachlesen, was darüber in demselben unterkühlten Stil in dem vielumstrittenen Artikel 22 der Empfehlungen zu lesen ist. Dort wird gesagt, daß 1939 in Polen etwa 8,5 Millionen Deutsche lebten, von denen die Hälfte entweder evakuiert wurde oder aber – so steht es wörtlich – unter großen Verlusten noch vor Kriegsende in die deutschen Gebiete westlich von Oder und Neiße flüchtete. Der größte Teil – auch das ist wörtlich – der verbliebenen deutschen Bevölkerung wurde in den Jahren 1945 bis 1947 ausgewiesen bzw. zwangsumgesiedelt.

Es ist nicht Sache der Schulbuchempfehlungen zu vermitteln, was „Unterdrückung eines Volkes“ oder was „Zwangsumsiedlung“ für den Betroffenen bedeutet. Das können die Lehrer machen, und diese Freiheit haben sie auch. Es ist nicht die Schuld der Autoren dieser Schulbuchempfehlungen, daß das schreckliche Wort „Bevölkerungstransfer“ oder „Bevölkerungsverschiebung“ fällt; denn das ist ein Terminus technicus aus dem interalliierten Abkommen.

Die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen enthalten Kompromißformulierungen, wie fast alle Abkommen zwischen zwei Gruppen, die unterschiedliche Standpunkte vertreten. Das darf uns aber doch nicht den Blick dafür trüben, daß wir durch diese Schulbuchempfehlungen in der deutsch-polnischen Entspannungspolitik ein ganz wichtiges Stück weitergekommen sind. Lesen Sie einmal nach – am Georg-Eckert-Institut in Braunschweig gibt es genügend Material dazu –, welches Feindbild der Deutschen noch vor wenigen Jahren in den polnischen Schulbüchern zu finden war. Wenn Sie das mit dem vergleichen, was heute in den polnischen Schulbüchern steht, dann können Sie ermaßen, welcher Klimawechsel sich da vollzogen hat und sich noch weiter vollziehen wird. Das sollten wir doch unterstützen und nicht bremsen!

(Beifall bei der SPD.)

Viele haben das erkannt.

Unter denen, die die Bedeutung dieser Empfehlungen für die internationale Entspannung erkannt haben, war auch unser jetziger Ministerpräsident, damals Kultusminister von Rheinland-Pfalz. In seinem Brief vom 7. August 1972 an Georg Eckert, den Leiter der deutschen Kommission, heißt es – ich zitiere –:

Ich halte die von Ihnen ergriffene Initiative der Verständigung mit unserem polnischen Nachbarn für außerordentlich wertvoll. Ich begrüße diese Initiative um so mehr, als die von Ihnen zusammen mit polnischen Wissenschaftlern erarbeiteten Empfehlungen sich in der allgemeinen Tendenz und auch in vielen Einzelheiten mit den Ergebnissen der fachdidaktischen Arbeiten im Fach Geschichte in Rheinland-Pfalz decken. Den zweckmäßigsten und wirkungsvollsten Weg, Ihrem Wunsch entsprechend die Empfehlungen den Lehrern näherzubringen, sehe ich daher in der Einbeziehung dieser Empfehlungen in die entsprechenden Lehrpläne.

(Beifall bei der SPD.)

Diese eindeutige Zustimmung mochte seine Nachfolgerin im Amt nicht teilen. Vielleicht kann man die Tatsache, daß sie in Danzig geboren ist, als Erklärung für dieses Verhalten mit heranziehen.

(Unruhe und starker Widerspruch bei der CDU. – Dr. Volkert, CDU: Keine Unterstellungen! – Krempel, CDU: Sie sollten das Niveau nicht verlassen! – Ministerpräsident Dr. Vogel: So geht es nicht! So nicht, bitte! – Staatsministerin Frau Dr. Laurien: Das lasse ich mir nicht gefallen! – Weiterer Zuruf von der CDU: Pfui Teufel!)

– Nein, das war überhaupt nicht als Vorwurf gemeint. Ich meine nur, daß es verständlich ist, daß man dann mit größeren Schwierigkeiten an so etwas herangeht, wenn man hier selbst in seiner eigenen Familie davon betroffen ist.

(Geil, CDU: Man ist vielleicht viel aufgeschlossener! – Staatsministerin Frau Dr. Laurien: Worin besteht denn da der Unterschied? – Frau Dr. Herr-Beck, CDU: Was wahr ist, muß doch wahr bleiben! – Weitere Zurufe von der CDU.)

Inzwischen hatten sich nämlich die Vertriebenenverbände zu Wort gemeldet und von Bayern aus zum Widerstand gegen die Empfehlungen aufgerufen. Das hatte zur Folge, daß in den CDU- und CSU-regierten Ländern die Verteilung der Empfehlungen unterblieb. Schließlich – so hieß es – sei ja ein erster Entwurf der Empfehlungen einmal als Beilage der Wochenzeitung „Das Parlament“ erschienen; das sei Veröffentlichung genug.

Schleswig-Holstein ging noch einen Schritt weiter. Dort wurde statt der deutsch-polnischen Empfehlungen eine von drei deutschen Historikern kommentierte, ergänzte und veränderte Fassung der Empfehlungen – bekannt als Alternativ-Empfehlungen – an die Schulen verteilt. Meine Damen und Herren, ich kann so gut verstehen, daß all die, die sich um das Zustandekommen des Warschauer Vertrages und des Kulturabkommens bemüht haben, verzweifeln könnten, wenn der gemeinsam erzielte Fortschritt so leichtfertig aufs Spiel gesetzt wird. Da hat sich eine Kommission jahrelang um eine Darstellung der Vergangenheit bemüht, die auf beiden Seiten den Blick für Schuld und Unrecht öffnet, da fangen die Polen gerade an, unsere Beteuerung, nie wieder einen Anspruch auf polnisches Gebiet anzumelden, zu glauben, da setzen sich drei deutsche Wissenschaftler zusammen und machen wieder genau das, was überwunden werden sollte, nämlich die Darstellung der Geschichte aus nationaler Sicht. Schlimmer noch, da werden durch diese Alternativ-Empfehlungen alle Ängste der Polen wieder hochgepeitscht, weil in diesen Empfehlungen betont wird, bei dem Warschauer Vertrag handele es sich lediglich um einen Gewaltverzicht, keineswegs aber um eine Gebietsabtretung des in den Grenzen von 1937 fortbestehenden Deutschen Reiches.

Ich weiß nicht, ob das politische Instinktslosigkeit oder eine bewußte Sabotage der Friedensbemühungen der Bundesregierung ist. Auf jeden Fall haben diese Alternativ-Empfehlungen ein tiefes Loch in das so mühsam aufgebaute Vertrauen der polnischen Regierung und Bevölkerung gerissen. Diese empfindliche Reaktion der Polen uns gegenüber, wenn es darum geht, Abmachungen in die Tat umzusetzen, kommt ja nicht von ungefähr. Schließlich haben wir schon einmal einen deutsch-polnischen Friedensvertrag abgeschlossen, nämlich 1934. Auch damals war von Verständigung, Nichtangreifen und Freundschaft die Rede. Auch damals wurde eine deutsch-polnische Schulbuchkommission eingesetzt, die allerdings nur wenige Male tagte und deren Empfehlungen in den Wind geschrieben waren. Wer also den Polen Überempfindlichkeit vorwirft, der sollte sich darauf besinnen.

Ich bitte Sie also, den deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen in Rheinland-Pfalz das politische Gewicht zu verleihen, das ihnen zukommt, und den Kulturpolitischen Ausschuß zu beauftragen, sich mit unserem Antrag gründlich zu befassen. Sagen Sie nicht, der Staat könne keine Richtlinien für den Geschichtsunterricht herausgeben. Schließlich haben wir erst am 23. November 1978 Richtlinien über die Behandlung der deutschen Frage im Unterricht herausgegeben.

Sagen Sie nicht, bei uns in Rheinland-Pfalz sei sowieso alles in Ordnung und es gäbe da ein Gutachten von irgendeinem Lehrer, der herausgefunden habe, daß an unseren Schulbüchern gar nichts mehr zu verändern sei. So ein Gutachten kann doch nur dann ernst genommen werden, wenn auch ein polnischer Wissenschaftler daran beteiligt wird und wenn zumindest die Methode, die Stichprobe und die Ergebnisse der Öffentlichkeit – auch der Opposition – vorgelegt werden.

(Beifall bei der SPD.)

(Dr. Götze)

Sagen Sie auch nicht, die Empfehlungen seien deshalb untauglich, weil darin die Rolle der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg nicht klar genug herausgestellt wird.

Meine Damen und Herren, unsere Aufgabe ist es, zunächst einmal das deutsch-polnische Verhältnis in Ordnung zu bringen! Das polnisch-sowjetische Verhältnis können dann andere ordnen.

(Ministerpräsident Dr. Vogel: Die Wahrheit nur dort, wo es sein darf! Die Wahrheit nur halb! – Roker, CDU: Sie klammern aber Wesentliches aus! – Weitere Zurufe von der CDU.)

Kein Mensch hindert unsere Geschichtslehrer, über das deutsch-sowjetische Verhältnis zu berichten! Kein Mensch hindert unsere Geschichtslehrer, Ergänzungen anzubringen! Niemand hat gesagt, daß nur über das gesprochen werden dürfte, was in diesen Empfehlungen steht! Das haben auch die Empfehlungen selber nie so gemeint.

Sagen Sie also bitte „ja“ zur Entspannungspolitik der Bundesregierung. Sagen Sie nicht nur „ja“, sondern tragen Sie auch selbst etwas dazu bei. Und darum geht es doch. Daran wird man Sie messen. Und daran mißt uns auch das Ausland. Die vielen Beteuerungen: Wir sind auch dafür –, die nützen doch gar nichts, wenn nicht dann tatsächlich auch etwas in die Tat umgesetzt wird. Nur das zählt. Und darauf warten die Polen mit Recht. Heute hätten Sie dazu eine Gelegenheit. Ich danke Ihnen!

(Beifall der SPD.)

Vizepräsident Dr. Eicher:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Herr-Beck.

Abg. Frau Dr. Herr-Beck, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Götze, „ja“ zur Entspannungspolitik haben wir längst gesagt. Ich bedaure, daß Sie das nicht gehört haben.

(Beifall der CDU.)

Im übrigen meine ich, wenn man ein so ernstes Thema wählt, was niemandem untersagt ist, dann sollte man auch Sprache und Inhalt seiner Rede diesem Ernst des Themas anpassen.

(Beifall der CDU.)

Und ich meine, das setzt voraus, daß man die Achtung, die man gegenüber einem anderen Volk hier in diesem Hause präsentieren und diesem dazutun will, in erster Linie auch seinem eigenen Volk und diesem Hause entgegenbringt, und daß man nicht gegen eine so integre Persönlichkeit wie die Frau Kultusminister den Vorwurf erhebt, sie sei einseitig in ihrer Darstellung, weil ihre Heimat Danzig ist.

(Starker Beifall der CDU.)

Dies ist ein Stil, den wir in diesem Hause nicht pflegen wollen und nicht pflegen sollten.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut! – Beifall der CDU.)

Meine Fraktion begrüßt das Zustandekommen und die Arbeit der deutsch-polnischen Schulbuchkommission. Sie ist ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur Versöhnung und zu einer dauerhaften, dem Frieden verpflichteten nachbarlichen Beziehung zwischen beiden Völkern.

(Beifall der CDU.)

Das Ergebnis dieser bedeutsamen, wichtigen und unsere volle Anerkennung verdienenden Bemühungen wird allerdings nicht dadurch wertvoller, daß wir es überbewerten. Im Gegenteil. Hier hilft nur eine nüchterne Einschätzung der rechtlichen und wissenschaftlichen Qualität der Verhandlungen und dessen, was dort erreicht wurde. Das Ergebnis der Verhandlungen, meine Damen und Herren, waren Empfehlungen. Empfehlungen sind bekanntlich keine Rechtsvorschriften. Sie sind auch kein völkerrechtlicher Vertrag. Dazu wäre auch die Kommission gar nicht legitimiert gewesen. In der Bundesrepublik Deutschland haben die Kulturhoheit die deutschen Bundesländer. Mit diesem Recht haben sie aber auch zugleich – und das ist in diesem Zusammenhang ganz besonders wichtig – die volle Verantwortung für alles, was an Lerninhalten in unseren Schulen der jungen Generation angeboten wird.

Die Kommission hat hier mit Sicherheit eine Reihe wichtiger Anregungen gegeben. Sie hat zur Klärung wichtiger historischer Fakten beigetragen, und dafür verdient sie unseren Dank. Zum Beispiel hat sie – und dies hat Frau Götze zu Recht erwähnt – bewirkt, daß die Polen heute unterscheiden zwischen Hitlerfaschisten und Deutschen. Sie hat auch zuwege gebracht, daß Polen die ursprüngliche Besiedelung Polens nicht mehr als eine Rückkehr der Slawen in ein uraltes Piastenland ansieht, und sie hat – und dies finde ich auch wichtig – erfreulicherweise anerkannt den großen Anteil, den Vertriebene am Wiederaufbau dieser Bundesrepublik Deutschland gehabt haben.

Die Kommission hat deutscherseits zum größeren Verständnis unseres Volkes für das leidvolle Schicksal der polnischen Nation zwischen Ost und West, zwischen Rußland und Deutschland in der Geschichte beigetragen. Sie hat begonnen, Hypotheken beiderseits abzutragen, die zwischen Deutschland und Polen im 19. und 20. Jahrhundert das gegenseitige Verhältnis belasteten, so wie im Westen der jahrhundertalte Streit mit dem „Erbfeind“ Frankreich. Hierbei, meine Damen und Herren, wird jedoch zugleich deutlich, unter wie vielen schwierigen Umständen die Verhandlungen geführt wurden und auf einem wieviel differenzierteren Hintergrund das erzielte Ergebnis steht.

Die Verhandlungen waren belastet durch die Unterschiede der auf der einen Seite verhandelnden pluralistisch-demokratischen Gruppe und auf der anderen Seite den Vertretern eines ideologisch bestimmten und regierten Systems. Sie waren auch belastet durch die jüngste Geschichte, durch die gegenseitigen Vernichtungs- und Vertreibungsaktionen der beteiligten Völker in der jüngsten Geschichte. Frau Götze hat zutreffend hier hervorgehoben, was das deutsche Volk dem polnischen zu Beginn des Krieges zugefügt hat. Sie hat allerdings nicht erwähnt, was umgekehrt das polnische Volk den Deutschen drüben zugefügt hat.

Versöhnung und Frieden ist das Ziel der nachbarstaatlichen Politik gegenüber Polen, wie sie gegenüber Frankreich im Westen inzwischen zu einem so großen und, wie wir alle hoffen und glauben, dauerhaften Erfolg geführt hat. Diesem Ziel diene auch die Arbeit der Kommission. Versöhnung und dauerhafter Frieden aber können niemals auf historischer Unwahrheit und auf Geschichtsklitterung aufgebaut werden.

(Beifall der CDU.)

Die Geschichte hat uns gelehrt, daß unwahre Darstellung historischer Tatsachen von den nachfolgenden Generationen mit ungeheurer Emotion nicht nur ins Gegenteil verkehrt, sondern oft mit Gewaltlösungen beantwortet wird. Gerade der Hinweis der Antragsteller auf rechtsradikale Tendenzen mahnt uns zu äußerster Vorsicht und größter Nüchternheit auf diesem Gebiet. Eine falsche Darstellung der Geschichte wäre für radikale Kräfte der ausgezeichnete Nährboden für ihr Wirken, umgeben noch mit dem Anschein des Rechtes.

(Beifall der CDU.)

(Dr. Herr-Beck)

Je wahrhaftiger unsere historische Aussage, desto geringer der Zündstoff und desto gesicherter unser Friedensstandpunkt.

(Beifall der CDU.)

Gerade wenn man im Zusammenhang mit dem Warschauer Vertrag von der Notwendigkeit einer Friedenspädagogik, wie Jacobsen sie fordert, spricht, wäre es falsch, ohne Rücksicht auf die geschichtliche Wahrheit alle Empfehlungen der Kommission einfach zu übernehmen. Wir wollen dem Frieden sehr viel gründlicher dienen. Anders zu handeln, hieße doch gerade, den Fehler zu machen, den wir den ideologischen Erziehungssystemen vorwerfen, in denen das Endziel den Weg heiligt, die die Wahrheit unterdrücken, um eine bestimmte Menschenform heranzubilden und ein bestimmtes politisches Ziel zu erreichen. Wahrheit ist für uns nicht eine Frage der Opportunität. Und dies muß ich sagen, Frau Götte. Es klingt in Ihrer Rede so, als müßten wir nun insbesondere das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen in der Geschichte unter Ausklammerung des Beitrages von Rußland der jungen Generation darstellen, weil dies aus Gründen des Friedens augenblicklich erforderlich sei.

Dies gibt keinen Frieden, dies wird kein Friede. Wer Geschichte wirklich begriffen hat, der weiß das. Gerade in diesem Punkt wird der Unterschied zwischen demokratischer und ideologisch-diktatorischer Denkweise deutlich.

Meine Damen und Herren, ich habe in meiner Schulzeit beides erlebt. Ich bin schon in die Schule gegangen unter dem nationalsozialistischen System, und ich bin noch in die Schule gegangen unter dem freiheitlich-demokratischen. Wir haben – deshalb sage ich das so sehr auch aus eigener Erfahrung und eigenem Erleben – Verantwortung gegenüber der jungen Generation. Diese junge Generation hat einen Anspruch gegen uns auf die Darstellung unseres geschichtlichen Wissens, und sie hat einen Anspruch auf die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU.)

Wenn wir junge Menschen zu wissenschaftlichem Arbeiten erziehen und hinbilden wollen, dann geht auch dies nur auf der Basis der Wahrheit. Daneben und darüber hinaus sind Versöhnung, Vergebung, Toleranz Erziehungsziele, aber sie alle können nur auf der Wahrheit basieren. So wollen wir Haß beseitigen, gegenseitige Verständigung, Achtung und Frieden aufbauen.

Namhafte Fachwissenschaftler haben gegen die Wahrheit dieser Empfehlungen in einigen Punkten erhebliche Einwände gemacht –, Einwände, die sich teils auf den historischen Teil beziehen und teils auf den zeitgeschichtlichen. Ich greife nur einige Beispiele heraus. Es würde die Zeit nicht reichen, um die ganzen Schulbuchempfehlungen daraufhin genauestens durchzusprechen.

Die Ureinwohner des heutigen Polen waren nicht Slawen, sondern die Slawen waren Zuwanderer wie vor ihnen die Ostgermanen und nach ihnen die Deutschen. In der Darstellung der deutsch-polnischen Beziehungen sind zum Beispiel die Kulturtaten der Deutschen Hanse überhaupt nicht erwähnt. Es sind auch nicht die unsere Kultur prägenden deutschen, schlesischen Schriftsteller, Dichter der Barockzeit erwähnt: Die Namen wie Opitz, Gryphius, Hofmannswaldau, Logau, Böhme, Angelus Silesius kommen überhaupt nicht vor. Copernicus ist als Urpole dargestellt, obgleich er nur deutsch sprach und obgleich er von seinem geliebten „Vaterland Preußen“ sprach, was allerdings nicht dem Preußischen im Sinne des vergangenen Jahrhunderts entspricht, womit aber auf keinen Fall Polen gemeint war. Er war preußischer Patriot.

Bei den polnischen Teilungen zu Ende des 18. Jahrhunderts ist nur die deutsche Rolle erwähnt, nicht aber die russische, die so erheblich war, daß nach dem Wiener Kongreß 82 Prozent des früheren Polens russisch waren, 10 Prozent österreichisch und 8 Prozent preußisch.

Ebenso wenig ist die Rolle Sowjetrußlands gegenüber Polen dargelegt, weder in der Zeit nach 1945 mit der Annexion Gesamtostpo-

lens noch beim Überfall 1939 mit dem Geheimvertrag zwischen Hitler und Stalin über eine vierte Teilung Polens.

Im zeitgeschichtlichen Teil ist für uns unannehmbar, von „Bevölkerungsverschiebung“ zu sprechen angesichts der Vertreibung und des durchlittenen Schicksals von 8,5 Millionen Deutschen.

(Beifall bei der CDU.)

Ebenso wenig ist für uns annehmbar die Formulierung – ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten aus der Ziffer 22 der Empfehlungen –: „In der Folgezeit fanden noch einzelne Übersiedlungen und individuelle Ausreisen im Rahmen der Familienzusammenführung unter anderem in den Jahren 1956/57 statt.“ – Dies ist eine unzulässige Verniedlichung bei 460 000 Aussiedlern in der Zeit von 1950 bis 1970.

Es ist ganz offensichtlich, daß die polnische Seite durch politische Rücksichten bei diesen Verhandlungen gehemmt war. Dies ist bei einem straff ideologisch ausgerichteten Staatswesen auch nicht verwunderlich. Wenn wir das auch gerade deshalb begreifen, weil wir es aus unseren eigenen geschichtlichen Erfahrungen heraus kennen, dann dürfen doch gerade wir, die wir in einem freien Staatswesen leben, uns dem nicht anschließen.

Wie verschieden die Ausgangspunkte zwischen Deutschland und Polen in diesem Zusammenhang sind, ist uns deutlich geworden bei einem Gespräch, das Herr Geil, Herr Martin und ich im Rahmen eines Polenbesuchs in Warschau führten. Die Vorstellung, daß in der Bundesrepublik wie in Polen eine bestimmte wissenschaftliche Erkenntnis einfach von der Bundesregierung für alle verbindlich angeordnet werden könne, zeigt, wie meilenweit die Entfernung zwischen Polen und Deutschland hier ist. Bei uns werden wissenschaftliche Erkenntnisse – ich zitiere aus der Antwort der Frau Kultusminister auf eine Kleine Anfrage – angeboten, aber sie werden nicht angeordnet.

Wir haben sowohl dieses Faktum als auch unseren Standpunkt in einigen Einzelfragen, zum Beispiel der Frage der Vertreibung, mit freundlicher Klarheit in diesem Gespräch vertreten, bei aller Betonung unseres Willens, beide Völker, Deutsche und Polen, insbesondere die Jugend, einander näherzubringen und wie mit Frankreich einen dauerhaften Frieden und eine Freundschaft zwischen beiden zu begründen. Wir hatten den Eindruck, daß uns diese Haltung durchaus Achtung und auch Verständnis einbrachte. Wir sollten uns nicht scheuen, Trennendes auch Trennendes zu nennen und bereit sein, gegenseitig Vergebung zu empfangen. Das ist sicher ein ehrlicher und deshalb dauerhafterer Frieden, der auf der Wahrheit beruht.

(Beifall der CDU.)

Niemand will, wie es im Antrag heißt, „selbstgerechte und nationalistische Darstellung“ der Ereignisse. Nur, meine Damen und Herren, erscheint die kritiklose Übernahme aller Punkte der Empfehlung nicht die Alternative, sondern im Gegenteil neue Einseitigkeit zu sein. Meine Damen und Herren, ich muß Sie fragen: Welches Mißtrauen und welche Unterstellung gegenüber den Lehrern in unserem Land spricht aus dieser Formulierung? –

(Geil, CDU; Sehr richtig! – Beifall bei der CDU.)

Ich kenne kein einziges Beispiel, weder aus einem Schulbuch noch aus einem Schulunterricht, in dem ein Lehrer selbstgerechte und nationalistische Darstellung der Ereignisse zwischen Polen und Deutschland gegeben hätte.

(Frau Dr. Götte, SPD: Bei den Schülern, war gemeint!)

– Das verstehe ich nicht, Frau Götte, Sie wollten es doch an die Lehrer verteilen und nicht an die Schüler. Das verstehe ich nicht.

(Dr. Herr-Beck)

Die Formulierung „berücksichtigen“, zu der sich Deutschland in dem Kulturabkommen verpflichtet hat, bedeutet, in die Überlegungen und Auseinandersetzungen mit dem Problem einbeziehen; es bedeutet nicht wörtliche Übernahme.

Neben der Grenze der Wahrheit gibt es für uns aber auch noch die Grenze unseres Verfassungsrechtes für die Darstellung des Geschehens zwischen Deutschland und Polen.

Mit der geleisteten Unterschrift unter den Warschauer Vertrag hat die Bundesrepublik anerkannt, daß sie sich mit den Grenzen von 1945 definitiv abgefunden hat, ohne, meine Damen und Herren, dabei das Recht auf Selbstbestimmung der Deutschen aufzugeben oder etwa ein gesamtdeutsches Völkerrechtssubjekt zu binden.

Alle Parteien des Deutschen Bundestags haben in einer gemeinsamen Resolution am 17. Mai 1972 festgestellt, daß die Verträge eine friedensvertragliche Regelung für Deutschland nicht vorwegnehmen und keine Rechtsgrundlage für die heute bestehenden Grenzen schaffen. Dies allein steht in Übereinstimmung mit dem Auftrag des Grundgesetzes, wie er in der Präambel niedergelegt ist, und mit der Auffassung des Bundesverfassungsgerichts über unsere Rechtsgrundlage.

Diese rechtlichen Gesichtspunkte sind für uns bindend.

Die Kommission hat sich mit Schulbüchern befaßt und Empfehlungen für die Darstellung insoweit gegeben. Die Empfehlungen waren zunächst einmal gar nicht gedacht für alle Lehrer, sondern für Schulbuchkommissionen, die Schulbücher zulassen, für fachdidaktische Kommissionen. Diese haben in unserem Land die Empfehlungen.

Rheinland-Pfalz hat darüber hinaus eine eigene Untersuchung eingeleitet über die Berücksichtigung des Inhalts der Empfehlungen in den in unserem Land zugelassenen Schulbüchern. Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, daß die Frage, ob die Darstellung in unseren Schulbüchern den Anforderungen der Empfehlungen genügt, grundsätzlich zu bejahen ist.

Interessant ist, daß auch der hessische Kultusminister Krollmann mit uns völlig einig ist, indem er formuliert, daß es sich bei den Empfehlungen nicht um eine „amtliche Sprachregelung“, sondern um, wie er sagt, „Material“ und um Hinweise auf Problemstellungen handelt. Er sieht die deutsch-polnische Schulbuchkonferenz in der Nachfolge der früheren deutsch-französischen Schulbuchgespräche – und dies ist genau der richtige Ort –, und er erklärt, daß die Empfehlungen nicht unkritisch übernommen werden dürften.

Die deutsch-polnischen Gespräche sollten weitergeführt werden; denn sie tragen zum weiteren Abbau geschichtlich bedingten Mißtrauens zwischen Polen und Deutschen bei. Sie führen zu einem Überblick über gemeinsam getragene Positionen in der Geschichte der Beziehungen zwischen Polen und Deutschland. Sie fördern das gegenseitige Verständnis auch da und gerade da, wo etwa gegenteilige Auffassungen zunächst bestehenbleiben, und damit dienen sie Frieden und Freundschaft zwischen beiden Völkern. Wir wollen auf dem Weg der Verständigung der Völker fortfahren. Unrichtige historische Fakten können und dürfen wir der jungen Generation nicht vermitteln. Die CDU-Fraktion wird deshalb den Antrag ablehnen.

(Anhaltender starker Beifall der CDU.)

Vizepräsident Dr. Eicher:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Danz.

Abg. Dr. Danz, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst meine Kollegin Dr. Götte in Schutz nehmen, die hier ein sehr wichti-

ges politisches Problem mit großem Ernst vorgetragen hat und der man aus einem kleinen Nebensatz hier keinen Strick drehen sollte.

(Beifall bei der SPD.)

Aber, Frau Kollegin Dr. Herr-Beck, auch was Ihren beachtlichen Vortrag betrifft, der uns sicher alle zum Nachdenken auffordert, glaube ich, daß er den richtigen Rahmen abgibt, dieses Thema hier miteinander zu besprechen und zu debattieren.

(Beifall der F.D.P. und bei der CDU.)

Die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen sind meines Erachtens in eine politische Auseinandersetzung geraten, die sie im Grunde nicht verdienen. Es war sicherlich auch nicht die Absicht der Autoren – der Wissenschaftler, der Sachverständigen, der Mitglieder der beiden Kommissionen –, die ganz zweifellos einen Beitrag zur Verständigung der beiden Nachbarvölker angehen wollten, hier alte Wunden aufzureißen – auf der einen wie auf der anderen Seite.

Daß bei diesen Schulbuchempfehlungen nicht mehr herausgekommen ist, was die gemeinsame Geschichtsbetrachtung beider Völker betrifft, das hat etwas mit der langen und eben leider oft sehr strittigen Vergangenheit dieser beiden Nachbarvölker zu tun. Ich glaube, wir dürfen die Schulbuchempfehlungen überhaupt nur betrachten als einen Abriß von Konsensen, die erreicht worden sind; wobei hier ganz offen zugegeben werden muß, daß Dissensen übriggeblieben sind, und nur so können wir, glaube ich, das auch als Empfehlung mitnehmen.

Frau Dr. Herr-Beck, was Sie hinsichtlich der Geraderückung gewisser geschichtlicher Tatsachen hier vorgetragen haben, kann ich nur hundertprozentig unterstützen. Trotzdem möchte ich jetzt nicht so hart die Initiative der SPD ablehnen, diesen Antrag etwa durch Ablehnung einfach vom Tische zu nehmen.

Zunächst müssen wir aber feststellen: Es gibt gar keinen Zweifel, daß das, was diese Kommission erarbeitet hat, nur eine Empfehlung sein konnte – es heißt ja im Wortlaut schon „Empfehlung“ –, keineswegs verbindlich sein könnte. Das hat auch die Bundesregierung ganz offen gesagt. Deswegen hat sie in Artikel 4 des Kulturabkommens auch nur sehr vage formuliert, sich dafür einzusetzen, daß die Schulbuchempfehlungen berücksichtigt werden, und ausschließlich auf die Länderzuständigkeit in der Entscheidung über diese Fragen hingewiesen. Ich glaube, wir wären ganz falsch beraten, wenn wir jetzt von irgendeiner Seite fordern würden, nun Wort für Wort, jetzt von irgendeiner Seite Richtlinien, unseren didaktischen Kommissionen praktisch vorzuschreiben, was in die Schulbücher aufzunehmen sei, oder gar den Lehrern vorzuschreiben, wie sie im Unterricht das deutsch-polnische Problem behandeln müssen.

Diese Empfehlungen können nur eine Hilfe sein, zur Versöhnung, zur Verständigung, zum Frieden zwischen den beiden Völkern beizutragen. Alles, was da ausgeklammert ist, weil kein Konsens erreicht werden konnte, muß selbstverständlich gebracht werden. Hier ist ja keine neue deutsch-polnische Geschichte geschrieben worden, sondern hier ist zwischen zwei Völkern, die den wirklichen Wunsch haben, in Zukunft besser nachbarlich zusammenzuleben, der Versuch eines Kompromisses gemacht worden.

Bei gewissen Formulierungen, die da gefunden worden sind, dürfen wir, glaube ich, nicht übersehen, daß ja auch auf der anderen Seite sehr vieles uns gegenüber abgebaut werden mußte. Hier ist mit Recht auf die Zeit des Krieges auf der einen Seite und dann auf die Nachkriegszeit hingewiesen worden. Ich finde, wenn wir an einer Verständigung wirklich interessiert sind, dann muß uns auch daran gelegen sein, daß das Feindbild, das in der polnischen Bevölkerung uns gegenüber bestand, ebenso abgebaut wird durch eine Revision von deren Schulbüchern.

Deshalb wollte ich jetzt doch einmal folgendes zu überlegen geben, wobei ich offen vorausschicke, meine Kolleginnen und Kollegen von

(Dr. Danz)

der SPD: In dieser ultimativen Form, wie Sie hier Forderungen erheben, ist die F.D.P. nicht in der Lage, das zu unterstützen. Aber, Frau Dr. Götte, Sie hatten ja gleich am Anfang, wenn ich das richtig mitbekommen habe, eine Bemerkung gemacht, ob es nicht möglich sei, in dem zuständigen Ausschuss einmal gemeinsam Betrachtungen anzustellen, wie wir, ohne Geschichtsklitterung vorzunehmen, ohne historische Wahrheit umzubiegen, auf der Grundlage dieser Schulbuchempfehlungen gewisse Empfehlungen ausgeben können.

Wenn wir uns darauf einigen könnten – ich glaube, das wäre für alle lohnenswert –, dann würden wir hier sicherlich auch als rheinland-pfälzischer Landtag einen Schritt in die von uns allen ja offenbar gewünschte Richtung der Aussöhnung, der Entspannung, der Verständigung und des Friedens tun. Nur so, wie es hier in dem Antrag steht, daß da Schulbücher rausgeschmissen oder Schulbücher geändert werden müssen aufgrund des Wortlautes dieser Schulbuchempfehlungen, das halte ich für ganz ausgeschlossen. Hier möchte ich Frau Dr. Herr-Beck noch einmal recht geben. Das halte ich auch nicht für gut im Sinne einer dauerhaften Verständigung.

(Beifall der F.D.P. und bei der CDU.)

Man sollte wirklich in dem Bemühen, uns untereinander ganz klar die Wahrheit zu sagen, eine neue Brücke bauen, auf der man in Zukunft zusammenleben kann und nicht indem wir das eine oder andere unter den Tisch kehren, um dann, wenn es wieder mal zu einem Disput kommt, es wieder aus der Schublade herauszuholen. Damit ist uns in der Tat nicht geholfen. Aber ich glaube, es wäre schon bedenkenswert, im Ausschuss darüber zu sprechen. Und wenn wir uns dann einigen könnten, daß das jetzt keine Richtlinien oder Thesen sind, die übernommen werden müssen, sondern daß man auf der Grundlage dieser Konsense untersucht, was man den didaktischen Kommissionen an die Hand gibt, damit sie das dann nachher in Lehrpläne einarbeiten und dann die Schulbuchautoren sich entsprechend verhalten, dann würden wir hier einen wirklichen, vernünftigen Friedensbeitrag leisten.

Deswegen beantrage ich – ich hoffe im Sinne des Antragstellers – die Überweisung dieses Antrags in den Kulturpolitischen Ausschuss.

(Beifall der F.D.P. und bei der CDU.)

Vizepräsident Dr. Eicher:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Klein.

Abg. Klein, SPD:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst ausdrücklich hier vor dem Plenum zustimmen, daß wir damit einverstanden sind, daß der Antrag in den zuständigen Ausschuss überwiesen wird und daß sicherlich auch die heute hier gehörten Debattenbeiträge mit dazu beitragen können, Lösungen anzustreben. Dafür stehe ich hier, darum zu ringen.

Aber ich beginne auch mit einer Bemerkung, die Sie, verehrter Herr Kollege Dr. Danz – ich bin Ihnen dafür sehr dankbar – gemacht haben, daß nämlich die Bemerkung meiner Kollegin Frau Dr. Götte nicht so, wie dies offensichtlich verstanden wurde, hier im Raume stehenbleiben darf und soll. Sie wird sich nachher nach unserer Geschäftsordnung zu einer persönlichen Erklärung hier melden. Ich sage jetzt für die SPD-Fraktion: Frau Laurien ist Kultusminister einer frei gewählten demokratischen Regierung. Wir haben andere politische Standpunkte. Das ist in einer pluralistischen Gesellschaft die Normalität. In der Demokratie gibt es viele Möglichkeiten der Auseinandersetzung. Wir nutzen sie ja auch hier. Die Bemerkung, verehrte Frau Kollegin Laurien, war kein persönlicher Vorwurf und keine Unterstellung. Das ist auch die Auffassung der Fraktion, keine Einseitigkeit aus der Tatsache herzuleiten, daß Danzig Ihre Geburtsstadt ist. Nehmen Sie mit Respekt diese Bemerkung der

SPD-Fraktion entgegen, wohl wissend, daß Sie Ihren Auftrag nach unserer Verfassung erfüllen.

(Beifall des Hauses.)

Meine Damen und Herren, das ist ein schwieriges Thema, das wir heute zu besprechen haben. Und es ist sicherlich für jeden, der der Kriegsgeneration angehört, völlig klar, daß man an dem Tag der 40jährigen Wiederkehr des Beginns des unheilvollen Krieges nicht vorbegehen kann und daß man daran denkt. Viele Völker haben Millionen von Toten und Kriegsversehrten zu beklagen. Auch das deutsche Volk hat die Verbrechen des Nationalsozialismus mit Millionen Opfern und dazu mit der Teilung unseres Vaterlandes bezahlt. In den vergangenen 30 Jahren konnten wir in der Bundesrepublik manche Hypothek abtragen, mühsam, leider nicht ohne Anfeindungen. Klar muß jedoch sein, daß keine Wiedergutmachung wirklich wiedergutmachen kann, was im deutschen Namen an den Millionen von Menschen verübt worden ist. Und hätte es nicht die Großmut der geschundenen Völker und ihr Verzeihen gegeben für das deutsche Volk, hätte kein Neuanfang stattgefunden. Gerade wenn es um Polen geht, müssen wir uns darüber im klaren sein, daß es eben einmal Ziel deutscher Politik war, den polnischen Staat zu zerstören, das polnische Volk zu versklaven und seine Kultur und sein geschichtliches Bewußtsein auszumerzen. Erinnerungen fallen einem ein, ich will sie hier gar nicht nennen.

Aber ich will keine Emotionen wecken, sondern an den letzten Akt des Unrechts an dem polnischen Volk erinnern, den wir Deutsche begangen haben. Meine Damen und Herren, eine Reduktion des Geschichtsbewußtseins, eine Interessiert-mich-nicht- und Geht-mich-nichts-an-Haltung muß im Hinblick auf die immer noch bestehende fortwährende Hypothek der Väter und Großväter abgelehnt werden. Auch ich gehöre dazu, ganz persönlich. Und die junge Generation kann die geschichtliche Dimension der Wirklichkeit nur dann erschließen und sie nur dann vergegenwärtigen, wenn es uns, den Lehrern und den Eltern gelingt, Geschichtsbewußtsein zu wecken und zu vertiefen. Kritische Reflexion auf die eigene Vergangenheit des deutschen Volkes muß anstelle möglicher Ressentiments, die aus der Geschichte und der Beschäftigung mit ihr resultieren, treten. Geschichte muß aber auch Voraussetzungen dafür schaffen, nicht nur die eigene Geschichte, sondern die Geschichte und Entwicklung anderer Nationen mit einzubeziehen und die Sensibilität für ihr Schicksal, ihre Eigenarten und ihre Probleme wecken. Primär gilt dies natürlich für die europäischen Nachbarvölker, unter denen besonders wieder für die Polen, mit denen uns eine lange europäische Geschichte verbindet.

Meine Damen und Herren, die Empfehlungen der gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission für Schulbücher, Geschichte und Geographie in der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen sind meiner Einschätzung nach eine mehr als bedeutsame Arbeit. So ist ihr ungewöhnlich großes und auch anhaltendes Interesse in der Bundesrepublik, aber auch in der Volksrepublik Polen, mehr als verständlich. Das ist gut so. Ich danke allen für die Mühe, die dabei mitgewirkt haben, hier und in Polen. Ich weiß natürlich, daß die gemeinsame Erarbeitung von Empfehlungen ein mehr als mühsames und zeitaufwendiges, aufregendes, notwendiges und schließlich auch ein lohnendes Unterfangen ist. Schließlich mußten und müssen wir alle lernen, die Geschichte der Beziehungen zwischen beiden Völkern immer auch wieder mit den Augen der anderen Seite zu sehen. Das ist schwer, aber die einzige Möglichkeit, zu einem tragbaren Ergebnis zu kommen.

Meine Damen und Herren, daß die Empfehlungen auch Kritik erfahren würden, konnte keinen überraschen. Zum einen liegt es ja ohnehin im Wesen wissenschaftlicher Arbeit, daß die Kritik an oberster Stelle stehen sollte.

Zum anderen bietet natürlich der Umstand, daß nach den langen und leidvollen Beziehungen zwischen den beiden Völkern Historiker und Geographen sich an einen Tisch setzen und ein Gemeinschaftswerk vorlegen, genügend Anlaß zu einer kasuistischen Kritik.

(Klein)

Nicht verkannt werden darf bei der Beurteilung dieses schwierigen Komplexes, daß es kaum eine vergleichbare Anstrengung und kaum vergleichbare Ergebnisse gibt, die erkennen lassen, wie geschlossene Verträge zwischen zwei Staaten ernstgenommen und ausgefüllt werden können. Ich möchte in diesem Zusammenhang an Artikel III des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vom 7. Dezember 1970 erinnern. Hierin heißt es: Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen werden weitere Schritte zur vollen Normalisierung und umfassenden Entwicklung ihrer gegenseitigen Beziehungen unternehmen, deren feste Grundlage dieser Vertrag bildet. – Der in diesen wenigen Worten steckende gewaltige Auftrag, meine Damen und Herren, will ernstgenommen werden, und beide Vertragsparteien sind Verpflichtungen eingegangen, zu deren Lösung umfassende Überlegungen angestellt werden. Wenn die Polen aufgrund ihrer Geschichte empfindlich sind, so liegt dies u. a. auch darin begründet, daß es Verträge gibt, die gebrochen wurden.

Solche konkreten Handlungsanweisungen sind eigentlich die Ausnahme in internationalen Verträgen. Sehr oft sind die Vertragsparteien erfreut, wenn Verträge gebührend gewürdigt werden, und bereit, diese zu verwahren und somit oft vertrocknen zu lassen. Eine der vielen Möglichkeiten, die beiderseitigen Beziehungen zu normalisieren, liegt in den deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen vor. Diese sind nach meiner Auffassung und nach der Auffassung meiner Fraktion ein einmaliges Angebot und umfassender Ausdruck des Willens zur Versöhnung. Die Anstrengungen, welche durch Historiker und Geographen unternommen wurden, sollten wir der jungen Generation nutzbar machen.

Selbstverständlich ist es richtig, daß die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesregierung, Partner des Warschauer Vertrages ist. Für die Schulen hingegen ist die Bundesregierung nicht zuständig, hier sind die Länder gefordert. Sich allerdings hinter diesen förmlichen Verantwortlichkeiten zu verschanzten, kann nur dazu führen, unheilvolle Emotionen heraufzubeschwören. Ich will nicht dem Versuch erliegen, auf eine förmliche Ausrede mit einer förmlichen Frage zu antworten, ob denn nicht die feststehende Verpflichtung der Länder zur Bundestreue eben diesen Ländern rechtlich zwingend auferlegt, daran mitzuwirken, daß die Bundesrepublik Deutschland ihre Vertragsverpflichtungen erfüllen kann.

Wie gesagt, mir geht es nicht um förmliche Fragen und um rechtliche Standpunkte. Es geht mir allein darum, wie ernst, ausgeprägt und geduldig die in der Bundesrepublik Verantwortung tragenden Politiker die eingegangene Verpflichtung nehmen, an der Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen überall da mitzuwirken, wo eine Möglichkeit für sie besteht. Es geht mir nicht um einen Effekt, sondern um die Ernsthaftigkeit der Prüfung, wie der Prozeß der Umsetzung der Empfehlungen in den Schulunterricht vorangebracht werden kann.

Meine Damen und Herren, die wissenschaftliche Substanz der Aussagen der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen ist nicht durch parlamentarische Mehrheitsentscheidungen zu widerlegen. Die Überzeugungskraft solcher Empfehlungen ist nicht in parlamentarischer Mehrheitsentscheidung begründet, sondern in historischer Wahrheit, deren Ziel es ist, eben auch die andere Seite über den kurzfristigen und kurzfristigen Streit hinweg zu hören.

Historische Wahrheit, meine Damen und Herren, so wie es hier gesagt worden ist, ist das eigentlich so etwas Absolutes? Gibt es nicht eigentlich immer nur eine Annäherung an die Wahrheit? Wird Geschichte nicht immer neu geschrieben? Das ist nicht von mir, was ich jetzt hier sage, sondern ich zitiere Carr, den konservativen englischen Historiker. Darüber müssen wir in aller Ruhe nachdenken, wenn wir im Ausschuss hierüber reden.

Es gibt Ansätze der Umsetzung. Die Empfehlungen könnten einen festen Platz in der Lehrerausbildung und in der Lehrerfortbildung erhalten. Ferner könnten Konferenzen der Fachlehrer an den Schulen eingerichtet werden, und über die Lehrpläne ließen sich Wege finden, die Empfehlungen in die Arbeit an den Schulen einzuführen.

Ungeeignet erscheint hingegen der Weg, den wir hier in Rheinland-Pfalz und den unser Kultusministerium mit dem Lehrplan zum Fach „Geschichte“ für die Sekundarstufe I beschritten hat.

Meine Damen und Herren, auch wenn keine Einigung zwischen den Kultusministern der Bundesrepublik zustande kam, so ist das kein Anlaß, das Thema einfach beiseite zu legen. Jeder ist hier gefordert. Ich fühle mich persönlich gefordert, und niemand auf der Welt kann mir diese Verantwortung nehmen. Es reicht nicht aus, wenn Politiker der CDU/CSU gelegentlich betonen, sie würden selbstverständlich geschlossene Verträge einhalten, und dies besonders im Hinblick auf den deutsch-polnischen Vertrag. Glaubwürdig werden solche Aussagen erst, wenn Worte durch Handlungen bekräftigt werden. Daran werden wir gemessen!

(Beifall der SPD.)

Meine Damen und Herren, nicht dem Dirigismus hinsichtlich der Schulbücher wollen wir das Wort reden. Wir wissen, daß Schulbücher von freien Verlegern herausgebracht werden; diese wählen die Autoren aus und bestimmen, wen sie für geeignet halten. Im Endeffekt bieten sie den Schulverwaltungen ihre Bücher an. Ich vermute in diesen Tagen nicht die Auffassung, die ein CSU-Abgeordneter, wie ich in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung nachlesen konnte, vertreten hat. So sehr „Archipel Gulag“ ein lesenswertes Buch ist, daraus aber die Folgerung zu ziehen, dies als Pflichtlektüre einzuführen, wie ich gelesen habe – ich muß mich hier auf die Zeitung beziehen –, ist natürlich auch ein Problem, wenn wir darüber diskutieren.

(Geil, CDU: Genau das gleiche wie hier! – Wilhelm, CDU: Es muß ausgewogen gelesen werden!)

Im Endeffekt werden die Bücher, wie gesagt, den Schulverwaltungen angeboten. Es wird sich daher lohnen, die Diskussion mit Schulbuchverlagen zu suchen und ihnen die Bedeutung der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen nahezubringen. Nur wenn es verhindert werden kann, daß Erörterungen in jene anmaßende und einseitige Form abgleiten, mit denen die sogenannten „Alternativempfehlungen zur Behandlung der deutsch-polnischen Geschichte in den Schulbüchern“ in polemischer Form versuchen, die sorgfältige Gemeinschaftsarbeit einseitig zu verändern, wird es gelingen, die ernsthafte und an der Sache orientierte Auseinandersetzung zu finden.

Meine Damen und Herren, die Bemühungen um eine Aussöhnung vertragen keine Polemik. Nicht nur die Achtung vor der wissenschaftlichen Leistung ist zu fordern, sondern auch die Achtung vor dem Willen zur Versöhnung, der sich in der Fähigkeit ausdrückt, zu einer gemeinsamen Leistung dieser Art zu kommen.

Die hier wiedergegebenen Überlegungen sollen Möglichkeiten aufzeigen und zu weiteren und zusätzlichen Überlegungen und Vorschlägen ermutigen, die die Beziehungen zwischen den beiden Völkern einen wichtigen Schritt weiterbringen können, und diese Gelegenheit sollten wir nutzen.

Meine Damen und Herren, ich will schließen mit dem wörtlichen Zitat, das der Bundeskanzler in Warschau gebraucht hat: „Ein klares Geschichtsbewußtsein duldet keine unerfüllbaren Ansprüche.“ Es duldet auch nicht jene geheimen Vorbehalte, vor denen der Ostpreuße Immanuel Kant in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ gewarnt hat.

Ich bitte Sie, stimmen Sie der Überweisung zu. Führen wir eine ernsthafte Debatte. Leisten wir unseren Beitrag in diesem Land, daß diese Schulbuchempfehlungen in unseren Schulen eingeführt wer-



(Martin)

Weil wir das wollen, meine Damen und Herren, sehen wir die Schwächen und Grenzen der Empfehlungen und können sie deshalb nicht zur Richtschnur des Unterrichts in unseren Tagen machen. – Ich danke Ihnen.

(Starker Beifall bei der CDU.)

**Vizepräsident Dr. Eicher:**

Das Wort hat Frau Kultusminister Dr. Laurien.

**Frau Dr. Laurien, Kultusminister:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn wir die Daten dieser Tage nehmen, dann wird wohl jedem geschichtsbewußten Menschen das aufregende Zusammenfallen bewußt werden des Einmarsches, des Überfalls auf Polen und wenige Tage davor – 23. August – der 40. Jahrestag des Hitler-Stalin-Paktes, der in der Tat für Polen ebenfalls eine Ursache tödlicher Gefährdung wurde. Beide Daten gilt es zur Kenntnis zu nehmen. Ich möchte erwähnen, daß beim 30. Jahrestag des Hitler-Stalin-Paktes und dieses Überfalls der damalige Bundespräsident Gustav Heinemann – ich zitiere im Ernst dieser Fragestellung bewußt auch ihn – aufgerufen hat: „Als neue Gewohnheit gilt es einzuüben, einen Konflikt auch mit den Augen des Gegners zu beurteilen.“ – Genau darum geht es, wenn wir uns über die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen auseinandersetzen. Sie haben diese Zielrichtung. Aber wieweit diese Zielrichtung jeweils erfüllt ist, darüber wird zu reden sein. Ganz deutlich aber ist zu machen, daß dieser Aufruf, „den Kontakt auch mit den Augen des Gegners zu sehen“, sich stets an beide Partner richtet und niemals nur an einen.

(Beifall bei der CDU.)

Die Landesregierung legt großen Wert auf die Erziehung der Schüler zu Sächlichkeit und Toleranz, und sie würde in der Tat ihrem verfassungsmäßigen Auftrag nicht gerecht, wenn sie diese Ziele, diese Verpflichtungen nicht auch als Maßstab nähme bei der Zulassung von Unterrichtsmaterialien, bei der Gestaltung von Lehrerbildung und Lehrerfortbildung. Hier ist sie der Jugend verantwortlich, Ausöhnung, Sachlichkeit, Verständigung und Toleranz im Alltag zu sichern.

Deshalb Zustimmung zur Zielsetzung der Empfehlung. Das ist wahrhaftig keine Tagesaussage. Rheinland-Pfalz hat schon seinerzeit, als aus der Initiative der beiden Präsidenten der UNESCO-Kommissionen der Bundesrepublik und der Volksrepublik Polen diese Anregung zu einer deutsch-polnischen Kommission kam, diese Anregung aufgenommen und unterstützt. Beim Empfang der deutsch-polnischen Schulbuchkommission am 16. April 1975 in Mainz hat der damalige Kultusminister diese Kommission hier empfangen und die Gemeinsamkeit dieser Bemühung bekundet. Genau deshalb, meine Damen und Herren, ist Rheinland-Pfalz im Oktober 1977 in die Mitträgerschaft des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung eingetreten. Dieses Georg-Eckert-Institut ist die Nachfolgeeinrichtung jenes Instituts, das die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen getragen und entwickelt hat, und ich möchte feststellen – denn warum soll man nicht auch Dinge, die noch weiter entwicklungsfähig sind, in Wahrhaftigkeit aussprechen dürfen? –: Von den CDU/CSU-regierten Ländern haben sich bisher nur Niedersachsen und Rheinland-Pfalz in dieser Trägerschaft engagiert, und wir bemühen uns, nach Möglichkeit alle Länder in dieses neue internationale Schulbuchinstitut hineinzugewinnen. Denn, meine Damen und Herren – lassen Sie mich wenigstens diese eine in die Schulbuchlandschaft hinein etwas abschweifende Bemerkung machen –: Täuschen wir uns doch nicht, daß nur in der Darstellung zwischen Deutschland und Polen diese Probleme bestehen. Wir wollen und müssen wahrhaftig das Abbauen von Vorurteilen in Schulbüchern, selbstverständlich mit dem Ziel, die Meinung der Men-

schen zu treffen, überall da aufgreifen, wo diese Vorurteile bestehen. Das gilt auch zwischen Deutschland und Israel, wo neue Arbeiten eingesetzt haben; das gilt, was manchen überraschen wird, auch in den Schulbüchern zwischen Amerika und Deutschland. Das Bild des Deutschen, meine Damen und Herren, bedarf in der Tat auch hier nicht der Schönfärberei, aber der realistischen Darstellung mit Schuld und Güte; beides gehört dazu.

Wir haben aus dieser Gemeinsamkeit der Zielsetzung die 11. deutsch-polnische Schulbuchkonferenz seinerzeit nach Deidesheim eingeladen, und im Mai 1978 fand diese Tagung in Deidesheim statt, in der wir noch einmal die Zielsetzungen der Landesregierung verdeutlichen konnten. Ich möchte bemerken, daß Herr Staatssekretär Dr. Stollenwerk stellvertretender Vorsitzender im Kuratorium des Georg-Eckert-Institutes ist, dessen Vorsitzender, Herr Kubel, uns immer die Qualität der gemeinsamen Arbeit bescheinigt.

Ich habe deshalb – und dies muß ich so persönlich sagen –, als der damalige polnische Botschafter, Herr Piatkowski, in dieser Deidesheimer Konferenz äußerte, daß in deutschen Schulbüchern die Darstellung Polens eben noch gravierend von den Zielsetzungen der Empfehlungen abweiche, dieses nicht nur als eine Tagesbemerkung empfunden und auf sich beruhen lassen, sondern mehreren Fachleuten den Auftrag gegeben, die in den rheinland-pfälzischen Gymnasien zugelassenen Geschichtsbücher daraufhin zu untersuchen, wie die Darstellung der deutsch-polnischen Beziehungen, auch gemessen an den deutsch-polnischen Empfehlungen, sich in ihnen finde. Meine Damen und Herren, diese Untersuchung – und ich möchte das in Dankbarkeit diesen Kollegen gegenüber sagen – ist vorhin so abschätzig beurteilt worden, da hätten sich ein paar Lehrer zusammengesetzt. Ist es nicht im Geiste der Verständigung, wenn wir bereits zugelassene Schulbücher darauf prüfen, wieweit in ihnen Geist, Umfang und Fakten der Empfehlungen enthalten sind, um dann in der Tat auch einem wertenden Vergleich zuzustimmen?

(Beifall der CDU.)

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß nur eine freiheitliche und nachdenkliche Auseinandersetzung dem Ernst dieses Problems gerecht wird. Diese Untersuchung zeigt, daß formal und materiell der Umfang der Darstellung insgesamt angemessen ist, aber sie zeigt auch grobe Lächer. Die Kulturgeschichte fehlt; das ist durchaus aufgewiesen, nicht Kritiklosigkeit. Wir haben diese Untersuchung den deutschen Schulbuchverlegern zugeschickt, wir haben sie als Arbeitsmaterial in unsere fachdidaktischen Kommissionen gegeben, und, meine Damen und Herren, ich möchte gerne, falls Interesse in diesem Hohen Hause besteht, anbieten, daß unsere fachdidaktische Kommission Geschichte, angereichert mit den verschiedenen Experten, interessierten Abgeordneten zu einer durchaus stundenreichen Diskussion dieser Probleme zur Verfügung steht. Ich möchte gerne, wenn Sie es mögen, dieses Angebot hier heute unterbreiten.

(Beifall bei der CDU.)

Ich habe dann, meine Damen und Herren, allerdings auch feststellen müssen – was diese Untersuchung belegt –, daß in den Schulbüchern an keiner Stelle nationalistische oder einseitige Darstellungen sich finden. Sicher das eine oder andere Mal eine Auslassung; man kann streiten, ob dieses oder jenes Datum genügend hervorgehoben ist. Aber Nationalismus und Einseitigkeit findet sich nirgends. Und es ist dann auch sehr ausgewogen dargestellt – was unser Landtagspräsident hier noch einmal in philosophisch-geschichtlicher Begründung vertieft hat –, welche Aspekte Geschichtsunterricht auslassen würde, wenn er sich an diesen Schulbuchempfehlungen nicht als Empfehlung, sondern als Maßstab und als Diktat orientieren würde.

Es geht also nicht um die Zielsetzung – die ist in Übereinkunft –, sondern um die Verbindlichkeit von Einzelsätzen. Und auf diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, muß ich den Antrag lesen. In dem Antrag steht, daß die Landesregierung ersucht wird, „die Lehrer aufzufordern, die deutsch-polnische Geschichte im Unterricht aus deutscher und polnischer Sicht im Sinne der Empfehlungen

(Staatsminister Dr. Laurien)

zu behandeln und“ – jetzt kommt es – „dadurch eine selbstgerechte und nationalistische Darstellung der historischen Ereignisse zu verhindern bzw. zu korrigieren“. Meine Damen und Herren, da in unseren Richtlinien, in unseren Schulbüchern dieser Vorwurf keine Begründung findet, muß ich mich wirklich als für die Lehrer dieses Landes zuständiger Minister vor diese Lehrerschaft stellen, daß ich sie nicht aufzufordern habe, nicht mehr nationalistisch zu unterrichten, sondern sie tun dies bereits heute nicht.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, unsere Schüler – das ist vielfach gesagt – haben Anspruch auf historische Wahrheit, und ich bin in meinem Amt verpflichtet, diesen Maßstab für Lehrpläne, für Lehrmaterialien anzulegen. Ich möchte außerordentlich begrüßen, wenn zum Beispiel in den deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen Nummer 6 dargestellt ist, wie der Deutsche Orden in der Geschichte der beiden Völker mit unterschiedlichen Aspekten gebracht wird. Es heißt dort, daß die polnischen Schulbücher vor allem die säkular-staatliche und militärische Rolle des Ordens hervorheben, die deutschen vor allem die zivilisatorische und missionarische Rolle.

Die vorhin etwas mit abwertenden Bemerkungen genannte Alternativ-Empfehlung der drei Professoren Menzel, Stribny und Völker hat in der Stellungnahme zu dieser Position 6 „Polen und der Deutsche Orden“ festgestellt, daß diese Empfehlung nahezu vorbildlich sein könnte für die Art des Geschichtsunterrichts, der sich bemüht, die Gegenseitigkeit einzubringen.

Aber, meine Damen und Herren, ich muß, wenn es mir um geschichtliche Wahrheit und wenn es mir um Erziehung zu freiheitlicher Demokratie geht, doch auch verlangen, daß in solchen Empfehlungen bestimmte, ganz grundsätzliche Wertungen nicht ausgelassen werden. Es ist in der Diskussion schon so oft die Empfehlung 22 über die Bevölkerungsverschiebungen genannt worden. Ich möchte aus ihr nicht das, was so oft genannt wurde, zitieren, sondern ich möchte einbringen, daß es, meine Damen und Herren, in dieser Empfehlung heißt, daß das Ziel dieser „Bevölkerungsbewegungen“ – ich sage: dieser Leiden – war – und ich zitiere –, „staatliche und ethnische Grenzen nach Möglichkeit in Übereinstimmung zu bringen“. Meine Damen und Herren, wer staatliche und ethnische Grenzen kompromißlos in Übereinstimmung bringen will, wird Minderheiten das Lebensrecht nehmen.

(Krempel, CDU: Sehr richtig!)

Er wird damit eine Fragestellung erschlagen, die ich in der Bundesrepublik, angesichts auch so vieler ausländischer Arbeitnehmer bei uns, nicht erschlagen, sondern zur Sprache bringen muß: das Recht der Minderheiten.

(Beifall der CDU.)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich sagen, was hier ja mehrfach zur Sprache kam und was auch in der Begründung eine Rolle spielte, die Frau Görte gegeben hat. Sie meinte, daß es hinreiche, die deutsch-polnischen Beziehungen darzustellen und die sowjetischen dann eben in anderer Weise einzubringen. Wer Geschichte auf bilaterale Sicht beschränkt, wird sich Staatsparteilichkeit, Einseitigkeit und Fanatismus ausliefern.

(Beifall der CDU.)

Ich will bewußt, weil dies vielleicht emotional weniger belastet ist, sagen: Wenn in der Darstellung der Geschichte des 18. Jahrhunderts, in der Empfehlung Nummer 18 – nein, die Nummer stimmt nicht, die Seite ist das – über die Aufklärung die Rede davon ist, daß damals die Einmischungspolitik der großen Nachbarn für Polen bedamalt, warum wagt man dann nicht zu sagen, daß es sich um die Einmischungspolitik Rußlands 1717 bis 1721 und zunehmend um die Einmischungspolitik Preußens und Österreichs von 1735 an gehandelt hat? Warum flüchtet man in eine Pauschalformulierung,

wenn es darum geht, geschichtliche Deutlichkeit und Differenzierung einzubringen? Die Einmischungspolitik Rußlands wird verschwiegen, um den Preis, daß man auch die Einmischungspolitik Preußens und Österreichs ausläßt. Die gegenwärtige Lage Polens führt zu bestürzenden Auslassungen, von denen hier mehrfach die Rede war, der Vertrag vom 23. August 1939. Lassen Sie mich zitieren, was der Vorsitzende der deutsch-polnischen Schulbuchkommission auf polnischer Seite, Prof. Markiewicz, zu dieser Auslassung erklärt hat. Ich will es, weil es die Nachdenklichkeit seiner Aussage fördert, auch in der Reihenfolge tun, in der er es gesagt hat, obwohl ein Abschnitt dazwischen ist. Er sagt:

Die Verfasser der Empfehlungen waren sich von Anfang an darüber im klaren, daß sich sowohl die Schulbuchautoren als auch die Lehrer nicht sklavenhaft an die Empfehlungen halten würden und nicht darüber hinausgehen würden, was in den Empfehlungen expressis verbis enthalten ist.

Also kein Diktat. Dann kommt eine zweite Feststellung von ihm, die für die polnische Seite getroffen war:

Wir verheimlichen nicht, daß wir nicht daran interessiert sind, dem polnischen Schüler eine solche Interpretation der Beziehungen zwischen dem Dritten Reich und der UdSSR zu vermitteln, die dem polnisch-sowjetischen Bündnis Schaden zufügen würde.

Meine Damen und Herren, ich habe sogar Verständnis dafür. Jeder, der Diktaturen kennt, kann nur Respekt und Trauer bei solcher Aussage empfinden. Aber haben wir nicht, meine Damen und Herren, auch gegenüber den Polen die Verpflichtung, die ganze Wahrheit zu sagen,

(Beifall der CDU.)

weil Polen an seiner Ost- und seiner Westgrenze gelitten hat? Wenn in der Empfehlung 21 die polnische Ostgrenze nicht erwähnt wird, dann noch einmal: Daß die Polen dies mit Rücksicht auf ihre Lage tun müssen, darf uns doch nicht zur Entschuldigung dienen, die Leiden eines Nachbarvolkes vereinseltend zu verschweigen.

(Weiterer Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, obwohl ich mich gefreut habe, aber doch nur in Maßen, daß der Bundeskanzler sich vor dem Deutschen Historikertag – ich will das „in Maßen“ auch gleich begründen – zu den deutsch-polnischen Empfehlungen sehr zurückhaltend geäußert hat – ich zitiere, es ist die Rede auf dem Deutschen Historikertag in Hamburg –, wo er sagte:

Bei den Schulbuchverhandlungen haben sich die Polen wohl einbißchen zu entschlossen durchgesetzt. Keine Seite darf sich überfahren lassen, darf andere überfahren. Niemand soll sich überfahren fühlen.

Meine Damen und Herren, das ist richtig, aber mir doch zu grob. Denn ich respektere, daß die Polen hier aufgrund ihrer Zwangslage einen anderen Standpunkt einbringen müssen und der Preis für das Zustandekommen einer solchen Empfehlung zwischen auf der einen Seite Partnern einer freiheitlichen Demokratie und auf der anderen Seite Mitgliedern eines nicht-freiheitlichen Staates wird für eine solche Empfehlung auch in solchen einseitigen Kompromissen liegen. Aber dann kommt die freiheitliche Antwort, daß wir die Unterschiedlichkeit in unserem Bildungswesen, in unserer Politik, in unseren Diskussionen zeigen dürfen, daß bei uns solche Kompromisse nicht nur nicht nötig, sondern unerwünscht sind.

(Weiterer Beifall bei der CDU.)

Selbstverständlich wird, wie in dem Antrag der SPD-Fraktion Nummer 3 gefordert, bei der Zulassung von Schulbüchern und Atlanten darauf geachtet, daß das polnische Staatsgebiet bis zur

(Staatsminister Dr. Laurien)

friedensvertraglichen Regelung entsprechend gekennzeichnet wird. Nur, täuschen wir uns nicht. Was hier in dem Antrag gefordert wird, bedeutet, die Grenzdarstellung vom 31. Dezember 1937 zum Gegenstand des Warschauer Vertrags zu machen. Und das ist sie nicht. Sie ist auch keine Beeinträchtigung der Souveränität der Volksrepublik Polen, wahrhaftig nicht. Die Darstellung der deutschen Grenzen vom 31. Dezember 1937 erwächst für uns aus unserer Verfassung und aus den Rechtsprechungen des Bundesverfassungsgerichts 1973 und 1975. Die Annahme dieses Punktes würde bedeuten, daß wir den rechtlichen Fortbestand des Deutschen Reiches in Frage stellen und damit das Verfassungsgebot brechen. Zu einer solchen Forderung kann ich nicht ja sagen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich dazu nur noch dies bemerken, weil vorhin auf die Vertriebenenverbände angespielt wurde. In der Empfehlung 22 heißt es – ich erlaube mir zu zitieren –:

„Sofern in diesen Gruppen, von den früheren Bundesregierungen unterstützt, ein Recht auf Heimat proklamiert wurde, werden sie in Polen als Hort des Revisionismus angesehen.“

Die Alternativempfehlung, meine Damen und Herren, die sich mit dieser Sache auch auseinandersetzt, formuliert im gleichen Zusammenhang wie folgt:

„In der Charta der Heimatvertriebenen haben sie 1950 als allgemeines Menschenrecht das Recht auf die Heimat gefordert, aber dabei ausdrücklich auf Rache, Vergeltung und Gewalt verzichtet.“

Dann geht der Satz weiter:

„Gleichwohl werden sie in Polen als Hort des Revisionismus angesehen.“

Wer das Heinemann-Wort von Anfang an wahrhaben will, beide Seiten zu hören, muß aushalten, daß die Vertriebenenverbände in polnischer Sicht als Hort des Revisionismus angesehen werden, daß sie in der deutschen Wirklichkeit die Lösung der deutschen Frage ausschließlich in Freiheit und Frieden wollen und anstreben und damit die deutsche Frage in die europäische Frage und die internationale Friedensfrage hineingebracht haben. Wer die aufregenden Ereignisse in anderen Ländern, Irland nur einmal zu nennen, erlebt, der sollte doch wohl auch die große staatsbürgerliche Leistung der vergangenen und bis heute währenden Bundesregierungen anerkennen, die so große Leistung vor allem der ersten Bundesregierungen, als das Problem neu war, diese Gruppen in Freiheit und nicht in Chauvinismus in unsere freiheitliche Gesellschaft zu integrieren. Und er sollte wohl auch zu einem Wort des Dankes an die Vertriebenen fähig sein, die das Recht der Heimat wahrhaftig nicht einschlafen lassen dürfen, aber die nirgendwo für Gewalt und Unfrieden eintreten.

(Beifall der CDU.)

Die SPD fordert uns in ihrem Antrag auf, die Empfehlungen zu verteilen. Ich möchte dazu informierend sagen, daß sie in 175 000 Exemplaren in der Bundesrepublik vorliegen, daß ein Sonderdruck des Georg-Eckert-Instituts, an dem wir ja beteiligt sind, ebenfalls vorliegt und daß die Bundeszentrale für politische Bildung sie als Beilage zum „Parlament“ veröffentlicht hat. Auch die Landeszentrale Rheinland-Pfalz verfügt über entsprechende Exemplare. Jeder kann sie anfordern. Darüber hinaus, meine Damen und Herren, wird allerdings die Landeszentrale für politische Bildung in aller Kürze, die Dinge sind fertig, einen Sonderdruck der Alternativempfehlungen herausgeben, der ebenfalls in 5 000 Exemplaren bereitliegt.

Ich bedauere ganz nachdrücklich, daß die Bundeszentrale für politische Bildung, nachdem sie eine Zusage gegeben hatte, auch diese Alternativempfehlungen zu drucken, nicht wegen mangelnder wissenschaftlicher Qualität, sondern – Herr Abgeordneter Martin, Sie haben auf diesen Zusammenhang auch schon in einem anderen Parallelfall hingewiesen – wegen der politischen Opportunität auf

den Druck dieser Empfehlungen verzichtet hat. Ich freue mich, daß die Landeszentrale für politische Bildung in Rheinland-Pfalz nicht solchen Zwängen unterliegt, sondern die Vielfalt der Meinung verbreitet.

(Beifall der CDU.)

Lassen Sie mich nun noch abschließend einen Punkt aufgreifen. Es wird behauptet, und das ist in der Tat der politische Punkt des Ganzen, daß die Berufung auf Artikel 4 des Abkommens der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Polen Veranlassung, ja Verpflichtung gäbe, diese Schulbuchempfehlungen einzuführen. Meine Damen und Herren, in dem Text heißt es, daß eine verständnisvolle Darstellung erreicht werden solle, die eine umfassende Kenntnis und ein besseres gegenseitiges Verständnis fördere. Und weiter heißt es: Sie werden darauf hinwirken, daß dabei die Empfehlungen der gemeinsamen Schulbuchkommission berücksichtigt werden. – Einer der Hauptverfasser, Herr Mertineit, wahrhaftig nicht im Verdacht, ein Anhänger der CDU-Ostpolitik oder der CDU-Deutschlandpolitik zu sein, hat in einem Interview mit Leidenschaft geäußert – ich zitiere –: Das Wort „Richtlinie“ ist der absolut falsche Ausdruck. Der Begriff „Empfehlung“, den wir hier verwenden, ist von beiden Seiten im Sinne des Begriffs „Orientierungshilfe“ verstanden worden. Es ist – so Mertineit – ein sehr bewußt herbeigeführtes Mißverständnis, aus dieser Empfehlung so etwas wie eine Anweisung machen zu wollen und damit der Kommission die Anmaßung zu unterstellen, sie glaube, der geschichtlichen Wahrheit absolut sicher zu sein. – Zu diesem Standpunkt Übereinstimmung.

Nur, und da muß ich die Problematik aufnehmen, bei dem vorhin erwähnten Treffen in Deidesheim kamen wir natürlich mit dem damaligen Botschafter, Herrn Piatkowski, ins Gespräch. Ich schickte ihm, wie schon erwähnt, unsere Schulbuchuntersuchung zu, und ich bekam am 16. März 1979 von Herrn Botschafter Chylinski die Antwort des Herrn Piatkowski, der inzwischen Leiter der Ausländischen Abteilung des Zentralkomitees der polnischen Volksrepublik ist, übermittelt. In dieser Antwort hat Herr Piatkowski den Standpunkt vertreten – der Brief ist mir von der polnischen Botschaft übersetzt worden –, es bedürfe keiner weiteren Diskussion der Schulbuchempfehlungen, die den Sinn und die Ergebnisse langjähriger gemeinsamer Arbeit in Frage stellen, und für ihn, so schrieb er mir, ergebe sich aus Artikel 4 des Kulturabkommens die Verpflichtung zur Übernahme der Schulbuchempfehlungen. Sie haben dieser Tage in den Zeitungen lesen können, daß wörtlich dieses in dem Entwurf für ein Durchführungsabkommen zwischen unseren beiden Staaten in Artikel 10 ebenfalls so formuliert ist. –

Ich habe diese Antwort von Herrn Piatkowski vom März 1979 zum Anlaß genommen, um an den Staatsminister im Auswärtigen Amt zu schreiben, und habe mein Bedauern darüber dargestellt und berichtet, daß ich erst kürzlich in unserem Bemühen um einen Schüleraustausch, den eine Schule aus Bingen und eine Schule aus Alzey mit großem Gewinn vollzogen haben, nun auch zu einer Gegenseitigkeit zu gelangen, darüber informiert wurde, daß der Leiter einer Stettiner Schule unter Hinweis auf die nicht wörtliche Übernahme der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen mitgeteilt habe, daß der grundsätzlich vereinbarte Gegenbesuch in Rheinland-Pfalz in absehbarer Zeit nicht stattfinden könne.

Ich habe eine Antwort vom Staatsminister im Auswärtigen Amt mit Datum 18. Juli 1979 erhalten. Ich möchte aus dieser Antwort dreierlei zitieren, und zwar zum einen das Bedauern. Der Staatsminister stellt fest: Ich bedauere sehr, Ihrem Schreiben entnehmen zu müssen, daß die polnische Seite sich dabei so wenig entgegenkommend gezeigt hat. – Später heißt es in diesem Schreiben: Ich halte es für richtig, daß wir bei den Gesprächen Ihre Bemühungen und Erfahrungen darstellen. – Weiter heißt es: Dabei könnte die polnische Seite auch darauf hingewiesen werden, daß ein ständiges Drängen auf rein formale Umsetzung der Schulbuchempfehlungen kontraproduktiv für die polnischen Interessen wirken könnte. – Der Brief, der übrigens heute mit dem Angebot gegenseitigen Gesprächs noch

(Staatsminister Dr. Laurien)

seine Fortsetzung gefunden hat, schließt dann mit dem Satz, und dieser Satz ist in der Tat wichtig: „Daß die von Ihnen übermittelte polnische Interpretation des Schulbuchartikels im deutsch-polnischen Kulturabkommen weder seinem Wortlaut noch seinem Sinn gerecht wird, werde ich“ – das ist der Staatsminister im Auswärtigen Amt – „bei solcher Gelegenheit ebenfalls deutlich machen.“ – Ich freue mich über die Gemeinsamkeit mit der Demokratinnen Frau Hamm-Brücher!

(Starker und anhaltender Beifall der CDU.)

Vizepräsident Dr. Eicher:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Geil.

Abg. Geil, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Dr. Herr-Beck, Herr Martin und Frau Dr. Laurien haben, wie ich meine, in sehr ausgezeichneter Weise und dem Ernst der Sache entsprechend für die CDU-Fraktion und die Landesregierung dargelegt, weshalb wir Ihrem Antrag, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, nicht zustimmen können.

(Beifall bei der CDU.)

Ich füge hinzu: Uns ist es auch nicht möglich, Ihren Antrag an den Kulturpolitischen Ausschuß zur weiteren Beratung zu überweisen, weil die Überweisung eines Antrages eine gewisse Grundübereinstimmung in der Sache des Antrages verlangt, und diese ist hier nicht gegeben.

Die CDU-Fraktion hat aus diesem Grunde entsprechend § 62 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung einen Alternativantrag eingebracht; dieser Antrag wird im Augenblick verteilt. Da er aber noch nicht an alle Kolleginnen und Kollegen verteilt ist, erlaube ich mir, Herr Präsident, ihn zu verlesen:

Die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen werden im Kulturpolitischen Ausschuß diskutiert.

Die Landesregierung wird aufgefordert, das ihr zur Verfügung stehende Material für diese Diskussion bereitzustellen.

Ich bitte Sie, Herr Präsident, über diesen Antrag abstimmen zu lassen.

(Beifall der CDU.)

Vizepräsident Dr. Eicher:

Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Dr. Vogel, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, dies war eine gute Stunde des rheinland-pfälzischen Landtags, die jetzt zu Ende geht. Ich bedauere fast, daß wir sie nicht zu einer Zeit geführt haben, in der sie das Fernsehen aufgezeichnet und nach draußen übertragen hat. Für mich jedenfalls war es angesichts der bevorstehenden ersten Septembertage 1979 die beste und überzeugendste Form, diesem Gedenktag nicht durch ein paar feierliche Bemerkungen, sondern dadurch gerecht zu werden, daß man über das nachdenkt, was im September 1939 geschehen ist.

Nachdenken heißt für mich, die Frage zu stellen, wie es zu diesem September 1939 kommen konnte, der mit der größten Katastrophe unserer Geschichte endete. Meine Damen und Herren, nachdenken

heißt für mich aber auch, die Frage zu stellen, was unsere Vorväter in der Weimarer Republik falsch gemacht haben, daß Hitler an die Macht kommen konnte.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß die demokratischen Kräfte der Weimarer Republik genauso leidenschaftlich wie wir eine freiheitliche Ordnung wollten. Ich sage das vor allem für die damaligen Parteien der Weimarer Koalition, die SPD, das Zentrum und die Deutschen Demokraten. Für mich bedeutet es, diesen 40. Jahrestag mit zum Nachdenken zu nutzen, und zwar auch darüber nachzudenken, warum dieser gute Wille der politischen demokratischen Kräfte der Weimarer Republik nicht zum Erfolg führte.

Lassen Sie mich in allem Freimut sagen: In den letzten Stunden ist einiges ausgeführt worden, was ein gutes Beispiel dafür gibt, daß wir aus der Erfahrung gelernt haben. Ich stehe nicht an, Herr Kollege Klein, Ihnen für die Bemerkung, die Sie vorhin zu Beginn Ihrer Rede gemacht haben, aus diesem Grund zu danken. So kann man auch bei völliger Widersprüchlichkeit bei einzelnen Sachfragen – wie ich meine – miteinander arbeiten.

Bitte lassen Sie auch das gelten, wenn es um den Frieden geht. Meine Damen und Herren, wir können leidenschaftlich darum streiten, wie man ihn erringt, aber wir wollen uns gegenseitig nicht absprechen, daß ihn jeder mit gleicher Leidenschaft ersehnt und erreichen will.

(Beifall im Hause.)

Es ist hier mit soviel Überzeugung gesprochen, insonderheit von dem Herrn Kollegen Martin und von Frau Kollegin Dr. Herr-Beck, und so viel gesagt worden, was ich voll unterschreibe, daß ich es nicht wiederholen muß. Ich weiß, daß wir Frieden nur bekommen und erhalten, wenn wir uns vor allem mit den Ländern versöhnen, mit denen dies aufgrund der Geschichte besonders schwierig ist; ich nenne hier Frankreich, ich nenne Israel und ich nenne Polen. Wir sollten darüber glücklich sein, daß heute diese Diskussion über ein gutes Verhältnis zu Polen geführt worden ist.

Die Landesregierung ist gerne bereit, im Geiste dieser Diskussion im Ausschuß, wo das gewünscht wird, weiter über die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen zu sprechen. Ermöglichen Sie das durch den Antragsbeschluß bitte so, daß diese Diskussion offen geführt werden darf und daß nicht schon vorweg feststeht, was die Schulbuchempfehlungen wollen und was sie nicht wollen! Das ist unser Ziel und dazu möchten wir mithelfen.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eicher:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Vor der Abstimmung erteile ich das Wort der Abgeordneten Frau Dr. Götte zu einer persönlichen Bemerkung.

Abg. Frau Dr. Götte, SPD:

Herr Präsident, Frau Staatsministerin, meine Damen und Herren! Ich sehe ein, daß es falsch war zu fragen, ob die persönliche Betroffenheit, das persönliche Schicksal der Frau Kultusministerin vielleicht eine Erklärung dafür sein könnte, daß ihre Argumente und die Argumente der Vertriebenenverbände so sehr übereinstimmen. Dadurch haben sich die Fronten zwischen den Fraktionen, die ich eigentlich in dieser Frage etwas aufweichen wollte, eher wieder verhärtet. Das tut mir sehr leid.

Es tut mir auch leid, daß ich offensichtlich hier die Frau Ministerin persönlich verletzt habe. Das wollte ich auf keinen Fall! Dafür möchte ich mich in aller Form entschuldigen.

(Starker Beifall im Hause.)

Vizepräsident Dr. Eicher:

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur Abstimmung. Es liegen der Antrag der Fraktion der SPD — Drucksache 9/141 — und der Antrag der Fraktion der CDU — Drucksache 9/157 — als Alternativantrag im Sinne des § 62 Abs. 3 Satz 2 unserer Geschäftsordnung vor. Es handelt sich um selbständige Anträge, über die in der Reihenfolge ihrer Einbringung abzustimmen ist.

Wir stimmen zunächst über den Antrag der SPD-Fraktion ab, ihn in den zuständigen Ausschuß zu überweisen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen! — Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen! — Der Antrag ist mit den Stimmen der CDU-Fraktion gegen die Stimmen der Antragsteller bei Stimmenthaltung der F.D.P.-Fraktion abgelehnt worden.

Der Klarheit halber lasse ich noch über den Antrag der SPD-Fraktion selbst, nämlich Verteilung und Berücksichtigung der Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchkommission, abstimmen, und zwar ohne die Überweisung an den Ausschuß. Ich halte das für richtig. Wer dem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen! — Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen! — Dann ist auch der Antrag selbst mit den Stimmen der CDU-Fraktion

gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Stimmenthaltung der F.D.P.-Fraktion abgelehnt worden.

Wir kommen zur Abstimmung über den Alternativantrag der Fraktion der CDU — Drucksache 9/157 —. Wer diesem Alternativantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen! — Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen! — Bei vier Stimmenthaltungen ist der Antrag angenommen.

Meine Damen und Herren, wir sind am Schluß der Sitzung angelangt. Lassen Sie mich ohne jede Emphase zu der soeben abgeschlossenen Debatte nur sagen: Ich habe es dankbar empfunden, daß ich die beiden letzten Stunden unserer heutigen Sitzung leiten durfte.

Ich lade Sie zur nächsten Plenarsitzung — es ist die sechste — am 20. September 1979 ein. Ich wünsche Ihnen eine gute Heimfahrt.

(Beifall im Hause.)

Schluß der Sitzung: 20.19 Uhr.

Anlage 20

Antwort

des Staatsministers Frau Dr. Hamm-Brücher auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten Wolfgramm (Göttingen) (FDP) (Drucksache 8/3237 Fragen B 9 und 10):

Welche Initiativen sind von Seiten der Bundesrepublik Deutschland unternommen worden, um die Aufarbeitung der historischen und geographischen Fakten der deutsch-polnischen Beziehungen unter Berücksichtigung der Schulbuchempfehlungen voranzutreiben, und welchen Beitrag hat insbesondere die Ständige Konferenz der Kultusminister hierzu geleistet?

Welche Auffassungsunterschiede bestehen hinsichtlich der Berücksichtigung der Schulbuchempfehlungen zwischen der Bundesregierung und der Regierung der Volksrepublik Polen, und inwieweit läßt sich hier eine Annäherung erzielen?

1. Die von Ihnen angesprochene Berücksichtigung der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlun-

(A) gen bei der Aufarbeitung historischer und geographischer Fakten ist ein Anliegen, für dessen Verwirklichung sich die Bundesregierung im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Möglichkeiten stets eingesetzt hat. Die Bundesregierung begrüßt alle Anstrengungen, die die im Bildungsbereich tätigen Erzieher, Wissenschaftler und Politiker unternehmen, um ein objektives Bild von Geschichte und Gegenwart der deutsch-polnischen Beziehungen zu vermitteln. In der Überzeugung, daß der Schulunterricht und die in den Schulen verwandten Lehrbücher dabei von besonderer Bedeutung sind, fördert die Bundesregierung die auf dieses Ziel gerichtete Arbeit der deutschen UNESCO-Kommission und des Georg-Eckert-Instituts. Sie fördert u. a. Begegnungen und wissenschaftliche Tagungen politischer Stiftungen, die dem Verständnis für die Arbeit der deutsch-polnischen Schulbuchkommission dienen.

Die Bundesregierung ist in der Frage der Berücksichtigung der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen in Schulunterricht und Schulbüchern in engem Kontakt mit der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder. Sie hat es sehr begrüßt, daß der Präsident der Kultusministerkonferenz im Januar 1979 eine polnische Delegation von Schulbuchexperten unter Leitung des Vize-ministers des Ministeriums für Bildung und Erziehung der Volksrepublik Polen, R. Jezierski, zu einem einwöchigen Besuch eingeladen hatte und Gespräche mit dem Präsidium der Kultusministerkonferenz sowie mit den Kultusministern in fünf Bundesländern stattgefunden haben.

(B) Den polnischen Gästen wurde dabei Gelegenheit gegeben, sich über das Verfahren der Zulassung und Einführung von Schulbüchern in der Bundesrepublik Deutschland zu informieren. Der Präsident der Kultusministerkonferenz hat eine Gegeneinladung der polnischen Regierung angenommen. Die Bundesregierung hofft, daß die Kultusministerkonferenz trotz der noch bestehenden unterschiedlichen Auffassungen über die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen bald zu einem gemeinsamen Beschluß über die Einführung in den Unterricht kommen wird. Der Bundeskanzler hat in diesem Sinne wiederholt Gespräche mit den Ministerpräsidenten der Länder geführt.

2. Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen haben den gemeinsamen Wunsch zur kulturellen Zusammenarbeit im Kulturabkommen vom 11. Juni 1976 vertraglich festgeschrieben. Art. 4 dieses Abkommens lautet:

„In Anbetracht der großen Bedeutung, die die Schule und die Schulbücher für die Jugenderziehung haben, werden die Vertragsparteien ihre Bemühungen fortsetzen, in den Schulbüchern eine Darstellung der Geschichte, Geographie und Kultur der anderen Seite zu erreichen, die eine umfassendere Kenntnis und ein besseres gegenseitiges Verständnis fördert. Sie werden darauf hinwirken, daß dabei die Empfehlungen der gemeinsamen Schulbuchkommission berücksichtigt werden.“

Von polnischen Gesprächspartnern wurde Art. 4 verschiedentlich dahin gehend interpretiert, daß

(C) eine Verpflichtung zur Einführung der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen und eine Verbindlichkeit der wissenschaftlichen Empfehlungen für Schulunterricht und Schulbücher gegeben sei.

Dieser Interpretation kann die Bundesregierung nicht folgen. Der polnischen Seite ist daher die verfassungsrechtliche Situation in unserem Lande, wonach die Bundesregierung keine Verpflichtung zur Einführung von Schulbuchempfehlungen übernehmen kann, wiederholt dargestellt worden. Der Wortlaut des Kulturabkommens läßt auch die Forderung nach Verbindlichkeit der Empfehlungen nicht zu. Auch dies ist den polnischen Gesprächspartnern gegenüber zum Ausdruck gebracht worden.

Die Bundesregierung hat die Arbeit der Wissenschaftler der deutsch-polnischen Schulbuchkommission stets gewürdigt und die Bundesländer wiederholt gebeten, auf eine Berücksichtigung der Empfehlungen im Schulunterricht hinzuwirken. Sie hat dabei herausgestellt, daß die Diskussion um einzelne Aussagen der Empfehlungen den Wert dieser gemeinsamen deutsch-polnischen wissenschaftlichen Arbeit nicht in Frage stellen sollte. Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß die Empfehlungen einen ersten und wesentlichen Schritt bilden, um im deutsch-polnischen Verhältnis gegensätzliche Geschichtsdarstellungen zu überwinden und dazu beizutragen, zu einer Annäherung in der Darstellung der Geschichte, Geographie und Kultur im Schulunterricht beider Länder zu gelangen.

#### Anlage 21

#### Antwort

des Staatsministers Frau Dr. Hamm-Brücher auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten Schäfer (Mainz) (FDP) (Drucksache 8/3237 Fragen B 11 und 12):

Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, in welchen Ländern der Bundesrepublik Deutschland die nach dem Kulturabkommen vorgesehene „Berücksichtigung“ der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen besonders weit fortgeschritten und in welchen dies weniger der Fall ist?

Gibt es nach Auffassung der Bundesregierung Anzeichen dafür, daß sich die Darstellung der deutsch-polnischen Beziehungen in den Geschichtslehrbüchern und im Unterricht sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in der Volksrepublik Polen in den letzten Jahren verändert hat?

1. Der Bundesregierung ist bekannt, daß nach Veröffentlichungen der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen im Sommer 1976 und nach Abschluß des Kulturabkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen in den Landtagen aller Bundesländer parlamentarische Diskussionen über die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen und ihre Einführung in den deutschen Schulunterricht geführt worden sind.

Dabei hat sich gezeigt, daß die Diskussionen, insbesondere zu einzelnen Aussagen der Empfeh-

(A) lungen, von allen Fraktionen geführt wurden und daß, insgesamt gesehen, die Abgeordneten der SPD und FDP die Empfehlungen positiver beurteilten als die Abgeordneten der CDU/CSU. Bei einer Zuordnung der einzelnen Bundesländer zu der Frage der positiven, der zurückhaltenden und der eher ablehnenden Einstellung zu den deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen kann man daher drei Gruppierungen erkennen: Positiv sind die Länder Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, zurückhaltend Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Saarland und Schleswig-Holstein, ablehnend Bayern und Baden-Württemberg bisher eingestellt.

Die formelle Einführung der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen wurde bisher nur im Land Nordrhein-Westfalen durch Erlaß des Kultusministeriums und des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung geregelt. Das bedeutet jedoch nicht, daß in anderen Bundesländern Geschichtsbücher im Schulunterricht benutzt werden, die gegen den Geist und Inhalt der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen gerichtet sind. Ein Gutachten, das der Kultusminister in Rheinland-Pfalz für die dort benutzten Schulbücher erstellen ließ, hat dies für dieses Bundesland ausdrücklich festgestellt.

Die Bundesregierung hat jedoch keinen Überblick über den Einsatz von Schulbüchern in den einzelnen Bundesländern.

(B) Selbst wenn seitens einiger Länderregierungen den Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchkommission noch nicht in vollem Umfang zugestimmt wird, ist der in Art. 4 des Kulturabkommens zum Ausdruck gebrachte Wille der Vertragsparteien zur Schulbuchzusammenarbeit mit der Volksrepublik Polen nie in Frage gestellt worden. Die Bereitschaft der Länder hierzu wird insbesondere auch durch die Einladung des Präsidenten der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder verdeutlicht, die im Januar 1979 einer polnischen Schulbuchdelegation unter Leitung des Vizeministers für Bildung und Erziehung, Jezierski, Gelegenheit zu Gesprächen mit dem Präsidium der Kultusministerkonferenz, den Kultusministern in fünf Bundesländern über Schulbuchfragen und die Einführung der Schulbuchempfehlungen gab.

2. Die deutschen und polnischen Wissenschaftler der gemeinsamen Schulbuchkommission nehmen laufend Analysen der Geschichts- und Geographiebücher der anderen Seite vor.

Wie das Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung, Braunschweig, mitteilte, haben diese Gutachten eine stetige Verbesserung hinsichtlich der Darstellung des anderen Landes und hinsichtlich der Berücksichtigung der Empfehlungen aufgezeigt. Diese positiven Ansätze bestätigen die Bundesregierung in ihrer Auffassung, daß die Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchkommission einen wertvollen Beitrag und einen wesentlichen Schritt darstellen, um im deutsch-polnischen Verhältnis gegensätzliche Geschichtsdarstellungen zu überwinden und — soweit möglich — zu einer gemeinsamen Auffassung der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen zu kommen.